Donnerstag, 24. Juli 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

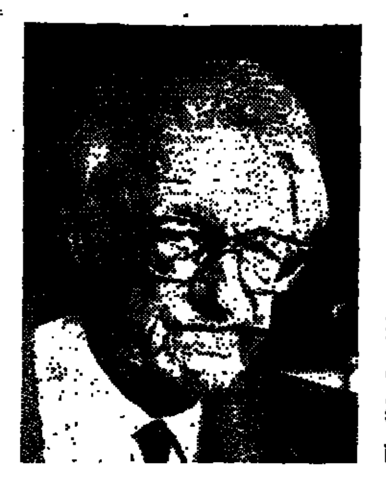
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 169 - 30.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 560,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL

Heute in der WELT



Änderung des Grundgesetzes?

Der Tübinger Staatsrechtler Professor Theodor Eschenburg sieht die Bundesrepublik Deutschland durch die Asylantenflut in einem solchen „Notstand", daß eine Änderung des Grundgesetzes nötig sei. Dadurch, daß die Deutschen das Asylrecht zu einem absoluten Grundrecht gemacht haben, sei ihnen der Weg für eine Lösung des Problems verbaut. Seite 4

Asylanten in Frankreich

Der Asylanten-Strom in viele europäische Länder hat bedrohliche Formen angenommen. In einer losen Artikelfolge schildert die WELT die Probleme unserer Nachbarn. Heute: Frankreich. Die Franzosen versuchen der Asylantenflut Herr zu werden, indem sie der Verwaltung einen größeren Entscheidungsspielraum bei der Anerkennung geben und damit die Gerichte entlasten. Seite 5

Morgen in der WELT

Die 500 größten deutschen Unternehmen

Die Spitzengruppe der Rangliste „Deutschlands Große 500", die die WELT morgen zum elften Mal veröffentlicht, ist durcheinandergewirbelt worden. Auf Rang eins der deutschen Unternehmen – gemessen am Umsatz – steht zum ersten Mal die Münchner Siemens AG, die Düsseldorfer Veba AG ist auf den dritten Platz abgerutscht. Auf dem Sprung nach vorne steht die Stuttgarter Daimler-Benz AG. Seiten 12 u. 13

POLITIK

Terror: Der Generalbundesanwalt sollte, so der CDU-Abgeordnete Marschewski, alle Terror-Straftaten verfolgen können. Bislang darf er nur gegen Terrorgruppen aus dem Inland ermitteln.

Kontinuität: Die Legislaturperiode des Bundestags sollte nach Ansicht des FDP-Abgeordneten Hermann Otto Solms auf fünf Jahre verlängert werden, um die Kontinuität der Arbeit zu stärken.

Babyjahr: Gegen Pläne, die Zusatzrente für das Babyjahr indirekt aus der Kasse der Bundesanstalt für Arbeit zu finanzieren, wenden sich Verwaltungsrat und Vorstand der Bundesanstalt.

Ausgewiesen: John Burns, Korrespondent der „New York Times", ist aus China ausgewiesen worden und gestern in Hongkong eingetroffen. Er soll in China verbotene Gebiete aufgesucht haben.

UNO: Gegen eine Erhöhung des Bonner UNO-Beitrags hat sich der CSU-Bundestagsabgeordnete Rose ausgesprochen. Die Vereinten Nationen müßten ihre Finanzprobleme aus eigener Kraft lösen.

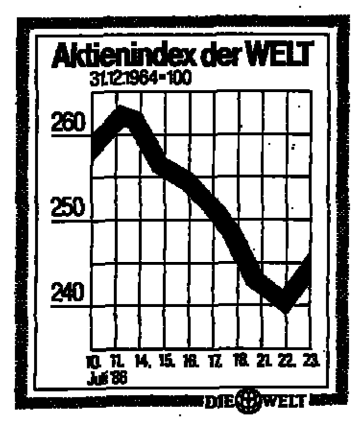
Kosten: Ein Raketenabwehrsystem wie SDI würde die USA etwa 670 Milliarden Dollar kosten. Wissenschaftler der John-Hopkins-Universität sagen, das Land sei dazu durchaus in der Lage.

WIRTSCHAFT

Frankreich: Der Ministerrat hat ein Gesetz über die Privatisierung von 65 verstaatlichten Konzernen, Banken und Versicherungen angenommen. Zugleich wurde ein Dutzend der noch von den Sozialisten ernannten Chefs von Muttergesellschaften der Staatsunternehmen abgelöst. (S. 7)

Börse: Bei begrenzter Aufnahmefähigkeit des Marktes kam es zu einer Erholung des Aktienmarktes. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 246,14 (241,64). BHF Rentenindex 106,994 (106,958). BHF Performance Index 105,796 (105,732). Dollarmittelkurs 2,1263 (2,1252) Mark.

Goldpreis pro Feinunze 347,25 (353,50) Dollar.



KULTUR

Bregenz: Mit der Qualität der Produktionen wächst auch der Anspruch; leichtgängige Operette hat keine Chance. Donizettis „Anna Bolena" und Mozarts „Zauberflöte" bei den Festspielen. (S. 15)

Schätze: 16 Jahre lang hat ein Ehepaar unter dem eigenen Haus in Jerusalem gegraben, wie unter Zwang. Das Ergebnis ist ein Museum: Historisches und Kunstgegenstände aus 2500 Jahren. (S. 15)

SPORT



Radsport: Der Spanier Julian Gorospe gewann die 19. Etappe der 73. Tour de France nach St. Etienne. Die Führung in der Gesamtwertung verteidigte der amerikanische Vize-Weltmeister Greg Lemond (Foto) erfolgreich.

Tennis: Beim Federation-Cup in Prag haben die Amerikanerinnen durch ein 2:0 über Spanien bereits das Viertelfinale erreicht. Chris Evert-Lloyd und Martina Navratilova gewannen ihre Einzel jeweils ohne große Probleme.

AUS ALLER WELT

[illegible]: „Rien ne va plus" – nichts ging mehr, als die Volkspolizei auftauchte. Illegale Spielclubs in der „DDR"? In der Kriminalstatistik tauchen sie nicht auf, aber sie existieren. Mit allen Tricks und Zinkern. (S. 16)

Prügel: An den britischen Schulen gibt es keine Prügelstrafe mehr. Mit 231 gegen 230 Stimmen votierte das Unterhaus entsprechend, obwohl Erziehungsminister Patten vor einer Schwächung der Lehrer gewarnt hatte. (S. 16)

Asylanten: Bonn setzt auf die Intervention der Alliierten

Kohl will die Ministerpräsidenten für Grundgesetz-Änderung gewinnen

E. N./lz, Bonn/München

Unter dem Druck der steigenden Zahlen von Asylbewerbern, die über die „DDR" einreisen, hat die Bundesrepublik Deutschland jetzt die Westalliierten in Berlin eingeschaltet. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher unterrichtete in Washington seinen Amtskollegen George Shultz über das Ergebnis seiner Gespräche in Moskau zu diesem Thema. Zuvor hatte Genscher das Asylantenproblem bereits mit dem britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe erörtert.

Im Vordergrund der Unterredungen Genschers habe, wie aus Regierungskreisen verlautete, die Tatsache gestanden, daß mehr als 60 Prozent der Flüchtlinge mit der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot über den Ostberliner Flughafen Schönefeld nach West-Berlin weiterreisen. Erörtert werden sollen mögliche Maßnahmen in Berlin, ohne dabei dem Status der geteilten Stadt anzutasten.

Bundeskanzler Helmut Kohl will im Herbst den Versuch unternehmen, die Parteivorsitzenden und Regierungschefs der Länder für eine Änderung des Grundgesetzes zu gewinnen. Denn auf die Unterstützung der FDP kann Kohl bei einer Grundgesetzänderung nicht rechnen. Die Freien Demokraten machten gestern wiederum deutlich, daß es mit ihnen eine Verfassungsänderung nicht geben werde. Demgegenüber sagte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) nach einer Kabinettssitzung, um des unerträglich werdenden

SEITEN 2, 4 UND 5:
Weitere Beiträge

Asylantenproblems Herr zu werden, dürfe auch eine Grundgesetzänderung nicht ausgeschlossen werden.

Deutlicher sprach sich der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß für eine Grundgesetzänderung aus. Mit Blick auf SPD und FDP sagte er in einer Regierungserklärung, wer eine Korrektur des Grundgesetzes verhindere, mache sich „schuldig an der Ausbreitung des Übels". Zu keiner Zeit sei das Grundgesetz dazu bestimmt gewesen, „ganze Flüchtlingsströme wegen schlechter Lebensbedingungen, wegen eines Minderheitenschicksals oder wegen einer Bürgerkriegssituation in den Heimatländern aufzunehmen". Der Vorschlag der Berliner Kultursenatorin Laurien, lediglich das Verteilungsverfahren zu beschleunigen, gehe völlig an der Sache vorbei und würde lediglich das Problem von Berlin auf die anderen Länder verlagern.

Als eine erste Maßnahme beabsichtigt die Bundesregierung, die Abschiebungspraxis zu verschärfen. Zimmermann kündigte an, durch schnellstmögliche Abschiebung in die Herkunftländer solle Wirtschaftsflüchtlingen aus Indien, Pakistan, Bangladesch und Ghana klargemacht werden, daß sich „eine Reise in die Bundesrepublik Deutschland nicht lohnt".

Angesichts des „besorgniserregenden Zustroms" von Asylsuchenden setzte sich Zimmermann dafür ein, daß zukünftig nur noch eine Instanz und nicht wie zur Zeit üblich zwei Verwaltungsgerichtsinstanzen über die Anerkennung befinden sollten.

DER KOMMENTAR

Hochzeitsjubel

REINER GATERMANN

Da ist der Südafrika-Konflikt und die „konstitutionelle Krise", da sind fast vier Millionen Arbeitlose, eine stagnierende Wirtschaft und sinkende Einkommen, – aber da war, diesen einen Tag, wieder eine königliche Hochzeit. Als sich gestern in der Westminster Abbey Prinz Andrew und Miss Sarah Ferguson das Ja-Wort gaben, war dies kaum von Bedeutung für die Monarchie, denn der Bräutigam steht in der Thronfolgeliste nach Prinz Charles und dessen beiden Söhnen erst an vierter Stelle. Dieser Tatsache trugen Hof und Regierung auch insofern Rechnung, als dieser 23. Juli nicht zum Feiertag erklärt wurde und auch keine Staatsoberhäupter eingeladen waren. Dennoch ist dieser Tag von eminenter Bedeutung für Monarchie und Staat.

Denn diese Hochzeit war nicht das Fest der „oberen Zehntausend". Wieder, wie bei „Di und Charles", war es das Fest von mindestens achtzig Prozent der fünfundfünfzig Millionen Briten. Und dreihundertfünfzig Millionen Fernsehzuschauer in knapp vierzig Ländern in- und außerhalb des Commonwealth nahmen teil.

Mag dieses Ereignis zuallererst der wichtigste Tag im Leben des Brautpaares sein, er ist kaum weniger wichtig für das Haus Windsor. Wer will, mag die Monarchie als anachronistisch abtun; die Länder, die sie sich bewahrt haben, liefern eindrucksvolle Beispiele dafür, daß sie auch in einer modernen parlamentarischen Gesellschaft eine Funktion zu erfüllen hat. Nicht nur sie – die Medien der Länder, an deren Spitze ein gewähltes Haupt steht, sind schier noch begieriger nach Berichten über Königshäuser.

Zwei Herzen und eine Krone können die schweren sozialen Probleme Großbritanniens nicht lösen. Aber sie können den Menschen helfen, ihre Not zeitweise zu vergessen – wenn sie ihnen nicht sogar, auf eine rational nicht zu begründende Weise, Hoffnung geben.

Agentenaustausch mit der „DDR"

Staatssekretär Rehlinger zur WELT: Noch vor dem Fall Meißner verabredet

ms. Bonn

In Herleshausen hat gestern Nachmittag ein Agentenaustausch mit der „DDR" stattgefunden: Die Bundesrepublik Deutschland überstellte den 62jährigen Hansjörg Thaten, der im April 1986 vom Oberlandesgericht Hamburg wegen geheimdienstlicher Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin zu drei Jahren Haft verurteilt worden war. Im Gegenzug ließ die „DDR" eine 60jährige Frau frei, die als Mitarbeiterin des Bundesnachrichtendienstes (BND) in diesem Jahr zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Außerdem wurde von ihr ein 26jähriger Student übergeben, der als Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) im Jahre 1985 zu einer achtjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden war.

Der Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Ludwig Rehlinger, sagte gegenüber der WELT: „Dieser Austausch steht nicht im Zusammenhang mit dem Fall des DDR-Professors Meißner. Er wurde verabredet, bevor Meißner im Westen aufgetaucht ist".

Thaten, der der „DDR" überlassen wurde, war als sogenannter „operativer Reisekader" des MfS tätig und der Ermittlungsabteilung in der MfS-Zentrale zugeordnet. Er war am 1. August 1985 über West-Berlin mit dem Auftrag, Agenten anzuwerben, zunächst nach Hamburg gereist. Weitere Stationen waren dann Heidelberg, Stuttgart und Neckargemünd, ehe er verhaftet werden konnte. Eine von ihm „angesprochene" Person hatte die Polizei unterrichtet. Die Ermittlungen haben dann ergeben, daß Thaten seit 1984 in den Diensten des MfS stand. Seine Freilassung schon so kurz nach der Verurteilung wurde mit gesundheitlichen Gründen erklärt.

Die Bundesregierung bemüht sich intensiv, aber bisher ohne Erfolg, um die Freilassung der inhaftierten Ärztin Christa-Karin Schumann. Sie war die Lebensgefährtin eines MfS-Admirals, der sich gemeinsam mit ihr in den Westen absetzen wollte, aber in letzter Minute verhaftet und dann erschossen worden ist. Die „DDR" befürchtet offenbar, daß Frau Schumann brisante Einzelheiten aus der SED-Führung kennt. Immerhin war der Admiral in erster Ehe mit der Tochter von Waldemar Verner, dem einstigen Leiter der Politischen Verwaltung der Nationalen Volksarmee, verheiratet. Waldemar Verner war der Bruder von Paul Verner, dem früheren SED-Politbüromitglied und obersten Sicherheitschef der Partei.

Unabhängig von dem Agentenaustausch trafen gestern zwanzig politische Häftlinge aus der „DDR" im Notaufnahmelager Gießen ein. Sie hatten zum Teil hohe Haftstrafen verbüßt. Sie gehören zu dem „Freikauf-Kontingent" dieses Jahres. Damit konnte die Bundesregierung seit Beginn dieses Jahres die vorzeitige Entlassung von insgesamt 950 politischen Gefangenen durch Freikauf erreichen. Für das gesamte Jahr 1986 hat Ost-Berlin dem Vernehmen nach die Freilassung von 1200 Häftlingen in Aussicht gestellt.

Verbitterung über Reagans Rede

Howes Südafrika-Mission erschwert / Apartheid-Gegner hoffen jetzt auf den US-Kongreß

DW. Washington/Johannesburg

Der amerikanische Präsident hat mit seiner jüngsten Südafrika-Rede die Sondierungen des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe in Südafrika erschwert und vor allem bei den Apartheid-Gegnern Verbitterung ausgelöst. In seinem Beitrag vor Kongreßabgeordneten hatte Reagan die Apartheid zwar verurteilt, sich aber grundsätzlich gegen Wirtschaftssanktionen ausgesprochen.

Schon vor der Ankunft des britischen Außenministers gestern in Südafrika weigerten sich Vertreter der verschiedenen Oppositionsgruppen wie der inhaftierte Schwarzenführer Nelson Mandela und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu, mit Howe zu sprechen. Jetzt hat sich die Haltung gegenüber den westlichen Staaten durch die Äußerungen des US-Präsidenten noch mehr verhärtet. Reagans Rede bezeichnete Bischof Tutu als „ekelhaft". In einem Interview mit dem britischen Fernsehen sagte der künftige anglikanische Erzbischof von Kapstadt: „Meinetwegen kann der Westen zur Hölle fahren. Wir haben es satt. Reagan, Thatcher, Kohl, mit denen ist jetzt Schluß."

Der Mitbegründer des Anti-Apartheid-Dachverbandes United Democratic Front (UDF), Pfarrer Allan Boesak, erklärte in einem Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS: „Ich glaube, wir müssen die Reagan-Administration jetzt vergessen und können nur noch auf das

LEITARTIKEL SEITE 2:
Ein Vakuum schaffen?

amerikanische Volk und den Kongreß hoffen."

Die Hoffnungen Boesaks gründen sich offenbar auf die scharfe Kritik amerikanischer Politiker – Republikaner wie Demokraten. Der republikanische Vorsitzende des außenpolitischen Senatausschusses, Richard Lugar, erklärte, Reagan lasse es in der Südafrika-Politik an „leadership" fehlen.

Senator Edward Kennedy, Demokrat aus Massachusetts, sagte, die Rede des Präsidenten sei „nicht nur eine Enttäuschung, sondern eine Katastrophe". Viele Senatoren zeigten sich überzeugt, daß der von den Republikaner beherrschte Senat nun viel schärfere Sanktionsgesetze billigen werde, als dies noch vor der Rede wahrscheinlich gewesen sei.

Reagan hatte in seinen Ausführungen keine Änderung der amerikanischen Südafrika-Politik erkennen lassen. Er forderte Pretoria erneut zu Verhandlungen mit der schwarzen Mehrheit und zum Abbau der Rassentrennung auf, die „moralisch und politisch" nicht zu akzeptieren sei. Sanktionen aber, so Reagan, würden Amerikas Spielraum zerstören und die Krise in Südafrika nur vertiefen. Die USA müßten im Gegenteil in dem Staat am Kap „bleiben und arbeiten". Zu oft hätten Amerikaner in der Vergangenheit „aus Zorn, Frustration und Ungeduld gehandelt, fehlerhaften Regimen den Rücken gekehrt, was eine Katastrophe zur Folge hätte".

Schneller Brüter: Betreiber droht Düsseldorf mit Klage

„Mehrkosten in Kalkar pro Monat 10 Millionen Mark"

HEINZ HECK, Bern

In der Führungsetage der Schnellbrüter-Kernkraftwerksgesellschaft (SBK) wird eine Schadensersatzklage gegen die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen für den Fall erwogen, daß das Wirtschaftsministerium den Schnellen Brüter nicht in Betrieb gehen lassen sollte. Dietmar Kuhnt, einer der fünf Geschäftsführer der SBK – sie ist Errichtungs- und Betreibergesellschaft für die Anlage in Kalkar – wertete gegenüber der WELT die jüngsten Äußerungen des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Reimut Jochimsen (SPD) als Genehmigungsverweigerung.

Nach Auffassung von Kuhnt sind Jochimsens Ankündigungen auf der Pressekonferenz vom Montag eine „Ungeheuerlichkeit". Der Minister hatte dort erklärt, er könne sich nicht vorstellen, daß Betreiber und Hersteller noch einmal in der Lage wären, die Genehmigungsvoraussetzungen für den Brüter zu erfüllen.

Kuhnt betonte, daß man im Interesse der Gesellschafter sowie des Bundes, Belgiens und Hollands „alle rechtlichen Möglichkeiten prüfen und wahrnehmen" werde. Rein juristisch gesehen könnte die SBK auch auf Genehmigungserteilung klagen. Kuhnt gab jeoch zu bedenken, daß dies ein „sehr langer Weg" wäre, den das Unternehmen sicherlich nicht finanzieren könne, da ein solches Verfahren durch alle Instanzen ginge und mindestens fünf Jahre dauern würde.

Kuhnt wertet Jochimsens Erklärung vom Montag eher so, daß der Minister offenbar den Landtagsbeschluß aus Nordrhein-Westfalen, wonach der Brüter nicht ans Netz gehen soll, durchsetzen will.

Nach Angaben der SBK stehen nur noch die beiden Teilerrichtungsgenehmigungen für die Einlagerung der Brennelemente und für die Betriebsgenehmigung aus. Kuhnt fügte hinzu, im Vorfeld der noch ausstehenden Genehmigungen seien keine gravierenden Punkte bekannt geworden. Die SBK habe in ständigem Kontakt mit der Genehmigungsbehörde gestanden und abgefragt, was noch zu beachten sei. Darauf seien Auflagen gemacht worden, die man alle in acht Wochen hätte abarbeiten können.

Der SBK-Geschäftsführer betrachtet die Haltung Jochimsens auch deshalb als nicht nachvollziehbar, weil die Genehmigungsbehörde bereits 16 Teilerrichtungsgenehmigungen erteilt hätte. Dabei hätte jedesmal auch die Genehmigungsfähigkeit für die Gesamtanlage zur Prüfung und zur Entscheidung angestanden.

Angesichts der zu erwartenden Verzögerungen könnten die Kosten nicht in dem bisherigen Rahmen von etwa 6,5 Milliarden gehalten werden, sagte Kuhnt. Doch hätten dies weder der Hersteller noch der Betreiber zu verantworten. Die voraussichtlichen monatlichen Mehrkosten schätzt Kuhnt auf etwa 10 Millionen Mark.

Wirtschaftsminister Jochimsen hat Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) und Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) unterdessen zu einem politischen Spitzengespräch über den Schnellen Brüter eingeladen. Ein solches Treffen könne im Anschluß an ein Expertengespräch über die „neue Situation im Genehmigungsverfahren" zusammen mit dem Hersteller und Betreiber der Anlage in Kalkar stattfinden, hieß es gestern in Düsseldorf.

„Schwächung der radikalen Araber"

dpa, Tel Aviv

Von einer Schwächung „radikaler" arabischer Positionen spricht das israelische Außenministerium nach dem Treffen von Israels Ministerpräsident Peres mit dem marokkanischen König Hassan. Ob die Gespräche um die Wiederbelebung des Friedensprozesses in Nahen Osten konkrete Ergebnisse gebracht haben, war gestern noch nicht sicher. Ein spezieller Plan wurde offenbar nicht vorgelegt. Einzelheiten der Unterredung wurden jedoch nicht bekannt. Während das Treffen in israelischen Öffentlichkeit positiv beurteilt wird, hat Außenminister Schamir erklärt, Peres habe kein Mandat der Regierung für territoriale Zugeständnisse. Im israelischen Rundfunk hieß es, Hassan II. habe sich auf die Beschlüsse des arabischen Gipfels von Fes gestützt. Darin wird die Gründung eines palästinensischen Staates gefordert. Dies hatte Israel stets zurückgewiesen.

Seite 2: Moskau zu Hassan

„Anregungen" für Reagan

Co. Bonn

Nur wenige Stunden nach seiner Rückkehr aus Moskau ist Außenminister Genscher gestern nach Washington geflogen, um die US-Regierung über seine Gespräche mit Kreml-Chef Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse zu unterrichten. Er wird nach Absprache mit Bundeskanzler Kohl auch deutsche Anregungen für die am Wochenende erwartete Antwort Reagans auf die jüngsten Abrüstungsvorschläge Moskaus überbringen.

Im Bundeskabinett würdigte der Kanzler die Moskauer Besuchsergebnisse als einen „beachtlichen Erfolg". Von einer oft beschworenen Eiszeit zwischen Bonn und Moskau könne nun niemand mehr reden. Die Genscher-Reise werde auch auf das Verhältnis der Bundesrepublik zu anderen Staaten des Warschauer Paktes, insbesondere zur „DDR" positive Auswirkungen haben, sagte Kohl.

Seite 6: Brief an Gorbatschow

Die Queen führte den Brautzug an

DW. London

Unter den Augen von 1800 geladenen Gästen in der Londoner Westminster-Abtei und mehreren hundert Millionen Fernsehzuschauern in aller Welt haben sich Prinz Andrew und Sarah Ferguson gestern das Ja-Wort gegeben. Seit Wochen war die Hochzeit des Jahres zwischen dem zweitältesten Sohn der Queen und der Majorstochter bei den Briten das beherrschende Thema.

Hunderttausende jubelten von den Straßenrändern, als die königliche Familie und das Brautpaar in neun Kutschen vom Buckingham-Palast zu dem rund 900 Jahre alten Gotteshaus fuhren. Die Trauung nahm der Erzbischof von Canterbury, Robert Runcie, vor. Auch der katholische Erzbischof von Westminster, Basil Kardinal Hume, sowie Vertreter anderer Kirchen erflehten in kurzen Gebeten den Segen Gottes für das Brautpaar.

Seite 16: Die Hochzeit

Entlastung für Lambsdorff

W. K. Bonn

Die 7. Große Strafkammer des Bonner Landgerichts sieht für eine Verurteilung der beiden früheren Bundesminister Friderichs und Lambsdorff sowie des früheren Flick-Gesellschafters von Brauchitsch wegen Bestechlichkeit und Bestechung offenbar keine Beweise. Das geht aus dem Tenor der gestern vom Gericht bekanntgegebenen Entscheidung hervor, die von der Staatsanwaltschaft beantragte Vernehmung weiterer Zeugen abzulehnen.

Der Vorsitzende der Strafkammer, Buchholz, gab ferner bekannt, daß die persönliche Referentin von Bundeskanzler Helmut Kohl im Bonner-Spendenprozeß nicht als Zeugin geladen wird. Eine Vernehmung Juliane Webers, mit der ihre Geldbotentätigkeit zwischen dem CDU-Vorsitzenden und Eberhard von Brauchitsch geklärt werden sollte, würde über einen „Indiziencharakter" nicht hinausgehen. Das gelte auch für die beantragte Ladung von Angehörigen der Familien Schlieker und von Berghes. Eine Verurteilung könne aufgrund solcher Beweismittel nicht erfolgen, sagte Richter Buchholz. Keineswegs stelle die jetzige Entscheidung bereits „einen Freispruch im klassischen Sinne" dar.

In dem Prozeß, der vor elf Monaten eröffnet wurde, wird den Angeklagten zugleich Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit Parteispenden vorgeworfen.

Gonzales nennt ETA Mörderbande

DW. Bilbao

Die baskische Separatistenorganisation ETA hat sich gestern als Urheber des Raketenanschlags auf das Madrider Verteidigungsministerium bezeichnet. Weitere Attentate in Spanien und in Frankreich wurden von ihr angekündigt. Die ETA sei fest entschlossen, „Schläge gegen das Herz der Streitkräfte, die eigentliche Säule des von Unterdrückung gekennzeichneten spanischen Staates", zu führen, hieß es in einer Mitteilung, die von der in Bilbao erscheinenden Tageszeitung „Deia" veröffentlicht wurde.

Bei dem Anschlag auf das Ministerium waren am Montag acht Menschen verletzt worden. Am vorangegangenen Wochenende hatte Frankreich einen ETA-Führer an Spanien ausgeliefert. Auf diesen Umstand spielte die ETA in ihrem Schreiben mit den Worten an, Frankreich habe sich mit seiner „unterwürfigen Kollaboration" auf die Seite der Feinde des baskischen Volkes gestellt.

Der spanische Ministerpräsident Gonzales lehnte in einer Rede vor dem Parlament Verhandlungen mit der ETA kategorisch ab. Gonzales sagte, den falschen Hoffnungen einer Mörderbande auf Verhandlungen müsse ein Ende gesetzt werden. Die ETA habe durch eine Kombination von Polizeiaktionen, internationaler Zusammenarbeit und begrenzten Amnestieangeboten schwere Schläge einstecken müssen.

Seite 2: Spaniens neue Anstrengungen

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wanninger in Moskau

Von Enno v. Loewenstern

Das Gegenteil vom Hasen und vom Igel ist die Geschichte vom Buchbinder Wanninger, der, wo immer er anrief, den Bescheid erhielt: Wir sind nicht zuständig. In Bonn kommt man sich am Beispiel Asylanten-Problem wie jener unglückliche Buchbinder vor: Ist nun die „DDR" im Namen und Rahmen der kontinuierlichen Ostpolitik als selbständige politische Einheit zu behandeln oder nicht? Sie erklärt offiziell, daß die vom Flughafen Schönefeld herüberströmende Flut sie nichts angehe, und jammert unterderhand, die bösen Sowjets zwängen den armen Honecker dazu und man möchte sich doch an sie wenden. So wandte Genscher sich an sie, aber er erhielt von Gorbatschow keine und von Schewardnadse eine Antwort gemäß 1. Mose 4, 9: Soll ich meines Bruders Hüter sein?

Was dahintersteht, ist offenkundig der Schlag nach zwei Fliegen mit einer Klappe. Erstens soll die deutsch-deutsche Beziehung ins Zwielicht geraten. Zweitens soll die Bonner Koalition gesprengt werden, denn zumindest ein gewisser Flügel der FDP lehnt jede Änderung des Asylrechts ab – und die SPD tut es sowieso. In der Theorie eine klare Sache. Nur kann es sein, daß die Praxis ihr wieder einmal nicht folgt.

Wer hier in die Klemme gerät, ist nämlich ausgerechnet die SPD, der Moskau gewiß nichts Böses will. Auf der einen Seite erregt sich Alfred Emmerlich noch über „skrupellose Menschenverachtung" von Strauß, weil dieser das Asylrecht ändern will – auf der anderen Seite aber sagen Hans-Jochen Vogel und Peter Glotz schon der Bundesregierung die „absolute Unterstützung der Opposition" zu, weil es sich um ein „ganz ernstes Problem" (Glotz gegenüber „Bild") handelt. Die SPD will zwar nicht einen eigenen Anti-Asylanten-Vertrag mit der SED schließen, wie sie einen Anti-Chemiewaffen-Vertrag mit ihr schloß, aber sie will ihre „Kontakte zur SED nutzen".

Woher diese Wende? Was die Emmerlichs noch nicht gemerkt haben: der Druck von unten wächst. Die SPD-Bürgermeister wissen nicht mehr aus noch ein; sie prophezeien der Partei Wahlkatastrophen, wenn sie weiter für ungehinderten Zustrom eintritt. Schafft Moskau es, wenigstens hier wieder eine Front der Demokraten zusammenzuschmieden?

Wer gefährlicher ist

Von Werner Kahl

Aus seinen Erfahrungen im neuen Amt hat der Präsident des Verfassungsschutzes Bundestagsabgeordneten aller Parteien einen wichtigen Hinweis über den Stellenwert der akuten Terrorismusbekämpfung in unserem Land vermittelt. Darüber erregte sich der Nachwuchs-Sprecher für innere Sicherheit bei der SPD, Harald Schäfer – aber Ludwig-Holger Pfahls hat im Grunde nichts anderes als seine Vorgänger Heribert Hellenbroich und Richard Meier gesagt, als er bei seiner Anhörung für ein neues Verfassungsschutzgesetz im Bundestag-Innenausschuß sagte, daß der gewalttätige Extremismus „nur auf den ersten Blick gefährlicher" sei als der nicht gewalttätige – daß, mit anderen Worten, die RAF auf lange Sicht weniger gefährlich ist als die DKP.

Bei gewalttätigem Extremismus könnten Gewalttaten und andere terroristische Übergriffe jederzeit mit Mitteln des Strafrechts bekämpft werden, sagte der Verfassungsschützer. Als langfristig gefährlicher beschrieb er die Wühlarbeit des kommunistischen Extremismus, der mit schillernden Etiketten der „Bündnispolitik" Demokraten umwirbt.

Auf solche Bestrebungen, „auf politisch-ideologischer Basis das Abwehrverhalten der Verteidiger des demokratischen Rechtsstaates zu schwächen und diejenigen, die durch Agitation und Propaganda die Jugend zu beeinflussen suchen", machte der Verfassungsschutzpräsident aufmerksam. Er wurde noch deutlicher: „Ich meine im Klartext: Die DKP ist in ihrer engen Anlehnung an die Sowjetunion und die DDR mit ihren bündnispolitischen Erfolgen und ihrem Einfluß im Rahmen von Kampagnen auf das Abwehrverhalten der Demokraten auf längere Sicht jedenfalls gefährlicher als ‚Rote Armee Fraktion' oder ‚Rote Zellen' mit ihren spektakulären Gewalttaten."

Für den SPD-Politiker Harald Schäfer sind das „falsche Prioritäten". Aber er hätte sich im eigenen Lager, zum Beispiel bei Gerhard Jahn, dem früheren Justizminister, erkundigen sollen. Der weiß vom Verfassungsschutz, wie gefährlich die DKP für die Demokratie ist, nicht zuletzt für die Sozialdemokratie – er hat sich dort seinerzeit über eben diese Bündnispolitik erkundigt.

Moskau zu Hassan

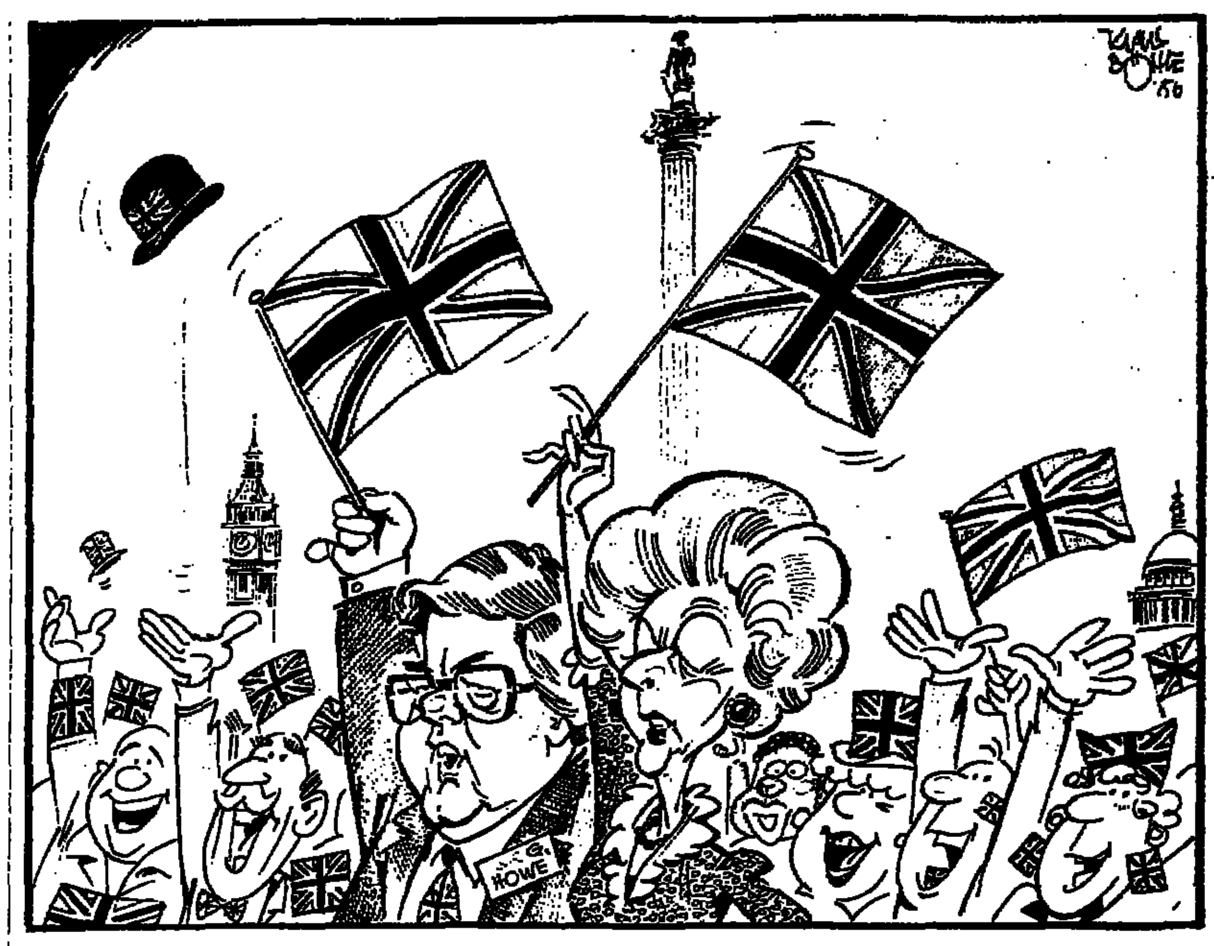
Von Jürgen Liminski

Marokko ist gewiß eine Reise wert. Auch für den israelischen Premierminister Peres, obwohl das farbensatte Land am Zugang zum Mittelmeer nicht gerade zu den nächsten Nachbarn Israels zählt. Aber Rabat hat Gewicht im arabischen Lager und könnte vermittelnd auf den Staat einwirken, um den es geht: den Palästinenserstaat Jordanien. Grundlage der Vermittlung soll der Plan von Fes sein, also wäre auch Saudi-Arabien einbezogen, der Geldgeber des dritten Landes an Israels Grenzen, des Nein-Sagers Syrien.

Ob die Peres-Hassan-Initiative noch vor der Rotation in Israel Früchte trägt, steht dahin. Die Erfahrung hat gezeigt, daß nur direkte Gespräche der auf dem Gefechtsfeld beteiligten Länder zum Erfolg führen. Konferenzen im Rahmen der UNO oder der Arabischen Liga haben bisher allenfalls wortgewaltige Resolutionen zutage gefördert.

Auf dem Weg zwischen Konferenz und direkten Gesprächen trafen sich nun Peres und Hassan. Das war den Radikalen erwartungsgemäß zuviel. Syrien brach die Beziehungen zu Marokko ab. Aber auch Moskau verurteilte via Tass die neue Initiative: Israel und die USA versuchten, den arabischen Staaten die „Kapitulationsvarianten des Camp-David-Abkommens" aufzuzwingen. Die aufmerksamen Beobachter im sowjetischen Außenministerium haben sofort erkannt, daß diese Reise einen Rückschlag für Moskaus Konferenz-Politik bedeutet. Dabei hatten sie sich soviel Mühe gegeben. Dank der gegen Null tendierenden amerikanischen Nahost-Diplomatie war es ihnen gelungen, in den letzten anderthalb Jahren einige Punkte zu sammeln. Frankreich sprach sich für eine internationale Nahost-Konferenz aus, Israels Nachbarn sowieso, und auch in der EG wuchs die Zustimmung für ein großes Nahost-Palaver.

Damit ist es erst einmal wieder vorbei. Schon dafür hat sich die Reise gelohnt. Vielleicht bequemt Washington sich jetzt auch wieder, in dieser Region etwas aktiver zu werden. US-Vizepräsident Bush trifft am Sonntag zu einem günstigen Zeitpunkt in Tel Aviv ein.



„Also gut, für heute sind wir alle eine Family" KLAUS BÖHLE

Ein Vakuum schaffen?

Von Herbert Kremp

Die neue Weigerung Reagans, Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen, wird auch in den USA kritisch kommentiert. Auf dem Kontinent der Rassen stehen Kongreß-Wahlen bevor, bei denen die schwarze Minderheit regional den Ausschlag geben kann. Die Situation ist schwieriger als in Großbritannien. Dort beunruhigt der Gegenwind aus dem Commonwealth mehr das historische Bewußtsein und die Domäne der Monarchie als die Realität der Gegenwart. Der amerikanische Präsident hat in seiner Rede das außenpolitische Interesse hervorgehoben, Südafrika nicht abzuschreiben: „Wir müssen bleiben und arbeiten, nicht brechen und davonlaufen." Denn, so fragte er seine Kritiker, was würde andernfalls geschehen? Welche fremde Macht würde in das Vakuum eindringen, das nach einem Rückzug des Westens am Kap entstünde?

Die rhetorische Frage ist leicht zu beantworten. Der Afrikanische Nationalkongreß, um den sich die radikale Opposition kristallisiert, ist kommunistisch unterwandert. Mit der Reinheit marxistischer Lehre hat das nichts zu tun, wohl aber mit der Dynamik unterschiedlicher, vorwiegend irrationaler Antriebskräfte, die einen höheren Organisationsgrad suchen, um den politischen und militärischen Kampf gegen die hochmodern gerüstete und verwaltete weiße Minderheit führen zu können. Der Leninismus stellt dafür Mittel zur Verfügung. Es ist nicht überall in Erinnerung, daß die Zahl der afrikanischen Staaten, die sich zum Marxismus-Leninismus „bekennen", in dem Jahrzehnt zwischen 1965 und 1975 von drei auf zwanzig angewachsen ist. Dies geschah nicht wegen des deutschen Sozialmissionars aus Trier. Welche Vorstellungen die Staaten auch immer mit den fremden Begriffen verbanden – die Übernahme zentralistischer politischer Organisation wurde zur Basis des sowjetischen Einflusses in Afrika.

An dieser Tatsache ändern die Klagen über frühere Versäumnisse der europäischen Kolonialisten nichts mehr. Ob die Weißen in Südafrika denselben Effekt nicht gerade durch ihr Verhalten hervorrufen, ist eine gute Frage, die sich auch der amerikanische Präsident stellt. Die Regierung Botha ist zwar, wie zahlreiche Veränderungen zeigen, durchaus reformwillig, repräsentiert aber einen zutiefst in sich gespaltenen weißen Volksteil, der Afrikas Besonderheiten aus langer Erfahrung kennt und partiell zum politischen und gesellschaftlichen Schulterschluß mit der schwarzen Mehrheit nicht bereit ist. Diese Weißen halten dies für Unterwerfung und Ruin und reagieren auf die Herausforderung mittlerweile der ganzen Welt nach Art einer regierenden Minderheit, die nicht weiß, wohin sie gehen soll, wenn sie nicht mehr regiert. Die Situation ist nicht einfach verfahren, sondern unrettbar. Ein Konsens mit den guten Ratschlägen der westlichen Regierungen, die aus mannigfachen Gründen zu spät kommen, ist nicht herzustellen. Südafrika ist ein Krisenherd erster Ordnung, und Krisenherde dieser Hitzeentwicklung üben auf die sowjetische Machtpolitik eine starke Anziehungskraft aus.

Wie Moskau auf den Magnetismus reagiert, ist freilich ungewiß. Die Sowjetunion ist seit Andropow vorsichtiger geworden, neue kostspielige und riskante Engagements in der Dritten Welt einzugehen. Das sowjetisch-kubanische Vordringen nach Angola und Moçambique, die Unterstützung Vietnams in Kambodscha, der eigene Einsatz in Afghanistan und die Hilfe für Nicaragua, Äthiopien, Süd-Jemen, Syrien, Irak, Libyen und Nordkorea – dieser Sprung über die innere Linie verursacht gewaltige Kosten, die mit den Entwicklungszielen der Sowjetunion im eigenen Lande in Konflikt geraten sind. Kuba muß mit jährlich fünf Milliarden Dollar, Vietnam mit drei Milliarden subventioniert werden. Allein zu Breschnews Zeit sind die Ausgaben für direkte und indirekte Expansion pro Jahr von 17-29 Milliarden Dollar (1971) auf 36-46 Milliarden Dollar (1980) – Schätzungen der Rand Corporation – angestiegen. Die Summen dürften mit der allgemeinen Preisentwicklung Schritt gehalten haben. Der strategische Vorteil, den dieser Abschnitt der Entspannungspolitik brachte, ist beachtlich, doch befindet sich die gesamte Klientel ständig am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs – der marxistische Teil des Leninismus funktioniert nicht. Die Stützungskosten sind so hoch, daß selbst die „leidensfähige" Sowjetunion zu einer Politik beschränkter Konsolidierung des Errungenen übergehen mußte.



„Nicht brechen und davonlaufen": Reagan FOTO: DPA

Das ist die Lage Gorbatschows. Abziehen, aufgeben kann der Erbe Breschnewscher Weltpolitik nicht. Für die Hungernden in Äthiopien hat er kein Geld, die Streit-Fraktionen in Süd-Jemen beschießen sich mit Kalaschnikows. Seit Ende der Carter-Zeit unterstützen die Amerikaner die Widerstandsbewegungen in Nicaragua, Afghanistan und Angola; die Chinesen bewaffnen die kambodschanische Guerrilla, die Südafrikaner brachen mit Hilfe der Renamo-Rebellen Moçambique aus dem sowjetischen System. Das Engagement Moskaus wird immer teurer, es mußte auch mit dem Preis wachsender weltpolitischer Spannungen bezahlt werden. In Libyen trat Gorbatschow nicht gegen die USA an. Er muß Rubel rollen lassen, wo er steht, bemüht sich aber, durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Staaten der Golfregion und durch intensivere Kontakte zu Mexiko, Brasilien und Argentinien das Profil des Risiko-Engagements zu senken.

Was nicht bedeutet, daß er gute Gelegenheiten auslassen würde – Gorbatschow ist im Politbüro ja nicht allein. Neben der sich dramatisierenden Krise Iran – Irak und der vorerst nicht konsolidierten Lage auf den Philippinen könnte sich Südafrika zu einer neuen „Gelegenheit" entwickeln. Die Sowjetunion hat hilfswillige Verbündete. So wäre beispielsweise ein Teil der marxistisch-leninistischen Systeme in Afrika längst zusammengebrochen, organisierten dort nicht tüchtige Deutsche aus der „DDR" die innere Sicherheit.

IM GESPRÄCH Gisela Niemeyer

Leistung schadet nicht

Von Henning Frank



Arbeiten, wenig von sich reden machen: Bundesverfassungsrichterin Gisela Niemeyer FOTO: DIE WELT

Eigentlich wollte sie Journalistin werden, aber die Mutter, die immer ihr Vorbild war, redete es Gisela Niemeyer aus: „Journalistin ist Quatsch, da stehst du eines Tages auf dem Wochenmarkt und vergleichst die Blumenkohlpreise." So wurde die älteste Tochter eines Lehrers und einer Danziger Parlamentsstenografin Juristin.

Daß sie sich das Studium in Kiel Ende der vierziger Jahre – sie erhielt von ihrer Mutter monatlich nur siebzig Mark – selbst finanzieren mußte, empfindet das einzige weibliche Mitglied des Bundesverfassungsgerichts auch im Rückblick nicht als unzumutbar. Wie für Gisela Niemeyer auch das Gerede vom Leistungsdruck unverständlich ist: „Von mir wurden schon von Jugend an überdurchschnittliche Leistungen erwartet – und das hat mir keineswegs geschadet." Im Gegenteil, die Prädikatsexamina der frischgebackenen Assessorin gaben bei der lange umkämpften Einstellung in den höheren Dienst der Finanzverwaltung 1957 den Ausschlag, nachdem sie zunächst „als Frau" abgelehnt worden war.

Als Krankenhelferin während des Zweiten Weltkrieges hatte sie jedoch gelernt, sich zu behaupten. Sie verlangte zum Entsetzen eines Beamten im Düsseldorfer Finanzministerium einen beschwerdefähigen Ablehnungsbescheid, um notfalls bis nach Karlsruhe gehen zu können. Daraufhin machte sie in der Finanzverwaltung und später in der Finanzgerichtsbarkeit Karriere – „nach Karlsruhe" ging sie erst zwanzig Jahre später.

Als erste Frau wurde die promovierte Juristin – sie hat sich in ihrer Doktorarbeit mit dem „Gegenstand des Verfahrens bei Anfechtung von Steuerbescheiden" beschäftigt – 1972 als Richterin an den Bundesfinanzhof in München berufen und drei Jahre später zum ersten weiblichen Präsidenten eines Finanzgerichts (in Düsseldorf) ernannt. Nach Karlsruhe kam sie allerdings, wie sie selbst nüchtern meint, nicht zuletzt „als Frau" und zugleich SPD-Mitglied – an die Stelle der 1977 verstorbenen Verfassungsrichterin Wiltrut Rupp von Brünneck im Ersten Senat.

Gisela Niemeyer war der SPD in den sechziger Jahren beigetreten; schon ihr Großvater war Mitglied gewesen. Im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin macht die Mutter von zwei Kindern, deren Mann die Karriere seiner Frau nicht nur ermöglicht, sondern sogar kräftig gefördert hat, nicht durch spektakuläre Sondervoten von sich reden. Ihre sieben männlichen Richterkollegen im Grundrechtssenat schätzen ihren klaren Sachverstand und ihr treffsicheres Urteilsvermögen. Nicht zuletzt ist es Gisela Niemeyer zu verdanken, daß das Gericht viele der Unstimmigkeiten, vor allem aber Ungerechtigkeiten des neuen Scheidungsrechts ziemlich lautlos beseitigt hat. Sie tippt ihre Urteils- und Beschlußentwürfe auf einer uralten, aber „noch immer sehr stabilen" Schreibmaschine, auf der sie schon ihre Doktorarbeit geschrieben hat.

Daß ihr Name im Gegensatz zu dem einiger ihrer Kollegen in der Öffentlichkeit kaum genannt wird, stört die rechte Sozialdemokratin nicht. Schließlich müßten die Verfassungshüter zunächst einmal dafür sorgen, „die Akten vom Tisch zu bringen". Daß ab Oktober zum ersten Mal in der Geschichte des Bundesverfasssungsgerichts auch im Zweiten Senat mit Karin Grasshof eine Frau auf der Richterbank sitzen wird, kommentiert Gisela Niemeyer trocken: „Das war längst überfällig."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Rundschau

Sie hat die „Spiegel-Serie" über unseren „Bürgerkrieg" gelesen:

Da werden blutrünstige Szenarien entworfen, in einer Art Heeresschau die „Wunderwaffen" der Chaoten und die neuen Wasserwerfer der Polizei ... präsentiert, die ersten Schüsse prophezeit. Und was eben noch – mit der nötigen kritischen Distanz selbstredend – als Meinungsäußerung anderer zitiert wurde, ist ein paar Seiten später schon Realität: Wir befinden uns im unerklärten inneren Kriegszustand ... Diese Serie ist schlimmer als das übliche Sommertheater. So was macht scharf, so was heizt an, liefert Munition für Stahlkugel- wie Stahlhelmfraktion.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie spekuliert zu Kalkar:

Bis zur Wahl wird Bonn hart bleiben, um nicht als Opfer einer (nordrhein-westfälischen) Erpressung zu gelten. Danach freilich ist nicht ausgeschlossen, daß das Projekt rascher beerdigt wird, als mancher heute noch glaubt.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Das Heidelberger Blatt geht auf das Moskauer Abkommen ein:

Die Eselsbrücke, über die nunmehr Personen aus Berlin im Rahmen deutsch-sowjetischer Unternehmungen gehen dürfen, während ihre Institutionen weiterhin als nicht zur Bundesrepublik gehörig ausgeschlossen bleiben, ist ein weiterer Fall schlimmer Nötigung.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie kommentiert das „Anti-WAAhnsinns-festival":

Das musikalische Spektakel kann stattfinden – unter Auflagen. Die Überlegung, die Zahl der Teilnehmer zu begrenzen, indem Karten nur im Vorverkauf abgegeben werden, ist auf den ersten Blick einleuchtend. Aber was geschieht, wenn Zehntausende kommen, obwohl sie keine Eintrittsausweise haben?

ABENDZEITUNG

Die Münchner Zeitung nennt Verantwortliche für den Asylanten-Strom:

Kreml-Chef Gorbatschow kann bei seiner Lächel- und Friedensoffensive schon gar nichts Rufschädigendes brauchen. Dabei ist offensichtlich, daß er sich in trautem Verein mit Honecker und Genossen mindestens so widerwärtig benimmt wie ein Berufs-Schlepper. Sie spielen mit Menschen-Schicksalen, um das Ärgernis Westberlin in Schwierigkeiten zu bringen und obendrein noch, um von den Ärmsten der Armen harte Devisen in die Kassen ihrer staatlichen Luftfahrt-Gesellschaften zu bringen.

Spaniens neue Anstrengungen gegen den Terror

Woher kamen die Werfergranaten der Eta? / Von Rolf Görtz

Nüchtern, unter bewußtem Verzicht auf jeden dramatischen Akzent, sagte der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzalez zu Beginn seiner Regierungserklärung nach seiner Wiederwahl am 22. Juni dem Terrorismus den „Kampf mit verdoppelter Anstrengung" an. Hatte er einen Tag vorher die Nation über das Fernsehen aufgefordert, der Regierung bei der „Ausrottung" der terroristischen Plage zu helfen, so bat er vor dem Parlament um die Rückendeckung durch die Parteien. Von der Opposition erwartete er Vorschläge, wie man das Problem meistern könne, ohne die Legalität zu verletzen.

Den zweiten Hauptpunkt der Regierungserklärung widmete Gonzalez der Fortsetzung seiner bisherigen Wirtschaftspolitik. Der Regierungschef will versuchen, die Inflationsrate in den kommenden Wochen dem europäischen Durchschnitt anzupassen. Obwohl Gonzalez auch bei der letzten Wahl wieder die absolute Mehrheit im Parlament errang, verzichtet er auch für die nun beginnende zweite Legislaturperiode auf sozialistische Experimente, um der europäischen Herausforderung gerecht werden zu können: „Eine wirksame Sozialpolitik kann nur auf einer wirksamen Wirtschaftspolitik basieren. Ohne Wachstum des Wohlstandes führt kein Weg zur ausgeglichenen Gesellschaft."

Aber die Terrorismus-Frage bleibt im Vordergrund. Die Reaktion der Parteien im Parlament läßt die Gewichtung der Opposition für die nächsten vier Jahre erkennen: Schweigen bei der baskischen Minderheit und der kommunistisch-geführten „Vereinten Linken" (deren Abgeordnete hatten den Plenarsaal aus Protest gegen die parlamentarische Regelung verlassen, wonach nur diejenigen Parteien eine eigene Fraktion bilden können, die bei der Wahl über fünf Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnten). Deklamatorische Unterstützung durch das linke Zentrum des ehemaligen Ministerpräsidenten Adolfo Suárez, Vorschlag zur Zusammenarbeit durch das ein wenig mehr nach rechts geneigte Zentrum der christdemokratischen Abgeordneten, die sich nach der Parlamentswahl von der Volksallianz trennten – und der Vorschlag der Volksallianz selbst.

Oppositionschef Fraga Iribarne fordert in einem Zehn-Punkte-Programm eine neue Bewertung der Terroristen – sie auch juristisch nicht mehr als politische Überzeugungstäter, sondern als Kriminelle einzustufen – sowie eine Neuregelung des Gnadenrechts, die eine Begnadigung reumütiger Täter erlauben soll. Den Richtern soll eine Handhabe gegeben werden, Parteien zu verbieten, die den Terrorismus unterstützen, wie es die linksradikale Baskenpartei „Herri Batasuna" ganz offen tut.

Daß und wie Felipe Gonzalez den Terrorismus in seiner Regierungserklärung an erster Stelle behandelte, verdient gerade wegen seiner nüchternen Sachlichkeit den Beifall der Länder, die sich gegen dieselbe Gefahr zu wehren haben. Die Regierung will auf drei Wegen gegen den Terrorismus vorgehen, ehe er sich zu einem echten Bürgerkrieg ausdehnen kann. Einmal will sie im Zusammenhang mit den Autonomiestatuten der neu geschaffenen Länder Spaniens politische Wege sondieren. Wie sie das meint, blieb zunächst unklar; hier sind die Möglichkeiten insbesondere wegen der separatistischen Grundziele führender Basken-Politiker – ob rechts- oder linksstehend – gering. Der zweite Ansatz, und auf ihn richtet sich das Hauptinteresse, sind die keineswegs ausgeschöpften Möglichkeiten der Polizei. Hier wirken sich allerdings ideologische Meinungsverschiedenheiten im Regierungslager lähmend aus. Entschieden gebessert haben sich dagegen die von Gonzalez als dritte Möglichkeit angesprochenen internationalen Aspekte des Abwehrkampfes.

Spanische Etarras, die das französische Baskenland bisher als ihr Hinterland zur Vorbereitung neuer Attentate benutzen konnten, werden von der Regierung Chirac entweder ausgewiesen oder an Spanien direkt ausgeliefert. Die Eta-Kontakte zu Moskau sind ohnehin bekannt; nun bestätigen Dossiers, die der französische Nachrichtendienst der Madrider Regierung zur Vergügung stellte, daß mindestens vierzig Etarras in Libyen ausgebildet wurden.

Ungeklärt bleibt die Frage, woher die panzerbrechenden Werfergranaten stammten, die am Montag aus einer Stalinorgel auf das Gebäude des Verteidigungsministeriums in Madrid abgefeuert wurden. Für die deutschen Sicherheitsbehörden ist dies eine besonders interessante Entwicklung, denn die hiesigen Terroristen haben auch schon (wie später japanische Terroristen) solche ballistischen Anschläge versucht, allerdings mit selbstgebastelten Schußgeräten. Die Kontakte der deutschen Terrorszene zur Eta lassen da noch einiges erwarten. Eine enge deutsch-spanische Zusammenarbeit (muß man sagen: auch?) der Sicherheitsbehörden empfiehlt sich. Gonzalez selbst nannte den Ansatz, als er eine internationale Konferenz gegen den Terrorismus vorschlug.

Und wieder ein Rettungsring für die sinkende Pracht

„Venetia, wie bist du tief gesunken!" Was Heinrich Leuthold vor mehr als 100 Jahren schrieb, klingt im Jahre 1986 so aktuell wie eh und je. Oft schon sollte die Lagunenstadt vor weiterem Absinken gerettet werden. Es blieben schöne Pläne. Doch jetzt soll alles besser werden – dank Fiat und Olivetti.

Von KLAUS J. SCHWEHN

Die Regierung in Rom hat einen Plan zur Verwendung einer Auslandsanleihe in Höhe von umgerechnet 1,5 Milliarden Mark gebilligt, so daß die von der Unesco seit Jahren geforderten und geförderten Hilfsmaßnahmen zur Erhaltung der Kunstschätze und der historischen Gebäude beginnen können." Der Freund Venedigs, der diese Meldung liest und sie aufatmend als den Rettungsring für die Serenissima nimmt, möge innehalten. Die Meldung stammt aus dem Sommer 1971, ist also 15 Jahre alt.

Die Meldung aus dem Sommer 1986, 15 Jahre später, lautet: „Die ersten Arbeiten für das ‚Projekt Venedig', das die Lagunenstadt und ihre Inseln in Zukunft vom Hochwasser befreien soll, werden Ende dieses Jahres beginnen. Bei dem Projekt handelt es sich um die größte Wasserschutzoperation, die jemals in Italien gestartet wurde, und die größte in Europa seit der Eindämmung der Zuidersee in Holland."

„Man muß Geduld haben mit der alten Dame" bis „Die Lust am Untergang". In dieser Spannbreite bewegten sich in den vergangenen 15 Jahren die Schlagzeilen, die um den Canal Grande und sein marodes Umfeld rankten. Stolze Pläne gab es zuhauf, doch man wurde stets an Bertolt Brecht erinnert: „... gehn tun sie alle nicht"; Geld zur Sanierung wurde immer wieder versprochen und auch locker gemacht, doch es versickerte immer wieder in dunklen Kanälen. Das Fremdenverkehrs-Magazin „Un Ospite di Venezia" beschwor noch in diesem Frühjahr die Touristen, die Geduld nicht zu verlieren. Die Beschwörung geriet zur Ausrede.

Seit einem halben Jahrtausend feiern die Venezianer die Vermählung der Stadt mit dem Meer, am ersten Sonntag nach Himmelfahrt. Die halbe Stadt sitzt dann im Boot, um die 32 Kilometer vom Giudecca-Kanal nach Burano und zurück nach San Marco zu rudern. Das Fest „vogalonga" ist in den vergangenen Jahren zur Demonstration geworden, besonders diesmal: 4000 Ruderer in 900 Booten forderten mit Transparenten und einiger Lautstärke die Verabschiedung längst überfälliger Umweltgesetze für die Stadt.

Und es ist Spott und Hohn gegenüber dem Stadtrat, der Regionalverwaltung und der Regierung in Rom, wenn sie dabei eine 1969 – vor 27 Jahren also – veröffentlichte Analyse der Unesco zitieren, deren Schlußfolgerung heißt: „Es nützt nichts, die Plastiken und Fresken zu retten, wenn sie dazu verdammt sind, im Wasser zu versinken. Oder Schleusen bei den Lagunen-Einfahrten zu bauen, wenn es kein Vorwarnsystem gibt, um bei heraufziehendem Unwetter zeitig die Schleusentore zu schließen. Oder die Häuser bewohnbarer zu machen, wenn geeignete Verkehrsmittel fehlen, um sie zu erreichen." Die Mahnung war fast drei Jahrzehnte schier in den Scirocco geschrieben, in jenen Wind, der das Hochwasser in die Lagune treibt, das an den Grundfesten nagt.

„Apathie und Ignoranz sind die Gründe für den physischen Zerfall Venedigs", hieß es auf Transparenten der Gondolieri. Doch: Wieder einmal keimt jetzt neue Hoffnung aus dem ruinösen Zerfall. In einem Augenblick, da die Venezianer und die Freunde ihrer Stadt in aller Welt endgültig die Nase voll zu haben schienen von dem ewigen, scheinbar nutzlosen Gerede über das „Jahrhundertwerk" der Stadtsanierung, wurden in den vergangenen Monaten konzeptionell und in ersten Ansätzen auch finanziell neue Schritte eingeleitet zur Rettung der sterbenden Serenissima.

Es ist die Großindustrie, die – über Forschungsarbeiten hinaus – zunächst mit Einzelprojekten, demnächst aber auch mit einem Programm zur Totalsanierung Neues wagt. Es begann mit publikumswirksamen, aber auch teuren Restaurierungen:

– Das Elektro-Unternehmen Olivetti restaurierte die vier Bronze-Pferde des Markus-Platzes und ersetzte die Originale, die nun im Museum geschützt stehen, durch Kopien.

– Der Turiner Autokonzern Fiat kaufte für umgerechnet 13,5 Millionen Mark den heruntergekommenen Palazzo Grassi und renovierte ihn binnen Jahresfrist für weitere 21 Millionen Mark zu einem der bedeutendsten Kulturzentren Italiens. Noch bis zum Oktober präsentiert sich hier einem in die Hunderttausende gehenden Publikum die große Futurismus-Ausstellung.

Doch diese venezianischen Visitenkarten von Olivetti und Fiat sind nur Nebenprodukte des neuen Engagements der Industrie in Venedig. Mit 20 Prozent ist der Autokonzern auch an dem Firmenkonsortium „Venezia nuova" beteiligt, mit dem 27 italienische Unternehmen, darunter die Staatsholding IRI mit ihrer Anlagebau-Gesellschaft Italstat und der private Baukonzern Mazzi, die Sanierung der Lagunenstadt bis 1993, spätestens bis zur 1997 geplanten Weltausstellung vollenden wollen.

Die Firmengruppe hat ein jetzt genehmigtes Konzept vorgelegt, das in seinem Kern aus dem Anfang der 70er Jahre stammt. Es sieht vor, an den drei Zugängen der 550 Quadratkilometer großen Lagune zum offenen Meer Dämme mit Schleusen zu bauen, die bei Hochwasser geschlossen werden, das im Schnitt die Stadt jährlich fünfmal bedroht und etwa acht Prozent der Stadtfläche überflutet. Bei diesem Großprojekt, das auch den Bau einer Abwasser-Kanalisation einschließt, geht es um viel Geld: Umgerechnet mindestens 3,6 Milliarden Mark sind dafür vorgesehen.



Der Putz bröckelt: In einem Seitenkanal der Lagunenstadt FOTO: FERDI HARTUNG

Inzwischen also zwei Punkte, mit denen sich die Industrie die vor 27 Jahren gefertigte Unesco-Analyse zu Herzen nimmt. Ein dritter soll hinzukommen. Da mit den großen Schleusen nur die stärkeren Überschwemmungen gestoppt werden sollen, um nicht das ganze System des Wasseraustauschs in der Lagune durcheinander zu bringen, müssen andere „Bausteine" folgen. In manchen Bezirken reicht schon ein Wasserstand von wenigen Zentimetern über Normal aus, um verheerende Schäden anzurichten. Die weltberühmte Markus-Basilika mit ihrem wertvollen Mosaik-Boden zum Beispiel steht im Schnitt 150mal im Jahr unter Wasser. Die Kirche soll nun auch eines der ersten öffentlichen Gebäude sein, das durch neuartige Wasserrinnen und -sammler saniert wird. Das kostet 7,5 Millionen Mark.

Die Gondolieri haben jüngst für Besserung demonstriert. Aber sie wären nicht Venezianer, wenn sie nicht hinter den neuen finanzstarken Plänen auch handfeste Interessen argwöhnten. Die Kombination aus Großindustrie und Staat läßt Kritiker von einer versuchten „Kolonialisierung der Stadt" sprechen. Im Disput stehen sich jetzt „Venezia nuova" (neues Venedig) und „Venezia loro" (Ihr Venedig) gegenüber.

Wie auch immer – das Engagement der Industrie erscheint schlüssig, zumal in Venedig die Uhr seit 20 Jahren auf 5 vor 12 steht. Was bislang geschah, war zu oft resignierend-amüsierendes Geplätscher an der Oberfläche der Lagune. So beispielsweise der Antrag des heute nicht mehr regierenden sozialistischen Bürgermeisters Mario Rigo von 1983, zur Eindämmung der Touristenflut und damit zur Beruhigung der verschmutzten Stadt ein Eintrittsgeld zu erheben. Heute ist Rigo Kulturdezernent in Venedig, und zur Eröffnung der Futurismus-Ausstellung im Mai hat er erneut einen solchen „numerus clausus" für Touristen gefordert.

Hilfreich für das äußere Bild, aber wenig hilfreich gegen den Zerfall hinter den Kulissen ist wohl auch der Beschluß der Stadt, wonach Besucher nicht mehr in Badekleidung durch die Lagunenstadt spazieren dürfen. Sie beschloß diesen „Bikini-Erlaß" im Mai zusammen mit „Maßnahmen gegen den zunehmenden Schmutz". Maßnahmen hat der Stadtrat häufig getroffen: Hundehäufchen sind in den Calli, den kleinen Gassen, neuerdings genauso verboten wie „der Transport und die Lagerung atomarer Sprengkörper" auf venezianischem Gebiet.

Venedig, die nun also „atomwaffenfreie Stadt" – läßt sie sich noch retten? Die in Düsseldorf lebende Schriftstellerin Rose Ausländer gibt im Gedicht fast trotzig ihre Antwort: „Mein Venedig versinkt nicht."

Venedig unter Wasser: Nasse Füße auf dem Markusplatz FOTO: AP

Bei der Macht am Rhein machen sich die Länder breit

Es wachsen ihre Häuser, es wachsen ihre Aktivitäten: Die Vertretungen der Bundesländer in Bonn sind politische und gesellige Treffpunkte, Türöffner für Lobbyisten oder Museen auf Zeit. Und da ist immer ein argwöhnischer Blick auf das Gespenst des Zentralismus.

Von E. NITSCHKE

Für ganze 300 000 Mark kaufte das Bundesland Hamburg 1951 eine schöne alte Villa nahe dem Bundeshaus in Bonn, für rund vier Millionen Mark wurde 1986 diese Landesvertretung der Freien und Hansestadt umgebaut und neugestaltet – ein Vorgang, der symptomatisch ist für die wachsende Bedeutung der Länder-„Botschaften" beim Bund. Ihr ringsum sichtbarer Aufstieg setzt ein Gegengewicht zu der „schleichenden Auszehrung der Kompetenzen der Länder", die zuletzt der Präsident des Landtags von Nordrhein-Westfalen, Karl-Josef Denzer, beklagte.

Vor wenigen Jahren war es noch möglich, daß bei einer Ausstellungs-Eröffnung in der Bonner Landesvertretung von Schleswig-Holstein die Besucher bei der Begrüßung freundlich gebeten wurden, nicht in zu großen Gruppen gleichzeitig die Schau im ersten Stock zu besichtigen, da dies die Statik des ehemaligen Einfamilienhauses durcheinanderbringen könne. Inzwischen hat das nördlichste Bundesland zwei Häuser im Regierungsviertel durch einen eleganten Mitteltrakt verbunden und wetteifert im kulturellen und politischen Jahresprogramm erfolgreich mit der großen Konkurrenz.

Hessens sparsamer Ministerpräsident Georg-August Zinn (SPD) wollte zu Beginn der politischen Arbeit seiner Regierung in Bonn sein Land im gedachten Provisorium auch dieser Vorstellung entsprechend vertreten wissen. Es ließ die vom Land gekaufte repräsentative Villa dicht beim Parlament als „Gästehaus" für gelegentliche Benutzung leerstehen und packte das Landesvertretungs-Personal in ein paar düstere Wohnungen jenseits der Bundesbahn. Heute hat Hessen die Nachbarvilla, größer als die erste, in der sich einst die indonesische Botschaft befand, dazugekauft und im alten Parkgelände einen dritten Bau für Tagungen und Veranstaltungen errichtet.

Bierkeller, wie das Land Bayern in seiner Landesvertretung im Regierungsviertel bei Errichtung des seinerzeit vielbestaunten Hauses einen mit einbauen ließ, gehören heute in den „Botschaften" der Länder überall zum Standard und werden inzwischen durch Weinkeller ergänzt. Ein Land wie Berlin greift dabei zur Eröffnung seiner „Weinklause" 1986 auf den einst im Bezirk Kreuzberg gepflegten Weinbau zurück.

Rheinland-Pfalz hat seinen Bonner Vorposten zunächst dadurch personell noch weiter aufgewertet, indem es nach Staatssekretären wie Alois Mertes, Roman Herzog und Hanns Eberhard Schleyer jetzt als Hausherrn einen Minister in Gestalt des bisherigen Mainzer Landtagspräsidenten Albrecht Martin hat. Das alte Domizil in der Schedestraße wird wegen beengter Verhältnisse aufgegeben, für die jetzt schon vielbeneidete neue Adresse Heussallee 18, dicht beim Bundeshaus, hat die Landesregierung einen landesweiten Architekten-Wettbewerb ausgeschrieben, „entsprechend Rang und Bedeutung des Gebäudes". Hier wohnte einst der mutige Gegner des Nationalsozialismus, der evangelische Theologe Karl Barth.

Nachdem die „Konferenz Norddeutschland" als Ausdruck und Instrument gemeinsamer Interessen der vier norddeutschen Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen schon vor zwei Jahren beschlossen hat, „die Ressourcen zu bündeln", für zusammen 12,2 Millionen Einwohner aufzutreten, Politik im Interesse des Wettbewerbs zu koordinieren, hat Niedersachsen den Plan, seine alte Landesvertretung durch einen Neubau für 20 Millionen Mark geschätzte Kosten zu ersetzen. Die Niedersachsen werden möglicherweise verdrängt, wenn ihre bisherige Bleibe zusammen mit dem Bonner WDR-Studio zugunsten eines grünen Vorfeldes vor dem Bundestags-Haupteingang abgerissen wird. Aber auch sie verdrängen dann jemand: Das in Aussicht genommene Neubaugrundstück ist mit einer bundeseigenen Villa bebaut, in der zur Zeit der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff wohnt.

Zunehmend sind die Landesvertretungen Gastgeber für wichtige Veranstaltungen geworden. Hier lädt man nicht nur zu Gartenfesten ein und führt nicht nur die heimische Gastronomie vor, hier kommen auch immer häufiger Repräsentanten der Wirtschaft und Industrie zusammen, deren Symbole in Denkmalsgröße in den Vorgärten der Landesvertretungen stehen: Schiffsschraube und Anker, Schrämm-Maschine und „Grubenhund". Die Büros der Landesvertretungen sind Drehscheiben für Kontakte, für harte Interessenvertretung, für Wissenschaft und Kultur geworden; die Bedeutung von Ausstellungen wird dadurch sichtbar, daß man sie immer häufiger regional plakatiert – ein großes Museum mit elf Türen für elf Länder hat sich aufgetan. Als Sensation galt zum Beispiel die Ausstellung des auf einer Londoner Auktion für 32,5 Millionen Mark ersteigerten Evangeliars Heinrichs des Löwen, des teuersten Buches der Welt, im Februar in der Landesvertretung Niedersachsen. Nordrhein-Westfalens „Botschaft", die auf dem kulturellen Sektor als Spitze gilt, holte zu Aufführungen das berühmte Bochumer Schauspielhaus und das Düsseldorfer „Kommödchen" oder eine Ausstellung von griechischen Vasen aus verschiedenen Sammlungen des Landes mit einem Versicherungswert von rund 12 Millionen Mark. Bayern bietet Konzerte der „Regensburger Domspatzen" oder eine besonders aktuelle Schau über König Ludwig II.



Die Niedersachsen-Vertretung konnte das teuerste Buch der Welt präsentieren FOTO: DIE WELT

Mit dem Wachsen der Landesvertretungen – auch Bayern hat sein Haus durch Anbau räumlich nahezu verdoppelt – wuchsen die Aktivitäten der Länder, die sie am Regierungszentrum vertreten. Schon 1984 machte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) zusammen mit dem Ersten Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi (SPD), den Vorschlag einer „gemeinsamen Interessenvertretung" von Norddeutschland bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel. Dort unterhält ein „Beobachter der Länder bei der EG" bereits ein Büro. Hamburg hat mit dem ehemaligen Vizepräsidenten der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp, in Brüssel ein „Hanse-Office", das Saarland ein „Bureau d'Information et de Promotion Economique du Saarland".

Baden-Württemberg, Hessen und Bayern haben bereits die Einrichtung solcher Vertretungen angekündigt, deren Aufgaben von ihren Außen- und Horchposten in Bonn nicht zusätzlich wahrgenommen werden können. Außerdem gibt es nach Informationen aus dem Auswärtigen Amt Überlegungen, das Büro des „Beobachters" der Länder mit Personal unterschiedlicher parteipolitischer Anbindung paritätisch auszustatten – für das AA ein Zustand der Aufsplitterung, „wie ihn selbst der Westfälische Friede für den Bereich der Außenvertretung nicht hervorgebracht hat", meint jedenfalls der Personalrats-Vorsitzende Uwe Schramm.

Die bauliche und personelle Vergrößerung der Landesvertretungen in Bonn spiegelt die spürbar größer gewordene Aktivität der Länder bei internationalen Kontakten wider. Im Mai 1986 hat sich der Bundesrat dafür ausgesprochen, daß die Bundesregierung verpflichtet werden soll, vor Zustimmung zu Beschlüssen der EG, die ganz oder in einzelnen Bestimmungen in die ausschließliche Gesetzgebungs-Kompetenz der Länder fallen „oder deren wesentliche Interessen berühren", die Stellungnahme des Bundesrates einzuholen. Der von der Bundesregierung vorgelegte „Entwurf eines Gesetzes zur Einheitlichen Europäischen Akte", mit dem Hoheitsrechte der Länder auf die EG übergehen sollen, müßte nach Vorstellung aller Bundesländer bis zu einer möglichen, noch in der Ferne liegenden Ratifizierung manche Änderung erfahren.

Dieser Versuch, Rechte der Länder gegen das Gespenst des Zentralismus zu schützen, wird gern mit dem Hinweis verbunden, von den bisher 34 Grundgesetzänderungen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland hätten sich die meisten zu Lasten der Länder ausgewirkt. Nun will man selber bestimmen: Die Verweigerung einiger Länder in der Medienpolitik, der Plan des Saarlandes, eine eigene Wirtschaftsvertretung in Ost-Berlin einzurichten, Ideen einiger Länder, die auf „ihren" Autobahnen zu fahrenden Höchstgeschwindigkeiten eigenständig festzulegen, haben schon dem Fraktionsvorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, zu besorgten Äußerungen Anlaß gegeben: „In den vergangenen Monaten haben wir eine Entwicklung zu verzeichnen, die von der üblichen Interessenvertretung der Länder abweicht." Der neue Partikularismus fördere auch den „Staatsverdruß", der sich in Schwarzarbeit, Steuerflucht und Umgehung gesetzlicher Bestimmungen äußere.

Da ist es immerhin ein Labsal, aus der Feder des für die technische Abwicklung der Geschäfte zuständigen Bundesratsdirektors Gebhard Ziller zu lesen: „Die zunehmende Konzentrierung wichtiger staatlicher Aufgaben beim Bund hat – fast automatisch – ein Anwachsen der Bedeutung des Bundesrates zur Folge."



Ein beliebter Sommer-Termin im politischen Bonn: Das Hummel-Fest der Hamburger Landesvertretung FOTO: BRUMSHAGEN

Ein Keil in die Reihen der Palästinenser

Welch ein Wandel: Als Sadat 1977 seine historische Reise nach Jerusalem antrat, stand die gesamte übrige arabische Welt – mehr oder weniger – Kopf. Die Reaktionen auf die Peres-Reise nach Marokko sind nun unter den Arabern, vor allem auf dem Jordan-Westufer, in Amman und Riad, schon viel differenzierter.

Von EPHRAIM LAHAV

Ein neuer Dolchstoß in den Rükken der Palästinenser ... Das ist eine Schmach für die arabischen Regierungen. Das ist eine Neuausgabe des Camp-David-Vertrages, aber noch viel gefährlicher ... König Hassan und König Hussein geben sich Illusionen hin, wenn sie glauben, sie könnten aus Peres noch etwas herausholen, in den drei Monaten, die ihm bis zur Rotation bleiben ... " So schrieb Akram Hanayah, Chefredakteur von „Ash-Sha'ab", einer extrem antijordanischen Zeitung in Ost-Jerusalem in einem Kommentar zur Marokko-Reise des israelischen Premierministers Shimon Peres.

Die Telefondrähte zwischen den arabischen Hauptstädten glühen, seit Peres mit seiner Reise Israelis wie Araber verblüffte. Die überraschende israelisch-marokkanische Gipfelkonferenz hat der ohnedies niemals festen Einigkeit der arabischen Welt einen neuen Schlag versetzt, denn die öffentliche Einladung eines israelischen Regierungschefs in ein arabisches Land gehört eigentlich zu den geheiligten Tabus in der arabischen Welt.

Klar ist es allen, worum es hier geht: um die politische Zukunft der Westbank, um die Frage, ob das Westufer des Jordan unter der Führung der PLO das Kernstück eines souveränen palästinensischen Staates, oder, wie bis zum Sechs-Tage-Krieg von 1967, wieder die westliche Provinz des Jordanischen Königreiches werden soll. Dementsprechend gestalteten sich auch die Reaktionen. Die königstreuen Notabeln auf dem Jordan-Westufer begrüßten Peres' Reise, die Anhänger der PLO verwünschten sie in die tiefste Hölle.

Am meisten erfreut zeigten sich die zwei christlichen Bürgermeister in der Westbank, Elias Freij von Bethlehem und Edward Hamis von Beit Dschalla. Freij, der nach der israelischen Eroberung des Westufers vor 19 Jahren die Annexion seiner Stadt durch Israel anregte, erklärte: „Das ist ein Lichtschimmer in der nahöstlichen Finsternis ... Peres und Hassan sind des Lobes würdig." Hamis, der auch als Abgeordneter im jordanischen Parlament sitzt, hob den „politischen Wagemut der Oberhäupter Israels und Marokkos" hervor und sagte: „Jegliches Vorrücken zum Frieden ist etwas Positives, und ich hoffe, der jetzige Vorgang wird schließlich zu einem Frieden zwischen Juden und Arabern führen."

Der Bürgermeister von Dura, Abdel Fatah Dudin, geriet fast ins Schwärmen: „Das ist ein erster Schritt auf dem richtigen Weg zum Frieden. Er ist vielleicht noch effektiver als Sadats Reise nach Jerusalem, weil er eine korrekte Lösung des Problems in Aussicht stellt."

Die PLO-Anhänger verstehen sehr wohl, was Peres und Hassan ansteuern wollen: die Entmachtung der PLO und ein Ende der Träume von einem Palästinensischen Staat. „Uns kann man nicht umgehen" war das Motto. Der von den Israelis wegen seiner PLO-Unterstützung abgesetzte Bürgermeister von Hebron, Mustafa Natshe, erklärte: „Was Peres tun sollte, wäre, die Rechte der Palästinenser sowie die PLO als deren einzigen Vertreter anzuerkennen und mit der PLO zu verhandeln." Bassam Shaka, der ebenfalls von den israelischen Behörden entlassene Bürgermeister von Nablus, verurteilte die Gespräche von Rabat als „ein taktisches Manöver und nicht mehr ... Hassan hat sich wie gewöhnlich in imperialistischen Plänen verstrickt, aber nichts wird ihm helfen, denn er vertritt in dieser Region niemanden außer der imperialistischen Politik".

Jordanien ist der arabische Staat, der von den Gesprächen in Rabat am unmittelbarsten betroffen ist. König Hussein hat nie öffentlich zugegeben, daß er die Westbank zurückhaben will. Als Lippenbekenntnis hat er immer die Errichtung eines palästinensischen Staates gepredigt, hat sich aber vor kurzem mit Arafat überworfen und die Bewohner des Jordan-Westufers öffentlich aufgefordert, eine andere und effektivere Vertretung als die PLO zu wählen.

Dieser Haltung entsprach König Husseins Stellungnahme zu Rabat: Von ihm selbst kein Wort, die jordanischen (staatlich gelenkten) Medien berichten nachrichtlich neutral. Das wichtigste war: Jordanien enthielt sich jeglicher negativen Kritik. Dies war vorauszusehen. Ganz überraschend jedoch kam die Haltung des saudiarabischen Königshauses: „Wir haben mit der Organisierung des Peres-Besuches nichs zu tun gehabt", hieß es aus Riad, aber kein Wort der Ablehnung gab es, keine Distanzierung.

Welch eine Wandlung seit dem israelischen Friedensschluß mit Ägypten im Jahre 1979, als Saudi-Arabien mit fast allen anderen arabischen Staaten gemeinsame Sache machte und die diplomatischen Beziehungen mit Ägypten abbrach. Soweit hat sich dieses Mal nur Syrien hinreißen lassen.

„König Hassan hat ein sehr großes Risiko auf sich genommen", schrieb jetzt die Tel Aviver Zeitung „Maariv". „Er hatte gehofft, im Juli Gastgeber eines arabischen Gipfels zu sein, und jetzt empfängt er den Ministerpräsidenten Israels. Dieses Treffen ist schon an sich ein Ereignis von historischer Bedeutung, das man nicht unterschätzen sollte." (SAD)

Scharfer Strauß-Brief an Waldheim

lz. München

Der siebenseitige Brief beginnt mit der höflichen Anrede „Sehr geehrter Herr Bundespräsident" und endet mit „freundlichen Grüßen", dazwischen aber formuliert Bayerns Ministerpräsident Strauß an das neue österreichische Staatsoberhaupt Waldheim Sätze, deren Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. „Die österreichischen Forderungen stellen allmählich eine Zumutung dar."

Thema ist wieder einmal die Kernenergie: die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf. Mit dem Brief vom 17. Juli, den die Münchner Staatskanzlei gestern veröffentlichte, reagierte Strauß auf ein Telex, das Waldheim noch während seines Wahlkampfes geschrieben hatte.

Darin hatte er Strauß gebeten, den Bau noch einmal zu überdenken. Er verstehe nicht, was damit konkret gemeint sei, antwortet der Ministerpräsident: „Das Überdenken erfolgt bei uns in Deutschland laufend." Und: „Meinen Sie damit Stillegung der Anlage, dann erkläre ich Ihnen rundweg, daß dieses Ansinnen nicht erfüllt werden kann."

Als allmähliche Zumutung empfindet Strauß, daß Bayern für den WAA-Bau verantwortlich gemacht wird. Es habe keinen Sinn, schreibt er, „die gute Nachbarschaft dadurch zu stören und die persönliche wie politische Atmosphäre zu vergiften", indem so getan werde, als handele es sich hier um ein ehrgeiziges Anliegen der bayerischen Regierung oder ihres Regierungschefs. Wenn Österreich glaube, diplomatische Schritte gegen das gemeinsame Energieprogramm der Länder und des Bundes unternehmen zu müssen, „dann ist der einzige Ansprechpartner das Auswärtige Amt in Bonn bzw. die Bundesregierung". Dorthin habe er die Zuschrift geschickt mit der Bitte, sie „nach eigenem Ermessen zu beantworten".

„Sensationeller" Test zur Kostendämpfung

Stuttgart wertet Modellversuch im Gesundheitswesen aus

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Die Möglichkeiten der Kostendämpfung im Gesundheitswesen sind offenbar bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Dies geht aus der vom Stuttgarter Sozialministerium jetzt vorgelegten Zwischenbilanz eines bundesweit einmaligen Modellversuchs zur Leistungs- und Kostentransparenz im Krankenversicherungswesen hervor. Teilergebnisse der Erhebung, die das Datenmaterial aller Behandlungsfälle im Raum Heilbronn erstmals patienten- und arztbezogen zusammenführt, wurden selbst in Expertenkreisen als „sensationell" aufgenommen. Eine zweite Vergleichsuntersuchung soll nun im oberschwäbischen Ravensburg anlaufen.

Den Stadt- und Landkreis Heilbronn hatte das Sozialministerium wegen seiner überdurchschnittlich hohen Gesundheitskosten ausgewählt. Nach langwierigen Vorverhandlungen konnte 1984 die Datenerhebung beginnen. Beteiligt an dem Modellversuch, den die Dornier-System-GmbH in Friedrichshafen und das Berliner Institut für Gesundheits- und Sozialforschung wissenschaftlich begleiten, sind Krankenkassen, Krankenhäuser, Ärzte und Apotheker.

Einer Teiluntersuchung über die ärztliche Verschreibungspraxis hatten sich 24 niedergelassene Ärzte gestellt. Das Ergebnis war umwerfend: Im Durchschnitt verordnete jeder pro Quartal 700 verschiedene Arzneimittel. Bisher galt in der Branche als Erfahrungswert eine Obergrenze von 450 Präparaten. Einzelne Ärzte brachten es in dem erfaßten Quartal (3/85) sogar auf 1000 und mehr verschiedene Produkte, darunter viele Kombinationspräparate mit mehreren Wirkstoffen. Jeder Arzt behandelte im Quartal durchschnittlich 870 Patienten, die pro Kopf auf Krankenschein wiederum im Durchschnitt vier Arzneimittelpackungen verordnet bekamen. Das kostete die Kassen pro Arzt und Quartal 107 000 Mark. Auf eine Arztpraxis kamen durchschnittlich täglich 70 Verordnungen.

Eine andere Auswertungsreihe galt der Kostenentwicklung im stationären Bereich. Immerhin: Im Stadt- und Landkreis Heilbronn geben die gesetzlichen Krankenkassen jährlich rund 220 Millionen Mark für diesen Teil der Krankenversorgung aus.

Der Verdacht, daß auch hier oft des Guten zuviel geschieht, drängt sich nach Lektüre der ministeriellen Zwischenbilanz auf. So betrug die Verweildauer einerseits bei 20 Prozent aller Krankenhausfälle ein bis drei Tage, 8,7 Prozent aller eingewiesenen Patienten blieben sogar nur über Nacht. Ein Teil dieser Fälle hätte wohl auch ambulant versorgt werden können. Auf der anderen Seite entfielen 40 Prozent aller abgerechneten Pflegetage, unter Einschluß der Psychiatrie sogar 50 Prozent, auf Patienten mit einer Verweildauer von mehr als vier Wochen. Dies könnte, wie verlautet, ein Indiz dafür sein, daß „aufgrund einer Art sozialen Indikation" Pflegefälle betreut werden, die im Krankenhaus nichts mehr zu suchen haben.

Interessant auch das Diagnosespektrum in den Heilbronner Kliniken. So entfielen von den mit den Kassen abgerechneten Pflegetagen knapp 15 Prozent auf Patienten mit Kreislauferkrankungen, zwölf Prozent auf Verletzungs- und Vergiftungsfälle, zehn Prozent auf Erkrankungen der Atmungsorgane. An vierter Stelle der stationären Behandlungshäufigkeit stehen Krankheiten der Verdauungsorgane und an fünfter Stelle Tumore. Für 38,8 Prozent aller Krankenhauspatienten war der Klinikaufenthalt mit einer Operation verbunden.

Westreise-Verbot für Ladendiebe

D.D. Berlin

„DDR"-Bewohner, die in West-Berlin bei Ladendiebstählen ertappt werden, erhalten offensichtlich Westreise-Verbot. Die im Bezirk Potsdam erscheinende SED-Zeitung „Märkische Volksstimme" berichtet erstmals über einen Fall aus dem Dorf Baruth, wo ein Mann vom „Visa-pflichtigen Reiseverkehr" ausgeschlossen worden sei. Ihm wird vorgeworfen, in mehreren Westberliner Kaufhäusern Armbanduhren, Kugelschreiber sowie andere Gegenstände gestohlen und somit dem Ansehen der „DDR" geschadet zu haben. Gegen den Mann sei außerdem von der Kriminalpolizei im „DDR"-Kreis Zossen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Das Ersuchen habe der Generalstaatsanwalt in West-Berlin bei den „DDR"-Justizbehörden gestellt. Derartige Ersuchen sind Ausnahmen, denn fast alle Verfahren gegen Ladendiebe aus der „DDR" – meistens sind es Rentner – werden wegen Geringfügigkeit eingestellt.

Ermittlungen gegen „taz"?

dpa, Bonn

Der Bundestagsabgeordnete und innenpolitische Sprecher der CDU, Werner Broll, hat die Berliner Staatsanwaltschaft aufgefordert, Ermittlungen gegen die linksgerichtete „tageszeitung" (taz) einzuleiten. Die Veröffentlichung eines Interviews mit zwei anarchistischen Gewalttätern in der gestrigen Ausgabe stelle eine Anleitung zu schweren Straftaten dar, die mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren bedroht sei. In dem Gespräch hatten zwei „revolutionäre Heimwerker" erläutert, wie Strommasten am besten umgesägt werden. Broll erklärte, nach dem „zynischen Abdruck hämischer Leserbriefe" zum Mord an dem Siemens-Vorstandsmitglied Beckurts und dessen Fahrer in der „taz" müsse erwartet werden, daß die Staatsanwaltschaft einschreite. Die Zeitung schreibt zu dem „Heimwerker"-Interview: „Am Ende ihrer mühevollen schweißtreibenden Fleißarbeit steht immer das gleiche, eine freundliche Kurzmeldung in der taz."

Polizei fürchtet Gewalttaten am Bauzaun

PETER SCHMALZ, München

Nachdem der Bayerische Verwaltungsgerichtshof das „Anti-WAAhnsinns-Festival" in Burglengenfeld südwestlich von Wackersdorf für das kommende Wochenende genehmigte und den Kartenverkauf im Gegensatz zur ersten Instanz um 5000 auf 40 000 erhöhte, bereitet sich die Polizei auf ein heißes Wochenende vor. Man befürchtet Ausschreitungen am Ort wie auch Gewalttätigkeiten am 20 Kilometer entfernten Bauzaun und denkt an eine Totalsperre der Straßen zwischen Festival- und Baugelände.

Die Veranstalter rechnen dagegen mit einem friedlichen Verlauf der beiden Rock- und Pop-Tage, an denen Gruppen und Sänger wie Udo Lindenberg, BAP und Herbert Grönemeyer kostenlos auftreten. 1200 Helfer, darunter 500 Ordner, werden möglicherweise anreisende Gewalttäter vom Festivalplatz außerhalb der Stadt fernhalten, außerdem werde man die Besucher immer wieder bitten, sich vom Zaun fernzuhalten, erklärte gestern Organisationssprecher Michael Herl.

840 000 Mark Reinerlös?

Der ad hoc erst kürzlich gegründete „Verein zur Beratung und Förderung kultureller Jugendarbeit" rechnet mit einem Reinerlös von mindestens 840 000 Mark, von dem 30 Prozent einem Prozeßkostenfonds der WAA-Gegner zufließen sollen. Mit jeweils 20 Prozent sollen ein alternatives Kraftwerk in der Oberpfalz, die örtlichen Bürgerinitiativen und künftige Kulturveranstaltungen unterstützt werden, die restlichen zehn Prozent werden für ein eventuelles Festival im kommenden Jahr zurückgelegt.

Neun Bürgerinitiativen der Oberpfalz, die nach eigenen Angaben 16 000 Mitglieder repräsentieren, erklärten gestern vor Journalisten in München, sie würden den gewaltfreien Widerstand gegen die WAA fortsetzen. Der Würzburger Rechtsanwalt Wolfgang Baumann meinte als Sprecher der Protestgruppen, „Gewalttäter handeln in eigener Verantwortung".

„Wir distanzieren uns nicht"

Dennoch wollen die neun nach eigener Meinung gewaltfrei protestierenden Gruppen keine Konsequenzen daraus ziehen, daß die Landeskonferenz der Bürgerinitiativen erst kürzlich mehrheitlich Gewalttaten billigte. „Wir distanzieren uns nicht von Gewalttätigkeiten", erklärte gestern die Vertreterin einer Schwandorfer Initiative, wehrte sich aber gegen den Rückschluß, dadurch gewaltsame Aktionen zu akzeptieren. „Wir können nicht verantwortlich sein für die Taten jeder Gruppe", versuchte Uwe Dams als Vorsitzender des Dachverbands der Oberpfälzer Initiativen die eigene Haltung zu rechtfertigen.

Der Schwandorfer Landrat Hans Schuierer (SPD) verstieg sich sogar zu dem Vorwurf, die Polizeiführung inszeniere und provoziere „ganz bewußt" Gewalttätigkeiten und nehme erkannte Täter nicht fest.

WELT-Interview mit Theodor Eschenburg zum Asylantenproblem

„Wir befinden uns im Augenblick in einem echten Notstand"

Der Tübinger Staatsrechtler Theodor Eschenburg sieht die Bundesrepublik Deutschland durch die wachsende Asylantenflut in einem solchen „Notstand", daß eine Änderung des Grundgesetzes nötig ist. Dadurch, daß die Deutschen das Asylrecht zu einem absoluten Grundrecht gemacht haben, sei Ihnen der Weg für eine Lösung des Problems verbaut. Die Fragen stellte Armin Reck.

WELT: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. Wird dieses Grundrecht durch die Masse der Asylsuchenden nicht ad absurdum geführt?

Eschenburg: Ja, es kann ad absurdum geführt werden, wenn es einen Umfang annimmt, den die Bundesrepublik materiell, bevölkerungsmäßig und von den Arbeitsplätzen her nicht verkraften kann. Aus diesem Grund ist in dem Asylgesetz ausdrücklich vorgesehen, daß Mißbrauch – worunter auch falsche Behauptungen gehören – zur Ablehnung des Asylantrags führen kann.

WELT: Haben sich die Väter des Grundgesetzes eine Situation, wie sie heute besteht, vorgestellt, als sie den Artikel 16 verfaßt hatten.

Eschenburg: Sie müssen sich vor Augen führen, daß Deutschland in den Jahren 1948/49 mit dem Unmaß an Zerstörung, mit der gewaltigen Armut, mit dem allgemeinen Elend keineswegs ein begehrenswertes Land war. Eine Situation wie heute haben sich die Väter des Grundgesetzes überhaupt nicht vorstellen können.

WELT: Man ging wohl eher von der umgekehrten Situation aus. Viele Deutsche hatten damals in anderen Ländern Asyl gesucht.

Eschenburg: Ganz richtig. Das war die Reaktion. Und es kommt noch eins hinzu: Eine offene Grenze zwischen Ost- und West-Berlin, die für die Asylsuchenden ein enormer Anziehungspunkt ist, konnte nicht vorhergesehen werden. Ein dritter Punkt, der nicht kalkulierbar war, ist, daß in den letzten Jahren einige Nachbarstaaten das Asylrecht wesentlich eingeschränkt haben.

WELT: Warum zögern die Deutschen, ihr Asylrecht einzuschränken?

Eschenburg: Bei der Sozialdemokratie ist es wohl Grundsatztreue zur Verfassung, also ein verfassungsdogmatisches Problem. Auch humanitäre Überlegungen spielen eine Rolle. Die Grünen sehen sich als reine Opposition gegen die Regierung. Und bei der FDP – soweit ein Widerstand gegen Artikel 16 besteht – stehen auch die humanitären Überlegungen im Vordergrund. Also mehr Prinzipientreue als reale Interessen.

WELT: Wie müßte der absolute Gehalt des Asylrechts im Grundgesetz eingeschränkt werden, um der heutigen Situation gerecht zu werden?

Eschenburg: Ich bin kein Staatsangehörigkeits-Sachverständiger. Dazu muß man die bisherige Praxis der Zollbehörden, Polizeibehörden und Ausländerbehörden kennen und deren Erfahrungen nutzen.

WELT: Würden Sie den Wortlaut des Grundgesetzes ändern?

Eschenburg: Ja. Ich würde an den Wortlaut des Grundgesetzes in Form der allgemeinen Klausel „Das nähere bestimmt ein Bundesgesetz" rangehen. Das wäre eine angemessene Einschränkung.

WELT: Artikel 19, Abs. 2 besagt aber, ein Grundrecht dürfe „in keinem Fall seinem Wesensgehalt nach" angetastet werden ... und in Abs. 4 heißt es: „Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen" ...

Eschenburg: Franz Josef Strauß hat vorgeschlagen, dieses Recht den Ausländern in Asylfragen nicht zu geben. Das scheint mir eine erhebliche Einschränkung zu sein. Wenn es aber im Grundgesetz steht, ist es nicht verfassungswidrig. Da hat Strauß ganz recht.


Theodor Eschenburg
FOTO: PETER PEITSCH

WELT: Die Chance einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag für eine solche Änderung ist aber sehr gering.

Eschenburg: Die ist gering, wird aber *zunehmen*, weil auch die sozialdemokratisch regierten Länder unter dem Asyldruck immer mehr zu leiden haben werden.

WELT: Kann der Druck so stark werden, daß Bonn reagieren muß?

Eschenburg: Bis jetzt ist der Druck erst bei einigen Ländern da. Andere Länder haben sich geweigert, bestimmte Ablehnungen von Asylanträgen durch das Bundesamt zu vollziehen, d. h. Asylanten, deren Antrag nicht genehmigt wurde, abzuschieben. Hier wird sich der Bund über kurz oder lang einmal regen müssen, denn Bundesrecht bricht Landesrecht. Der Bund kann verlangen, daß seine rechtlichen Anordnungen von den Ländern vollzogen werden.

WELT: Inwieweit gilt das Grundgesetz in Berlin?

Eschenburg: Das Grundgesetz gilt mit gewissen Vorbehalten der Besatzungsmächte. Zu den Vorbehalten gehört aber nicht das Asylrecht.

WELT: Wenn wir unsererseits Kontrollen an der Sektorengrenze *einrichten*, birgt das die Gefahr eines Einspruchs der Alliierten?

Eschenburg: Nein, ich glaube auf keinen Fall, daß die drei Alliierten Einspruch erheben würden. Den Alliierten wäre eine Änderung sogar sehr lieb.

Das Problem in Berlin ist ein anderes. Es gibt nach dem Grundgesetz keine westdeutsche und keine DDR-Staatsangehörigkeit. Für Grenzgänger gilt Berlin noch als gemeinsames Staatsobjekt. Das ist das Loch, das Asylanten überreichlich ausnutzen. Nun ist die Frage, kann man dieses Loch stopfen?

WELT: Genau vor diesem Problem steht jetzt die Bundesregierung.

Eschenburg: Sie hat schon mehrfach versucht mit der DDR eine Regelung zu finden, traf aber auf Widerstand.

WELT: Wäre der Weg über Moskau erfolgreicher?

Eschenburg: *Das weiß ich nicht.* In vielen Dingen sagt Moskau, dies ist eine Angelegenheit der DDR.

WELT: Muß Bonn stärker in Ost-Berlin insistieren?

Eschenburg: Man muß sich darüber im klaren sein, daß ein Erfolg das Loch in Berlin enger machen könnte. Das Asylantenproblem als solches wäre dadurch nicht grundlegend gelöst. Es handelt sich hier um eine Notstandsmaßnahme. Wir haben uns selbst den Weg verbaut, indem wir aus dem Asylrecht ein absolutes Grundrecht gemacht haben. Es kann jedoch nur ein relatives sein.

WELT: Ist der Begriff Notstand hier gerechtfertigt?

Eschenburg: Ja, obwohl er rechtlich keine Bedeutung hat, denn die Zwei-Drittel-Mehrheit ist nicht in Sicht. Man könnte dagegen halten, dies ist nur ein augenblicklicher Zustand und deswegen ändern wir die Verfassung nicht. Ich wiederhole *noch einmal: Wir befinden uns im* Augenblick in einem echten Notstand.

WELT: Welche Lösung könnten Sie sich außer einer Grundgesetzänderung noch vorstellen?

Eschenburg: Hier stellt sich die Frage, ob wir an der Grenze zwischen Ost- und West-Berlin eine deutsche Kontrolle einrichten, die Ausweise und Pässe verlangt. Eine prinzipiell schwierige Angelegenheit.

WELT: Auf diese Kontrolle wartet Ost-Berlin ja nur.

Eschenburg: Ja, um damit die Einführung einer getrennten Staatsangehörigkeit zu erreichen. Hier könnte man aber rechtlich zulässige Auswege finden.

Barzel: Änderung des Grundgesetzes jetzt kein Thema

ms. Bonn

Der CDU-Politiker Rainer Barzel hat im Zusammenhang mit der Asylanten-Diskussion die Verantwortlichen in Bonn aufgefordert, mit der „DDR deutlicher zu sprechen und ihr verbindlich zu sagen: Die Grundlage für alles ist das geltende Recht und das nachbarliche Benehmen".

In einem WELT-Gespräch sagte Barzel gestern: „Die Praxis der DDR in der Asylantenfrage entspricht nicht den Verpflichtungen zu guter Nachbarschaft und auch nicht dem, was in der Welt unter gebildeten und gesitteten Menschen üblich ist. Was hier geschieht ist ein Skandal und spricht gegen das Ansehen der DDR; es schädigt auch das Ansehen Deutschlands in der Welt."

Eine Änderung des Grundgesetzes, so meint Barzel, „ist wohl nicht zu dieser Stunde der richtige Weg." Darüber könnte vielleicht später einmal nachgedacht werden. „Was uns beschwert ist das Verhalten der DDR und das muß abgestellt werden." Barzel: „Wenn die DDR uns durch so unfreundliche Akte Nachteile zufügt und den Status verändern will, so muß ihr unmißverständlich klar gemacht werden, daß wir dann eine Reihe von Vorteilen, welche die DDR zur Zeit genießt, in Frage stellen und zurücknehmen würden. Es wäre schade, wenn die DDR nur diese Sprache verstünde. Aber wenn es nötig wäre, muß sie gesprochen werden. Wir sind nicht wehrlos gegen Willkür", betonte Barzel.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Der Vorruhestand hat Webfehler"

Gewerkschaftschef Döding: Gesetz wird in der Praxis aber gut angenommen / Brief an Kohl

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die Bereitschaft der älteren Arbeitnehmer, von den tariflichen Vorruhestandsregelungen Gebrauch zu machen, ist sehr groß, doch dieses vorzeitige Ausscheiden scheitert in vielen Fällen an der Ablehnung der Arbeitgeber. Auf diese Blockade hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Günter Döding, gestern in einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl hingewiesen. Er forderte den Kanzler auf, die „mangelhafte materielle Ausgestaltung" des Vorruhestandsgesetzes zu verbessern. „Eine Anhebung der Zuschüsse bis auf 50 Prozent wäre mit den vorhandenen Mitteln durchaus finanzierbar", heißt es in dem Brief. „Sie würde dazu beitragen, daß die Zahl der Vorruheständler mit Wiederbesetzung der freigewordenen Arbeitsplätze beachtlich vergrößert werden könnte. Bisher liegen die Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit bei 35 Prozent.

NGG-Chef Döding engagierte sich mit diesem Brandbrief nach Bonn für eine Sache, in der seine Gewerkschaft von Anfang an eine Vorreiterrolle eingenommen hat. In der Zigaretten-Branche und in der Brauwirtschaft gab es auf Drängen der NGG die ersten Vorruhestands-Tarifverträge. „Wir können in unserem Bereich feststellen, daß – nach Branchen unterschiedlich – bis zu 50 Prozent der Beschäftigten von 58 Jahren und älter davon Gebrauch machen", betonte Döding in einem Gespräch mit der WELT.

Von den freigewordenen Plätzen seien 70 bis 77 Prozent wiederbesetzt worden. „Vor allem jüngere Menschen", so fügte der 55 Jahre alte Gewerkschafts-Vorsitzende hinzu, „werden von dieser Regelung begünstigt, jüngere Menschen, die in diesen Branchen eine Ausbildung abgeschlossen haben und sonst von ihren Betrieben nicht übernommen worden wären."

Bundesweit hat sich der Vorruhestand nach seiner Meinung keineswegs als eine Enttäuschung für die Bonner Regierung erwiesen. Döding wies auf die von den Krankenkassen ermittelte Zahl von 55 000 Menschen hin, die vom Vorruhestand Gebrauch gemacht haben. Er ergänzte: „Das andere wichtige Ergebnis – die Zahl der Wiederbesetzungen – liegt nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit inzwischen oberhalb von 35 000. Das ist eine Zahl zum Anfassen!"

Doch die Akzeptanz würde nach Überzeugung des Gewerkschaftsvorsitzenden noch erheblich höher sein, wenn der im Vorruhestandsgesetz „eingewebte Strukturfehler" beseitigt – sprich die materielle Ausgestaltung – verbessert werden könnte. In seinem Brief an Helmut Kohl erklärte Döding, daß der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit verbesserte Zuschüsse decken würde. Das hätten auch die Arbeits- und Sozialminister der Länder gewußt, die bei ihrer letzten Konferenz einstimmig eine Anhebung des Zuschusses durch die Bundesanstalt – besonders für Arbeitsnehmer in Klein- und Mittelbetrieben – gefordert hatten.


Günter Döding
FOTO: JUPP DARCHINGER

Gerade für die Beschäftigten solcher Betriebe sieht Döding Gefahren, die praktisch zum „Todesstoß" für das Vorruhestandsgesetz führen könnten. Denn bisher galt die Regel, daß Betriebe, die ältere Arbeitnehmer entlassen, ohne, daß diese Firmen wirtschaftliche Schwierigkeiten nachweisen können, der Bundesanstalt für Arbeit die von ihr gewährten Arbeitslosengelder ersetzen müssen. Nachdem eine Klage beim Bundesverfassungsgericht vorgelegt wurde, hat die Bundesanstalt diesen Erstattungsanspruch an die Betriebe zunächst auf Eis gelegt.

Döding verlangt jetzt „ganz schnell gesetzliche Veränderungen", um den ausgesetzten Rückzahlungszwang „verfassungsrechtlich wasserdicht zu machen". Er sagte: „Kommt diese gesetzliche Regelung nicht, dann ist zu befürchten, daß Arbeitgeber, die nicht tarifvertraglichen Regelungen unterliegen, hier ein Schlupfloch finden, um sich von älteren Arbeitnehmern zu trennen, ohne daß sie eine müde Mark zahlen und ohne, daß es eine Vorruhestandsregelung gibt."

Döding bittet Kohl um Hilfe und hofft, daß das Gesetzgebungsverfahren trotz der „Hektik des Wahlkampfes" noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen wird.

Für seine Gewerkschaft will Döding ein neuartiges Entscheidungsgremium über Wochen- oder Lebensarbeitszeitverkürzung einrichten: Die Branchentarif-Konferenz. Einen entsprechenden Antrag wird der Hauptvorstand dem Gewerkschaftstag der NGG im September in Hamburg vorlegen. Döding erklärte: „Damit wollen wir für jede Branche das für die dort Beschäftigten und für die wirtschaftliche Seite Erträgliche suchen." Damit werde größte Betriebsnähe erreicht, denn 80 Prozent der Delegierten solcher Branchentarif-Konferenzen kämen direkt aus den Betrieben.

Wie das Lied der Deutschen Deutsche trennt

RENATE FRANK, Bonn

Akribisch zerpflückt die „DDR"-Grenzbeamtin das Gepäck: Die Aktentasche, die Reisetasche, das Buch über den Bauernkrieg und das über das Waldsterben, selbst der jungfräulich, weiße Notizblock wird Blatt für Blatt gedreht und gewendet. Aber da, der Spickzettel für patriotische Gelegenheiten lugte in Form eines Zeitungsausschnitts vergilbt aus der Brieftasche. Am Deutschlandlied scheiterte die Fahrt von Deutschland nach Deutschland.

Von seinem Urlaubsort Rodach wollte das Ehepaar Reher einen Abstecher nach Lauscha und Weimar machen, alle Formalitäten waren korrekt erledigt, ein Hotel bereits gebucht. Doch „Einigkeit und Recht und Freiheit ..." ist in der „DDR" verpönt und als Druckerzeugnis schon gar nicht erlaubt.

Das Argument, daß Fahne und Hymne für jedes Volk – ob in Text und Ausgestaltung geliebt oder ungeliebt – als nationale Symbole zu achten seien, daß das „DDR"-Fernsehpublikum bei internationalen Übertragungen das Deutschlandlied aus Honeckers Kanal hochoffiziell vernimmt, vermochte die innerdeutschen Grenzer nicht zu erschüttern.

Die Drucksache wurde zur Druck-Sache. Die scheinbare Idylle am Grenzübergang Rottenbach-Eisfeld, wo dem Ehepaar Reher als den einzigen Einreisewilligen die ungeteilte Aufmerksamkeit galt, drängte zur Entscheidung in der Gewissensfrage. Einreise ohne Nationalhymne, oder stolze Wende auf dem Absatz.

Die andere Seite hatte auch ihren Stolz, die Visagebühr würde zurückerstattet. Demnächst will Karlheinz Reher das Lied nur noch handschriftlich bei sich tragen. Die Drucksache ist er dann los. Die Druck-Sache steht wohl auf einem anderen Blatt. Deutsch-deutsche Wirklichkeit 1986.

Steht der Hamburger SPD wieder Ärger ins Haus?

Verkauf von NH-Wohnungen mindert Schutz der Mieter

UWE BAHNSEN, Hamburg

Die in Hamburg und Schleswig-Holstein tätige Regionalgesellschaft „Neue Heimat Nord" (NHN) des gewerkschaftseigenen Baukonzerns hat für einen Gesamtbetrag von rund 165 Millionen Mark 769 Wohnungen in dem an die Hansestadt grenzenden Kreis Pinneberg verkauft. Erwerber ist die ebenfalls dem DGB gehörende Beteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH (BGI) in Frankfurt. Die Transaktion betrifft 100 Wohnungen in der Stadt Pinneberg und 669 Einheiten in Ütersen.

Der Verkauf ist in hamburgischen Senatskreisen mit großer Aufmerksamkeit registriert worden. Die sozialdemokratische Landesregierung verhandelt zur Zeit hinter hermetisch verschlossenen Türen mit der Geschäftsführung der „Neuen Heimat" über Möglichkeiten zur Übernahme des gesamten NH-Wohnungsbestandes in Hamburg durch eine vom Senat gestützte Auffanggesellschaft. Es geht dabei um rund 30 000 Sozialwohnungen. Die Landesregierung hatte ihr Angebot an die „Neue Heimat" zu derartigen Gesprächen unter der Voraussetzung unterbreitet, daß der Wohnungskonzern „bis zu einer abschließenden Überprüfung und Entscheidung der Stadt in Hamburg keine Mietwohnungen oder in Eigentumswohnungen umgewandelte Mehrfamilienhäuser an nicht gemeinnützige Dritte verkauft". Für den Fall, daß diese Gespräche scheitern, wäre die „Neue Heimat" an diese Stillhalteklausel nicht mehr gebunden.

Exakt eine solche Konstellation aber hat zu dem besorgten Interesse des Senats an der Transaktion in Pinneberg und Ütersen geführt. Denn vor dem Verkauf der 769 Wohnungen an die gewerkschaftseigene BGI hat die „Neue Heimat Nord" die öffentlichen Darlehen an die Wohnungsbaukreditanstalt in Kiel zurückgezahlt. Das hatte zur Folge, daß die Wohnungen aus der Sozialbindung entlassen werden und der Kündigungsschutz von acht Jahren für die Mieter entfällt. Die BGI kann jetzt Kündigungen mit einer Frist von sechs Monaten aussprechen. Weitere Nachteile können den Mietern aus dem Umstand drohen, daß die BGI anders als der Veräußerer „Neue Heimat" nicht gemeinnützig und dementsprechend auch nicht an die Kostenmiete gebunden ist. Daher kann die BGI neue Mieten auf der Basis der örtlichen Vergleichsmiete festsetzen. Zwar liegen die Sozialmieten nicht stets und überall unter der örtlichen Vergleichsmiete, doch in Hamburg ist das der Fall.

Für den Hamburger Senat und die ihn tragende SPD, die bei der Bürgerschaftswahl des 9. November um ihre absolute Mehrheit kämpfen muß, wäre eine solche Entwicklung in der Hansestadt mehr als fatal, weil sie genau die Ängste der NH-Mieter erneut anfachen würde, denen Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und Bausenator Eugen Wagner durch die Verhandlungen mit der „Neuen Heimat" den Boden zu entziehen hoffen.

Wohnungsverkäufe hat die „Neue Heimat" inzwischen auch in Westerland auf Sylt eingeleitet. Dort geht es um 580 Einheiten, die die Stadt zu einem Preis von fast 40 Millionen Mark erwerben will, wenn das Land Schleswig-Holstein die Sozialbindung aufhebt. Einen entsprechenden Beschluß hat die Stadtvertretung einstimmig gefasst. Zur Finanzierung will die Stadt sich von Immobilien im Wert von rund fünf Millionen Mark trennen und erwartet überdies einen Zuschuß des Kreises Nordfriesland. Nach der Übernahme der Wohnungen sollen die Mieten angemessen erhöht werden, damit die Finanzierung gesichert wird.

Frankreich: Der Asylant hat keinen Anspruch auf ungehinderte Einreise

Restriktive Handhabung der Bestimmungen / Entscheidung liegt bei der Verwaltung

PETER RUGE, Paris

Als jetzt spanische Basken aus Frankreich ausgewiesen wurden, lösten Freunde dieser Separatisten eine Attentatsserie aus. Doch das Innenministerium in Paris ließ sich davon nicht erschüttern. Die Ausweisung stützt sich auf das neue Ausländerrecht, das soeben im Parlament verabschiedet wurde. Das Gesetz weist deutliche Verschärfungen auf, doch wird damit der angeblichen Stimmung in Frankreich Rechnung getragen. Ihr nämlich verdankt die rechtsextreme Partei von Le Pen, die „Front national" im Grunde ihren Wahlerfolg, weil die liberale Handhabung der alten Ausländerbestimmungen durch die Sozialisten in den letzten fünf Jahren zu einer nahezu unkontrollierten Flut von illegalen Zuwanderern vor allem aus afrikanischen Ländern geführt hatte.

Nicht anfechtbar

Was hat sich geändert? die Grenzpolizei hat mehr Eingriffsrechte erhalten, Ausländern aus dem Nicht-EG-Raum die Einreise zu verweigern. Sie darf Dokumente darüber verlangen, ob der Betreffende seine Existenz in Frankreich sichern kann. Die wichtigste Voraussetzung aber, die der Ausländer glaubhaft machen muß: seine Einreise darf keine Bedrohung der öffentlichen Ordnung darstellen. Das kann zum Beispiel der Fall sein, wenn eine Haftstrafe auf Bewährung über ein Jahr oder über sechs Monate ohne Bewährung besteht.

Gegen die Abweisung an der Grenze bleibt dem Ausländer nur die Möglichkeit, sein Konsulat anzurufen. Die Entscheidung der Polizei kann nicht vor Gericht angefochten werden. Damit wird auch das Recht auf Asyl tangiert. Frankreich steht zwar in der Tradition, Verfolgten Zuflucht zu gewähren. Aber – und das ist der entscheidende Unterschied zur Praxis in der Bundesrepublik: der Asylant hat keinen Anspruch auf ungehinderte Einreise.

Frankreich unterscheidet zwischen „einfachem Asyl" und dem „Status eines Asylanten". Im ersten Fall kommt das einer Duldung gleich, bis das Asylverlangen geklärt ist. Viele stolpern bereits an dieser Hürde. Denn der Duldung voraus geht eine Entscheidung der Verwaltung innerhalb von 24 Stunden. Das heißt: die Grenzpolizei telefoniert mit dem Pariser Innenministerium. Gegen die Verweigerung der Einreise gibt es keine Rechtsmittel.

Um den „Status eines Asylanten" zu erhalten, wird die OFRA eingeschaltet, ein interministerieller Beirat. Der erteilt, solange das Anerkennungsverfahren läuft, einen „bon de dépot", eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis. Das ist schon sehr viel wert, denn der „Bon" berechtigt Wohnung zu nehmen und zu arbeiten. Daran läßt sich bereits ablesen, wie schnell der Asylant in seinem Gastland zurecht kommt, ob er bereit ist, sich in die französische Lebensart einzufügen. Spätestens innerhalb eines halben Jahres trifft die OFRA die Entscheidung – und die wird wie bisher sehr restriktiv gehandhabt: von 100 Anträgen werden fünf Aufenthaltsgenehmigungen erteilt.

Obwohl bei den Asylverfahren die Grundsätze des Genfer Flüchtlingsabkommens angewendet werden, besteht Frankreich auf den Nachweis der „gezielten" Verfolgung. Kriegsangst, Diskriminierung oder gar eine strafrechtliche Verfolgung sind von der Anerkennung ausgeschlossen.

Ist der „bon de depot" abgelaufen, kennt die französische Administration keine Zimperlichkeiten: Es erfolgt die Abschiebung, was nicht selten ganze Familien einschließt. Auch das ist ein Unterschied zur Praxis in der Bundesrepublik: der Asylant kann diese Verlängerung nicht etwa dadurch erschleichen, daß er die gewünschten Nachweise verzögert oder nicht erbringt.

Protest stößt ins Leere

Frankreich erteilt das Asylrecht als ein besonderes Gut. Daher sind die 160 000 Asylanten, eine fast konstante Zahl über die letzten Jahre, in der Gesellschaft gut beleumundet. Die Asylerteilung beruht nach französischer Auffassung auf einer selbst eingegangenen Verpflichtung, aus der Souveränität des Staates heraus zu entscheiden, so daß gar nicht erst der Eindruck entstehen kann, der Asylant habe es selbst in der Hand, über seinen Status zu bestimmen.

Dieser Auffassung entspricht auch die neue Ausweisungsregel für Asylanten: Es muß nicht mehr eine „ernste" Bedrohung vorliegen, es genügt eine Verwaltungserkenntnis, daß eine Gefährdung der Ordnung besteht, dazu rechnen jetzt auch rechtsgültige Verurteilungen. Die Entscheidung ist somit auch hier aus den Händen der Justiz genommen. Die Berufung kann zwar beantragt werden, doch ein Entzug des Aufenthaltsrechtes durch die Behörden bedeutet: sofortiges Verlassen des Landes – jeder Protest stößt damit ins Leere.

Bonn gibt der Opposition in Seoul Auftrieb

JOCHEN HEHN, Hongkong

Der Besuch des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler bei dem bekannten südkoreanischen Oppositionspolitiker Kim Dae Jung in Seoul hat die gesamte oppositionelle Bewegung in Südkorea aufgewertet und ihr zweifellos auch Auftrieb gegeben. Der Militärregierung in Seoul wird die klare Stellungnahme des CDU-Politikers für die unterdrückte Opposition wenig behagt haben, repräsentiert Geißler doch als Generalsekretär der führenden Bonner Regierungspartei in gewissem Maße auch die Bundesregierung.

Wieder unter Hausarrest

Der ausdrückliche Wunsch Geißlers, die CDU wolle mit allen Parteien in Südkorea zusammenarbeiten, die sich der Demokratie, den Menschenrechten und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet fühlen, ist daher weit mehr als nur eine Absichtserklärung, Parteibeziehungen anzuknüpfen und könnte durchaus als Mißbilligung der südkoreanischen Regierungspolitik interpretiert werden. Wie um ihre Macht zu demonstrieren, stellte die Regierung den Oppositionspolitiker Kim Dae Jung gestern zum 27. Mal seit seiner Rückkehr aus den USA im Februar des vergangenen Jahres unter Hausarrest. Etwa 400 Polizisten umstellten Kims Haus, angeblich um seine Beteiligung an einem Treffen der größten Oppositionspartei zu verhindern. Seine Gefängnisstrafe gilt nur als ausgesetzt, er darf sich politisch nicht betätigen.

Ein übriges zur Verstimmung der regierenden Militärs dürfte die Grußbotschaft von Bundeskanzler Kohl an Kim Dae Jung sowie die Einladung des Oppositionspolitikers der „New Korea Democratic Party" (NKDP) zu einem Besuch in die Bundesrepublik beigetragen haben. Wenn Kim Dae Jung Geißler gegenüber sich seine Heimat so sehr als ein „zweites Deutschland hier in Asien" wünschte, so spielte er sicher nicht auf die Situation im geteilten Deutschland an, sondern hatte vielmehr die freie Rechtsordnung und das in der Bundesrepublik verfassungsmäßig garantierte demokratische System im Sinn. In Südkorea – dem Namen nach ebenfalls eine Demokratie – werden diese Freiheiten nur in unzureichendem Maße gewährt. Studenten, die für eine echte Demokratie demonstrieren, werden als Kommunisten eingekerkert, manchmal gefoltert und sogar hingerichtet.

Protest mit Wirkung

Kim Dae Jung selbst ist ein Opfer dieser Politik geworden, als er vor sechs Jahren nach den Unruhen in der Stadt Kwangju wegen Anstiftung zum Aufruhr zum Tode verurteilt und nur auf massiven internationalen Protest hin zu einer Freiheitsstrafe von 20 Jahren begnadigt wurde. Kim durfte dann in die USA ausreisen, kehrte im vergangenen Jahr in seine Heimat zurück und steht seither eben nach Gutdünken der Regierung in Seoul unter Hausarrest. Ein Engagement in der Politik seines Landes wird ihm zwar versagt. Das Beispiel der Rücknahme der Todesstrafe für Kim durch die südkoreanische Regierung zeigt jedoch, daß moralischer Druck von Staaten, wie die Bundesrepublik Deutschland, die ja Südkorea großzügige Kredite gewährt, durchaus seine Wirkung nicht verfehlt.

Ein anderes Beispiel ist die gewaltsame Entführung des koreanischen Musikers Isang Yun im Jahre 1967 durch den Südkoreanischen Geheimdienst aus der Bundesrepublik. Auch damals hat – wenngleich aus triftigeren Gründen – der massive Protest in Deutschland unmittelbar zur Freilassung des weltberühmten Komponisten geführt.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Österreich und die WAA

Im Jahre 1978 hat Österreich durch die Volksabstimmung über Zwentendorf die Fachfrage „friedliche Nutzung der Kernenergie" zu einem innenpolitischen Thema gemacht: So wurde die österreichische Bevölkerung schon lange vor Tschernobyl sensibilisiert. Die jüngsten Geschehnisse hatten auf die Österreicher eine Multiplikatorwirkung. Ihre Besorgnisse auch gegenüber Wackersdorf sind deutlich stärker geworden.

Seit Tschernobyl ist es klar, daß die Nutzung der Kernenergie zu grenzüberschreitenden Risiken führt. Wir vermeinen daher berechtigt zu sein, zu verlangen, daß bei von Nachbarstaaten betriebenen Kernanlagen

- uns dargetan wird, daß ausreichende Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden sind,
- ein im Krisenfall funktionsfähiges Funk- und Alarmsystem besteht und
- bei einem Unfall der entstandene Schaden ersetzt wird.

Dabei haben wir volles Vertrauen in die Sorgfalt unserer deutschen Nachbarn und akzeptieren die Zusicherung eines prominenten deutschen Politikers anläßlich eines Zeitungsinterviews, daß keine Gefährdung von Wackersdorf ausgehen wird. Eine Schadenersatzverpflichtung reduziert sich auf eine – allerdings unentbehrliche – Leerformel.

Der zwischen Österreich und der CSSR bestehende Vertrag über grenznahe Kernkraftwerke könnte als Ausgangspunkt für eine Vereinbarung dienen. Wir werden auch mit Nachdruck trachten, ähnliche Abkommen mit allen anderen Nachbarstaaten, die Kernanlagen betreiben, wie Ungarn, Jugoslawien, Italien und der Schweiz, abzuschließen. Darüber hinaus erheben wir Einwände gegen Kraftwerkszentralen mit mehreren Blöcken in der Größe Cattenoms, die in der CSSR nächst der österreichischen Grenze errichtet werden sollen.

Jedenfalls läßt sich das in den bisherigen Verhandlungen vorgebrachte Argument, daß Wackersdorf „nicht genug grenznah" sei, nach Tschernobyl nicht aufrechterhalten.

Es ist nicht unbillig zu verlangen, daß die entsprechenden Verhandlungen mit Sachlichkeit und im gewohnt



Dr. Friedrich Bauer

freundschaftlichen Geist, aber besonders zügig geführt werden: Wir können nicht darauf warten, daß die Initiative der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Internationalen Atomenergieorganisation – die wir voll unterstützen – auf multilateraler Ebene ein Ergebnis bringt. Damit wird dem freundschaftlichen Verhältnis zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland ein besserer Dienst geleistet, als durch rauhe Worte oder aufgeschaukelte Emotionen. Eine Belastung unserer ausgezeichneten Beziehungen kann ich mir, als österreichischer Botschafter, als letzter wünschen und auch gar nicht vorstellen.

Dr. Friedrich Bauer,
Botschafter der Republik Österreich,
Bonn

Kein Widerstandsrecht

„Mayr: Ich will für die Gewerkschaften auch das Recht zum Widerstand haben"; WELT vom 7. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

der DGB hat mit seinen einzelnen Industriegewerkschaften nur rund sieben Millionen Mitglieder. Das ist weniger als ein Drittel aller Arbeitnehmer, also nur eine – wenn auch beachtliche – Minderheit. Er kann für sich nicht in Anspruch nehmen, alle Arbeitnehmer zu vertreten. Dies widerpricht unzweideutig allen Grundsätzen der in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsordnung. Dies gilt in gleicher Weise für die IG Metall mit nur 2,5 Millionen Mitgliedern, auch wenn diese für sich in Anspruch nimmt, die stärkste Gewerkschaft überhaupt zu sein.

Die Gewerkschaften haben in unserem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat kein irgendwie geartetes allgemeines politisches Mandat. Sie haben im Rahmen unserer Rechtsordnung und im Rahmen ihrer Satzung nur ein Vertretungsrecht für ihre Mitglieder, und dies gilt auch für das Streikrecht nach Art. 9 GG. Ein Widerstandsrecht nach dem – dialektischen – Verständnis der IG Metall gibt es nach dem GG nicht und darf es auch nicht geben, wenn die Bundesrepublik Deutschland nicht zu einer Oligarchie von Partei- oder Gewerkschaftsfunktionären degenerieren soll.

Es gibt ein Widerstandsrecht gegen alle Versuche zur Zerstörung der nach 1945 aufgebauten Einheitsgewerkschaft und deren Umbildung in politisch festgelegte, ideologische Richtungsgewerkschaften. Die Beschränkung der Gewerkschaften auf ihre eigentlichen Aufgaben bedeutet für sie keine Schwächung, sondern eine Stärkung in der Erfüllung ihrer Aufgabe. Doch es gibt kein politisch gemeintes Widerstandsrecht, das nur als zweite Schiene für eine politische Partei verstanden werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
Richard Ott,
Emmendingen

*

Während der DGB augenblicklich selbst in der Klemme sitzt, versucht er mit einer unglaublich aufwendigen Anzeigenkampagne die Öffentlichkeit von den eigenen Problemen abzulenken, indem nun die Südafrikapolitik herhalten muß. Glaubwürdiger wäre der Aufruf des DGB, wenn er den Nachweis erbringen könnte, sich mit demselben Einsatz zum Beispiel für die Aufhebung der Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa stark gemacht zu haben. Die Frage lautet nunmehr: Mißt der DGB mit zweierlei Maß?

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Franssen,
Neuß 21 (Hoisten)

Noch liberal?

Sehr geehrte Damen und Herren,

ist die FDP noch liberal? Sie nennt sich zwar so, ist aber illiberal in der Abwehr von Bedrohungen unserer Freiheit seitens Gewalttätiger.

Was jetzt nottut, ist ein striktes Vermummungsverbot ohne Wenn und Aber (dessen Übertretung mit schweren abschreckenden Strafen geahndet werden muß) und eine Verdreifachung der Polizisten, die mit dem Fotografieren von Gewalttätern beauftragt sind.

Werden diese beiden Schritte jetzt unternommen, wird der chaotische Spuk sehr rasch ein Ende nehmen, und das grundgesetzlich garantierte Demonstrationsrecht der nicht-gewalttätigen Menschen wird besser gesichert.

Dies wäre liberal, nicht aber, daß die Herren Baum und Hirsch ständig dem Rechtsstaat in den Arm fallen, wenn er die Freiheit verteidigen soll und will. Der für Demokratie und Rechtsstaat lebenswichtige Grundsatz „keine Freiheit für die Feinde der Freiheit" ist bei der FDP ohnehin schon längst in Vergessenheit geraten.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Frickhöffer,
Aktionsgemeinschaft
Soziale Marktwirtschaft, Heidelberg

Wort des Tages

»Vernunft annehmen kann niemand, der nicht schon welche hat.«

Marie von Ebner-Eschenbach, österreichische Autorin (1830–1916)

Jaruzelski will den Papst vereinnahmen

KNA, Budapest

Der polnische Staatschef Jaruzelski hat offenbar den Versuch unternommen, die katholische Kirche in Polen zur Loyalität auf das kommunistische Regime zu verpflichten. In einem Interview mit „Radio Budapest" erklärte Jaruzelski seine Bereitschaft zu einem „historischen Kompromiß" zwischen Kirche und Staat. Dieser setze allerdings voraus, daß die Kirche den Staat nicht nur toleriere, sondern mit ihm zusammenarbeite. Diese Kooperation dürfe nicht die Prinzipien des sozialistischen Systems berühren.

Gleichzeitig hat Jaruzelski jedoch auch versucht, einen Keil zwischen den Vatikan und die polnische Kirche zu treiben. Der Parteichef nannte Papst Johannes Paul II. einen „leidenschaftlichen polnischen Patrioten, der das Wohl der Nation ..." im Auge habe. Jaruzelski stimme in einigen Fragen mit dem Papst überein. So könne er die Warnungen des Papstes vor den Gefahren der Zivilisation, seine Verurteilung des „Konsumismus" sowie der Ausbeutung voll unterstreichen. In der Aufzählung Jaruzelskis fehlt allerdings das Bekenntnis zum gesellschaftlichen Pluralismus, das die polnische Kirche immer wieder vom Staat gefordert hatte.

Die Sowjetunion hat offenbar ihren Konfrontationskurs zur Kirche verstärkt. Radio Wilna hat im Vorfeld der im nächsten Jahr stattfindenden Feierlichkeiten zum 600jährigen Jubiläum der Christianisierung Litauens, an denen nach den Vorstellungen des baltischen Klerus auch Papst Paul II. teilnehmen soll, einen äußerst scharfen Angriff gegen die katholische Kirche des Landes und den „rechten Flügel vatikanischer Kreise" gerichtet.

Die Commonwealth-Spiele werden jetzt zum Skandal

Veranstalter verlangen finanzielle Entschädigung

REINER GATERMANN, London

Es sollten die „freundlichen Spiele", werden, die 13. Commonwealth-Spiele, die heute im schottischen Edinburgh beginnen. Aber sie werden, noch bevor der erste Startschuß gefallen ist, die „unfreundlichen Spiele" genannt, nachdem sie ein Opfer der politischen Auseinandersetzung innerhalb der britischen Völkerfamilie um Südafrika geworden sind. Statt der ursprünglich gemeldeten 58 Länder sind nur noch 27 vertreten, die übrigen sagten ab „aus Protest gegen den Widerstand Frau Thatchers gegen umfassende und verbindliche Südafrika-Sanktionen".

Die innenpolitische Variante dieses Konflikts, die sogenannte konstitutionelle Krise, wonach die Königin „bestürzt" über verschiedene politische Beschlüsse „ihrer" Premierministerin sein soll, darunter Südafrika, erhielt jetzt zusätzlichen Zündstoff, als der Chefredakteur der „Sunday Times", Andrew Neil, drohte, weitere Einzelheiten über die königliche Unzufriedenheit zu veröffentlichen, falls Buckingham Palace seine Behauptung nicht widerrufe, der „ST"-Artikel vom vergangenen Sonntag entbehre jeglicher Grundlage. In ihm war unter Berufung auf enge königliche Ratgeber behauptet worden, die Queen betrachte die Thatcher-Politik als „unachtsam, kontrovers und sozial trennend".

Wie gewöhnlich traf Frau Thatcher die Monarchin Dienstag abend zu ihrer wöchentlichen Audienz, nach Ansicht verschiedener Parlamentarier hätte es die „schwierigste" in ihrer siebenjährigen Amtszeit sein müssen, aber – wie üblich – verlautete nicht ein Wort über dieses Gespräch. Auch vor dem Parlament wahrte die Regierungschefin die Tradition, indem sie auf ihre Beziehungen zur Königin in keiner Weise einging. Dagegen teilte sie mit, daß sie die Möglichkeit eines Zusammentreffens mit Südafrikas Präsident P. W. Botha nicht ausschließe, falls die Mission ihres Außenministers Sir Geoffrey Howe ergebnislos verlaufe.

Der Hinweis der Veranstalter der Commonwealth Spiele, daß es nicht die Spiele der britischen Regierung oder Großbritanniens seien, sondern die Edinburghs, Schottlands und des Commonwealth, konnte 31 Regierungen nicht davon abbringen, ihren Sportlern die Teilnahme zu untersagen. Eingeleitet wurde der Auszug von Nigeria, das bereits 1978 in Kanada versuchte, einen Boykott wegen Rhodesien zu organisieren, damals jedoch vergeblich. Diesmal war es erfolgreicher, von Indien bis Sierra Leone und Montserrat hagelte es Absagen, meistens in Form von Mitteilungen an die Presse, nur in fünf Fällen durch offizielle Information des Veranstalters in Edinburgh. Dieser befindet sich jetzt in der Klemme. Um die Lücken in den Startlisten aufzufüllen, forderte er die verbliebenen Länder auf, zusätzliche Athleten zu schicken, zum Beispiel für Boxen.

Aber auch finanziell droht die Krise. Die Sponsoren waren von Anbeginn nicht sehr spendierfreudig und es bedurfte schon des zusätzlichen Einsatzes des Groß-Verlegers Robert Maxwell (Mirror-Gruppe), ein gebürtiger Tscheche, die Finanzlücke durch Aufrufe und den Griff in die eigene Tasche zu decken. Nach der Absageflut wollen sich jetzt jedoch auch einige Geldgeber zurückziehen. Ein enttäuschter und zorniger Maxwell kündigte an, den Regierungen der Boykott-Länder Rechnungen in Höhe von umgerechnet sieben Millionen Mark zu schicken, er schließt auch Frau Thatcher davon nicht aus. Juristisch steht er allerdings auf verlorenem Posten.

Pinochet gleitet immer tiefer in die Isolation

WERNER THOMAS, Santiago

Der Name Rodrigo Rojas de Negri wird nicht so leicht in Vergessenheit geraten. Das Schicksal des 19jährigen Studenten hat das chilenische Drama um ein emotionales Kapitel erweitert.

Der junge Mann, der in Washington lebte, war am 6. Juli nach der letzten Demonstrationswelle schweren Brandverletzungen erlegen. Augenzeugen berichteten, Uniformträger hätten ihn und seine Freundin Carmen Gloria Kintana (18) mit Brennstoff übergossen und angezündet. Die Freundin schwebt noch in Lebesgefahr. Verteidigungsminister Patricio Carvajal wies bisher alle Beschuldigungen energisch zurück. 25 Angehörige der Streitkräfte wurden wegen dieses spektakulären Falls festgenommen, zum großen Teil aber schon wieder auf freien Fuß gesetzt.

Gestärkte Opposition

Mit solchen Schritten versucht Staatschef Pinochet den wachsenden internen und externen Druck auf seine Regierung zu entschärfen. In der chilenischen Hauptstadt herrscht eine Stimmung der Konfusion und Ungewißheit. Allerdings ist auch das Gefühl weit verbreitet, daß die Pinochet-Ära eine entscheidende Phase erreicht. Der Militärdiktator muß mit einer gestärkten Oppositionsfront fertig werden. Von den marxistischen Rebellen der „Bewegung der Revolutionären Linken" (MIR) bis zu dem konservativen Kardinal Juan Francisco Fresno wird die Forderung nach einer Rückkehr zur Demokratie erhoben. Der Vorteil des siebzigjährigen Diktators: Die Opposition ist nach wie vor gespalten.

Wie lange noch? Ein Polarisierungsprozeß ist in Gang gekommen. Er könnte zu mehr Einheit in der Opposition führen. Der General verliert Sympathisanten. Das Oppositionslager registriert rasanten Zulauf. Kardinal Fresno ging aus seiner diplomatischen Reserve heraus und stellte sich offen hinter 15 inhaftierte Oppositionspolitiker. Er besuchte den Vorsitzenden der sogenannten „Bürgerversammlung", Juan Louis Gonzalez, im Gefängnis und überreichte ihm eine Solidaritätserklärung mit den Unterschriften von 54 prominenten Kirchenvertretern. Fresno scheint alle Hoffnungen auf eine weitere Vermittlerrolle aufgegeben zu haben.

Auch in den Streitkräften ist die Lage nicht mehr so übersichtlich. „Es gärt", berichtet ein gut informierter Beobachter. „Viele Offiziere wollen Pinochets Machtansprüche über das Jahr 1989 hinaus nicht mehr verteidigen." Drei der vier Junta-Mitglieder gehören wohl diesem Kreis an. Luftwaffenkommandeur Fernando Matthei betonte, seiner Meinung nach werde Chile 1989 zu einer „echten" Demokratie zurückkehren.

Spannungen in der Junta

Marinekommandeur Merino und General Stange, der Befehlshaber der Carabineropolizei, berichteten, sie hätten sich bisher für keinen Präsidentschaftskandidaten im Jahr 1989 entschieden. Auf Grund der Verfassung von 1980 kann Pinochet weiter amtieren. Er braucht jedoch die Zustimmung der Junta. Gerüchte kursieren, daß hohe Offiziere eine Verfassungsänderung und offene Wahlen anstreben, angeblich auch Merino, bisher ein enger Freund Pinochets.

Pinochet, seit September 1973 an der Macht, verfügt dagegen über die absolute Kontrolle der Armee, den wichtigsten Teil der Streitkräfte. Er ist Armeekommandeur geblieben, obgleich er das Pensionsalter längst erreichte. Viele Beobachter bezweifeln aber, daß er einen Kampf gegen die anderen drei Kommandeure über die Nachfolgefrage gewinnen kann. Besonders dann, wenn sich das Konfrontationsklima weiter verschärft. „Pinochet gerät immer tiefer in die Isolation", erklärte der konservative Politiker Allamond.

Auch das Verhältnis zur Reagan-Regierung ist wachsenden Spannungen unterworfen. US-Botschafter Harry G. Barnes hofiert demonstrativ die Opposition. Letzte Woche verweigerte Pinochet dem State-Department-Vertreter Robert S. Gelbard ein Gespräch. Gelbard sei nicht bedeutend genug, hieß es. Gelbard fungiert als zweiter Mann in der Lateinamerika-Abteilung des Außenministeriums. Schon heißt es, Washington erwäge Sanktionen, wenn sich Chile nicht dem lateinamerikanischen Demokratisierungsprozeß anschließe. So sind die Kredite internationaler Organisationen oft von der Zustimmung der amerikanischen Regierung abhängig. Die Carter-Administration verweigerte vier Jahre lang die Zustimmung für Kredite.

Die Opposition will nun eine neue Demonstrationswelle entfesseln, solange das Thema Chile und Pinochet international so große Beachtung findet. Die Regime-Gegner spüren Aufwind. Man will an das Schicksal der inhaftierten Führer erinnern. Und an den toten Studenten Rodrigo Rojas.

Personen

ERNENNUNG

Zum neuen Chef des Polizeipräsidiums Niederbayern/Oberpfalz, das auch für den Schutz der WAA-Baustelle bei Wackersdorf zuständig ist, ernannte der bayerische Ministerrat den 56jährigen leitenden Polizeidirektor **Wilhelm Fenzl**, der bisher bei der bayerischen Bereitschaftspolizei die Abteilung Organisation, Einsatz und Technik leitete. Innenminister **Karl Hillermeier** bezeichnete Fenzl als besonnen, aber auch entschlossen; er sei ein Mann, der sein Handwerk von der Pike auf gelernt hat. Fenzl löst damit den vor sieben Wochen seines Postens enthobenen Polizeipräsidenten **Hermann Friker** ab, der ins Innenministerium nach München versetzt wurde. Daß Fenzl vorerst nur „mit der Wahrnehmung der Leitung" des Präsidiums beauftragt wurde, also nicht den Rang eines Präsidenten erhalten hat, bezeichnet der Minister als „ganz normal": Fenzl wurde erst im vergangenen Monat zum Leitenden Polizeidirektor befördert, außerdem kann er wegen der automatischen Stellensperre frühestens nach sechs Monaten sein Amt offiziell übernehmen. Allerdings sei die Frage, ob er tatsächlich Präsident wird, noch offen.

GEBURTSTAGE

Eine der führenden Persönlichkeiten aus dem jüdischen Gemeindeleben in der Bundesrepublik Deutschland, **Max Willner**, feiert heute seinen 80. Geburtstag. Der Offenbacher gehört zum Kreis jener Männer und Frauen, die unmittelbar nach dem Ende des Nationalsozialismus den Neuaufbau jüdischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland konsequent in die Wege geleitet haben. Willner hat in fast drei Jahrzehnten als Direktor den Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen von einer Hilfsorganisation zur Sammlung und Betreuung versprengter und entwurzelter Überlebender der Gewaltherrschaft zu einer Verwaltung gemacht, die weithin anerkannt wird. Daneben hat er 20 Jahre als Direktor der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland die oberste jüdische Sozialinstitution geleitet. Der gebürtige Gelsenkirchener gehört auch dem Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland an.

*

Generationen von Schülern, Studenten, Wissenschaftlern und Sprachinteressierten kennen die Bücher mit dem gelben Einband – Langenscheidts Wörterbücher: Am Sonntag, dem 27. Juli, feiert der Verleger **Karl Ernst Tielebier-Langenscheidt** seinen 65. Geburtstag. Als er 1948 als vierte Generation in den Langenscheidt-Verlag eintrat, fand er ein durch Bombenangriffe völlig zerstörtes Unternehmen vor, das auch noch bald darauf durch die Berliner Blockade Probleme bekam. Karl Ernst Tielebier-Langenscheidt



Karl Ernst Tielebier-Langenscheidt

betrachtete diese Situation als Herausforderung und baute den Verlag wieder auf. Später mußten die Neubearbeitungen der großen traditionellen Wörterbücher wie Muret-Sanders und Sachs-Villatte, die immense Investitionen kosteten, in Angriff genommen werden. Tielebier-Langenscheidt gehört zu den Verlegern mit einer „Nase" für Themen, Strömungen, Zukunftsentwicklungen. Ende der 50er Jahre sah er den aufkeimenden Massentourismus voraus und schuf sich mit der Polyglott-Reihe 1958 eine zweite „Verlagssäule", den Freizeitbereich. Dazu gehörte auch der Kauf des Humboldt-Taschenbuchverlags und des Karl Baedeker-Verlags. Kooperationen mit BBC London, Longman und Hachette führten zu einer Öffnung in die internationalen Märkte.

EHRUNG

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und Präsident der Interparlamentarischen Union, **Hans Stercken** (CDU), ist zum Offizier der französischen Ehrenlegion ernannt worden. Die Auszeichnung wurde Stercken vom Präsidenten der französischen Nationalversammlung, **Jacques Chaban-Delmas**, überreicht. Er würdigte Stercken als einen Europäer, der sich um die deutsch-französische Zusammenarbeit besonders verdient gemacht habe.

VERANSTALTUNG

Aus Anlaß des belgischen Nationalfeiertages – am 21. Juli 1831 erfolgte die Unabhängigkeitserklärung von den Niederlanden – hatten Botschafter **Michael van Ussel** und Frau **Janine** in die belgische Residenz gebeten. Trotz Bonner Sommerferien drängten sich die Gäste dicht auf dem grünen Rasen der Muffendorfer Commende. Glückwünsche überbrachten u. a. die Botschafterkollegen **Charles Müller** (Schweiz), **Yasushi Miyazawa** (Japan), **Serge Boidevaix** (Frankreich) und Dr. **Kasper W. Reinink** (Niederlande). Unter den deutschen Gästen Staatsminister **Friedrich Vogel** (Bundeskanzleramt) sowie die Staatssekretäre Dr. **Jürgen Ruhfus** (Auswärtiges Amt) und Dr. **Lothar Rühl** (Verteidigung).

VERNISSAGE

Eine ausführlich bebilderte Dokumentation des „Katholischen Widerstandes gegen den Nationalsozialistischen Rassenmythos" ist seit Dienstag bis zum 15. August im Korridor der CDU-Fraktion im Historischen Rathaus Köln zu sehen. Die vielfach verkannte oder falsch interpretierte Rolle des Widerstandes aus den Reihen der Kirche hoben sowohl der Fraktionsvorsitzende der CDU-Ratsfraktion, **Richard Blömer**, wie auch der Präsident des Joseph-Teusch-Werkes, **Bernd Wittschier**, in ihren Eröffnungsreden hervor.

US-Politiker in Sorge um das Bündnis

DW. Washington

Amerikanische Politiker und Wissenschaftler haben sich in Washington vor einem Unterausschuß des Repräsentantenhauses besorgt über die Zukunft der NATO geäußert. Sie befürchten, daß sich die Beziehungen zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten zum Schlechteren hin entwickeln könnten und die NATO dann zu einem Bündnis zu verkümmern drohe, das nur noch auf dem Papier bestehe. Oppositionsparteien in Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien stünden nicht mehr zu Schlüsselelementen der NATO-Verteidigungspolitik, hieß es.

Es käme zu einer Tragödie historischen Ausmaßes, sollte nicht alles getan werden, dem Auseinanderleben entgegenzusteuern, erklärte der ehemalige Unterstaatssekretär im US-Außenministerium, Lawrence Eagleburger. Die transatlantischen Beziehungen, die bisher als so gut wie unerschütterlich angesehen worden seien, verschlechterten sich zunehmend. Die Politiker und Wissenschaftler nannten Protektionismus im Handel einen der Hauptgünde für die Verschlechterung des Klimas. Aber auch Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Rüstungskontrolle und des Verhältnisses zur Sowjetunion spielten eine wichtige Rolle. Für viele Europäer stelle darüber hinaus die amerikanische Gesellschaft nicht mehr das erstrebenswerte Ideal dar.

Genscher gibt Reagan Anregungen für den Brief an Gorbatschow

„Was weiterführt, ist immer konstruktiv" / Information nach Moskau-Reise

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ist gestern zu einem Kurzbesuch nach Washington geflogen, um die amerikanische Regierung ausführlich über seine Moskauer Gespräche zu informieren und deutsche Anregungen für die bevorstehende Antwort von Präsident Ronald Reagan auf die jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschläge zu übermitteln. Unmittelbar zuvor war Genscher noch mit Bundeskanzler Helmut Kohl zusammengetroffen und hatte dem Bundeskabinett berichtet.

Der Minister fühlte sich zu einer schnellen und persönlichen Unterrichtung Washingtons schon deshalb verpflichtet, weil Reagans Abrüstungsbeauftragter Paul Nitze ihn noch unmittelbar vor der Abreise nach Moskau am Sonntag sehr gründlich über die Absichten des Präsidenten informiert und deutsche Beiträge für die endgültige Formulierung erbeten hatte. Nitzes Mitteilungen wurden von Außenminister Genscher positiv bewertet. In seiner Umgebung hieß es: „Reagans Antwort wird weiterführende Gedanken enthalten. Was weiterführt, ist immer konstruktiv."

Verifikation Hauptthema

Als deutsches Anliegen will der Bundesaußenminister seinem US-Kollegen George Shultz vor allem den Wunsch vortragen, „daß in der amerikanischen Reaktion dem konventionellen Bereich ein erhebliches Gewicht zugemessen wird, denn hier ist die Bundesrepublik Deutschland als der konventionell stärkste Partner im Bündnis in besonderer Weise interessiert".

Das von den Amerikanern als vorrangig bewertete und für alle Abrüstungsbereiche geltende Thema der Verifikation ist vom Bundesaußenminister in Moskau sehr intensiv angeschnitten worden. Teilnehmer berichteten, der sowjetische Außenminister Edward Schewardnadse habe sehr aufmerksam zugehört und dann erklärt: „Sie haben bei Generalsekretär Gorbatschow angemahnt, die Ankündigungen über eine sowjetische Bereitschaft zur Verifikation müßten sich auch konkret niederschlagen. Da sind Ihre Forderungen nicht ohne Grundlage."

Bei der Erörterung des Themas der Chemiewaffen fragte Gorbatschow den Bundesaußenminister, weshalb Bonn ein weltweites Verbot von C-Waffen für leichter realisierbar halte als die vom Osten angeregten regionalen C-Waffen-Verbote. Genscher erwiderte, regional sei eine Verifikation noch schwieriger als global. Mit Schewardadse stimmte er darin überein, daß eine C-Waffen-Vereinbarung möglich sei und für alle anderen Abrüstungsbereiche von „ganz großer Bedeutung" wäre.

Im Zusammenhang mit der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) stellte Genscher bei den Sowjets die Hoffnung fest, daß ein erfolgreicher Abschluß bis Mitte September möglich sein werde. Er selbst bezeichnete es als ermutigend, daß es in den letzten Tagen eine „Bewegung in Stockholm" gegeben habe. Für die MBFR-Verhandlungen mahnte er eine „konstruktive Antwort" auf die westlichen Vorschläge vom Dezember 1985 an.

Gorbatschow rügte gegenüber Genscher, daß Bonn bei den Mittelstreckenraketen die amerikanische „Zwischenlösung" unterstütze, die einen Teil der US-Mittelstreckenraketen in Europa erhalten wolle. Die Antwort des Bundesaußenministers: „Wir sind für eine globale Regelung. Aber wenn eine Null-Lösung derzeit nicht erreicht werden kann, dann sollte es zu einem Zwischenergebnis kommen."

Bündnistreue betont

Generell versprach Gorbatschow, wenn die Bundesrepublik eine konstruktive Abrüstungspolitik betreibe und sich dies in praktischen Schritten niederschlagen werde, „so wird die BRD in der UdSSR einen zuverlässigen Partner haben, der nicht mit leeren Händen agieren wird".

Genscher glaubt, daß die von ihm in Moskau mehrfach öffentlich und intern betonte Bündnistreue der Bundesrepublik zum Besuchserfolg beigetragen hat. Als Gesprächspartner sei der Sowjetunion sicher eine Bundesregierung wichtiger, die ein gutes Verhältnis zu den USA habe, als eine Bundesregierung, die schlecht mit Washington stehe. „Wir bewerten die Gespräche so, daß man die Positionen jetzt besser versteht", meinte der Außenminister.

Genschers eigener Beitrag dazu war ganz unmißverständlich. So erklärte er beim Mittagessen mit Schewardnadse: „Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Wanderer zwischen den Welten. Sie ist aktives Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und des Nordatlantischen Bündnisses und sie bekennt sich zu den Grundwerten der westlichen Welt."



Das größte Leichtmetallgußstück der Welt stellt dieses rückwärtige Teil des Lampenhauses für den großen Sonnensimulator „Susi" dar. Neue Maßstäbe in der Technik setzt auch das verwendete Eintrittsfenster in die Vakuumkammer: Es ist das größte je hergestellte Quarzfenster.

WERKFOTO

Strahlender Erfolg für Susi

Nach dreijähriger Entwicklungs- und Bauzeit liefert die Oberkochener Firma Carl Zeiss jetzt den Sonnensimulator „Susi" an das Europäische Raumfahrttechnologiezentrum im holländischen Noordwijk aus. Die Anlage soll dazu dienen, das thermale Verhalten der neuen Generation von Satelliten und Trägerraketen bei Sonnenbestrahlung zu messen.

Als Lichtquelle dienen 19 Bogenlampen, die mit dem Edelgas Xenon gefüllt sind. Die maximale Gesamtleistung von 608 kW entspricht dem Anschlußwert von 30 Einfamilienhäusern. Ein aus 121 gasgekühlten Segmenten bestehender Spiegel von 7,2 Meter Durchmesser sorgt dafür, daß die künstlichen Sonnenstrahlen auf ± zwei Grad genau parallel verlaufen. In ersten Probeläufen hat der Simulator bereits gezeigt, was er kann: Betrachtet man ihn als Energiewandler, der aus elektrischer nutzbare Licht-Energie macht, so liegt der Wirkungsgrad bei über 18 Prozent. Die bisherigen Geräte erreichen nicht einmal die Hälfte.

Auch im Langzeitbetrieb arbeitete „Susi" äußerst präzise: Nach über 400 Stunden lagen die Schwankungen in der Lichtkonstanz unter 0,5 Prozent. Trotz Schutzbeschichtung von Spiegel und Reflektoren zur Vermeidung von Alterungseffekten bleibt der hohe Wirkungsgrad aller Komponenten erhalten.

DIETER THIERBACH

Kieler SPD rügt die Neue Heimat

AP, Kiel

Als einen Skandal hat der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein, Günter Neugebauer, am Mittwoch in Kiel den Verkauf von 670 Wohnungen in Uetersen und mehr als 100 Wohnungen in Pinneberg durch die Neue Heimat bezeichnet. Mit der Ablösung der Wohnungsbaukredite an die Wohnungsbaukreditanstalt und den Verkauf der Wohnungen durch die gemeinnützige Neue Heimat an die nicht gemeinnützige Beteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH (BGI) sei es der Neuen Heimat gelungen, diesen Wohnungsbestand aus der Mietpreisbindung herauszunehmen. Dadurch könnten die bisher außerordentlich günstigen Mieten an das Mietniveau der beiden Städte angepaßt und der Verkaufswert der Wohnungen in die Höhe getrieben werden, sagte Neugebauer. „Die Neue Heimat versucht, ihre finanzielle Situation auf dem Rücken der Mieter auszutragen."

„Trennung durch die Mauer überwinden"

AP, Berlin

Die evangelischen Bischöfe West- und Ost-Berlins, Martin Kruse und Gottfried Forck, haben es als gemeinsame Aufgabe ihrer Kirchen bezeichnet, für eine Zukunft zu wirken, in der die Trennung durch die Mauer überwunden sein wird. In einem Briefwechsel zum 25. Jahrestag des Mauerbaus heben sie die Verflichtung hervor, für eine „vernünftige Nachbarschaft" einzutreten.

Bonn zieht Lehren aus den Großdemonstrationen

In der Koalition Differenzen über „Landfriedensbruch"

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Gewalttäter bei Demonstrationen nehmen nach Einschätzung der vom Bundeskabinett am 18. Juni eingesetzten interministeriellen Arbeitsgruppe „schwerste Verletzungen und möglicherweise den Tod von Ordnungskräften in Kauf". Dies sei „teilweise sicher auch so gewollt", heißt es im ersten Bericht, den die Arbeitsgruppe auf Staatssekretärsebene unter Leitung von Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble für die gestrige Kabinettssitzung vorgelegt hat, unter dem Stichwort „Lagebeurteilung".

Im Kapitel „Bereits veranlaßte Maßnahmen des Bundes" wird zunächst darauf verwiesen, daß es Aufgabe der Bundesländer sei, durch Einsatz von Polizeikräften zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung bei Demonstrationen zu sorgen.

Polizei verstärkt

Die Bundesregierung leiste ihren Beitrag aus ihrer „Mitverantwortung für die innere Sicherheit". Bisher seien unter anderem folgende Maßnahmen veranlaßt worden:

- Verstärkter Einsatz des Bundesgrenzschutzes und Verstärkung dieser Polizeitruppe des Bundes um 1000 Beamte.
- Beschaffung von drei weiteren Großraumhubschraubern vom Typ „Puma" zum Lufttransport von Einsatzkräften.
- Weitere Sicherung der Einsatzfahrzeuge.
- Anschaffung moderner Ausstattung für Beweissicherung und Dokumentation, Verletztenversorgung, Kommunikation, ABC-Schutz und technischen Dienst.
- In den Haushaltsjahren 1987 bis 1990 sind hierfür Investitionen von jährlich jeweils 50 Millionen Mark vorgesehen.

Weiter heißt es in der Kabinettsvorlage: „Ferner bemüht sich der Bundesminister des Inneren, den Meldedienst ‚Landfriedensbruch und verwandte Straftaten' zu intensivieren." Damit wird indirekt ein Schwachpunkt in der Zusammenarbeit der Polizeien der Länder und des Bundes berührt. Einige sozialdemokratische Bundesländer, so das Saarland und Hamburg, weigern sich, Erkenntnisse über die von Demonstration zu Demonstration reisenden Gewalttäter – ihre Zahl wird in dem Bericht mit 2000 bis 3000 angegeben – an andere Länder oder das Bundesinnenministerium weiterzugeben.

Taktische Aufklärung

Bei den administrativen Maßnahmen geht es in der Hauptsache um die polizeitaktische Umsetzung der Erfahrungen der jüngsten Großdemonstrationen. So werden unter anderem eine weiträumige und frühzeitige taktische Aufklärung, vermehrte Kontrollen und eine verbesserte Nutzung des Meldeaufkommens der Staatsschutzdienste verlangt. Ein neuer Gesichtspunkt ist die „Einbeziehung psychologischer Auswirkungen in die Einsatzplanung". Deren Ziel soll sein, „der Solidarisierung friedlicher Demonstranten mit Gewalttätern entgegenzuwirken".

Die Gespräche über die Gesetzgebung werden als „noch nicht abgeschlossen" bezeichnet. Hier gibt es nach Informationen der WELT Widerstände aus dem Justizministerium. So hat dessen Vertreter in einer Expertensitzung am 9. Juli erklärt, es gebe keinen Handlungsbedarf für die Wiederherstellung des bis 1970 geltenden Paragraphen über den Landfriedensbruch, der schon die Teilnahme an einer Ansammlung, aus der heraus Gewalttaten begangen werden, unter Strafe stellte. Genau das aber verlangt der Bundesinnenminister.

Fast jeder zweite rechnet mit Sieg der Koalition

gey. Bonn

Den wirtschaftlichen Aufschwung seit Amtsantritt der Regierung Kohl nehmen heute weitaus mehr Menschen in der Bundesrepublik Deutschland wahr als noch vor zwölf Monaten. Allerdings wird er nur bedingt als Leistung der Koalition angesehen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach, die im Auftrag des Wirtschaftsmagazins „Capital" unter 2000 repräsentativ ausgewählten Personen durchgeführt wurde.

Im Juni 1986 registrierten 60 Prozent der Bevölkerung einen wirtschaftlichen Aufschwung. Ein Jahr zuvor hätten nur 48 Prozent davon Kenntnis genommen, sagte Frau Noelle-Neumann gestern bei der Vorstellung der Untersuchung in Bonn. Doch nur 31 Prozent sahen den Aufschwung als ein Verdienst der Regierung Kohl an. 45 Prozent meinten, daß der wirtschaftliche Fortschritt im wesentlichen auf den Rückgang des Ölpreises und den Dollarkurs zurückzuführen sei. Doch sei der Ölpreis drastisch erst Anfang 1986 gesunken, während sich die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik bereits seit 1983 kontinuierlich verbessert habe. Auch sprächen 26 Prozent von einer Erhöhung der Steuerbelastung, obwohl die geschätzte Entlastung vom 1. Januar 1986 an 10,9 Milliarden Mark betrage.

Die teilweise negative Bewertung bestimmter politischer Verhältnisse seit der Regierungszeit Kohls nannte Frau Noelle-Neumann „schockierend", wenn man sie mit der realen Entwicklung vergleiche. Eine CDU/CSU geführte Regierung bleibe indes nach der Einschätzung der Bevölkerung auch 1987 im Amt. So rechneten 46 Prozent mit einem Wahlsieg der Koalition gegenüber 29 Prozent vor einem Jahr. Nur noch 21 Prozent glaubten an einen Wahlsieg der SPD gemeinsam mit den Grünen.

Dicke Luft im stillen Kämmerlein

Die Fraunhofer-Gesellschaft stellt ein neuentwickeltes Smog-Simulations-Verfahren vor

Von ARNO NÖLDECHEN

Wie die Lufthülle unseres Planeten mit natürlichen, freigesetzten Verbindungen fertig wird und welchen Einfluß Produkte und Abgase der Chemieindustrie ausüben können, das sind seit langer Zeit ungeklärte Fragen der Wissenschaftler. Eine neuentwickelte, sogenannte Smogkammer des Fraunhofer-Instituts für Toxikologie und Aerosolforschung in Hannover soll jetzt über die komplizierten Vorgänge in unserer Atmosphäre genauere Auskünfte geben.

Umweltschützer beklagen die schlechte Luft in unseren Großstädten und Industrielandschaften. Auch Treibgase in Sprühdosen, die fluorierten Kohlenwasserstoffe, wurden am fortschreitenden Abbau der vor Ultraviolett-Strahlung schützenden Ozonschicht beschuldigt.

Aber bislang waren Umweltschützer wie Chemieindustrie in Beweisnot. Über schädliche Gas- oder Aerosolmengen und ihre Auswirkungen lagen kaum nachprüf- und beweisbare Erkenntnisse vor. Und selbst unter Wissenschaftlern sind Veränderungen der lebenschützenden Ozonschichten nicht unstrittig. Ihre kürzlich bekanntgewordenen „Löcher" im Alpengebiet und in der Antarktis wurden erst durch neuere Meßtechniken offenbar.

Meere als Aerosol-Spender

Es wird auch oft vergessen, daß es niemals eine „reine" oder „natürliche" Erdatmosphäre gegeben hat. Die heutige, sauerstoffreiche Atmosphäre existiert wohl erst, seitdem höhere Pflanzen Kohlendioxid in Sauerstoff umsetzen. Vulkane stoßen immer wieder neben riesigen Staubmengen Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid aus. Das Faulgas Methan entströmt nicht nur natürlichen Gasquellen, sondern entstammt meßbar aus allen Reiskulturen, wo immer sie gepflegt werden.

Selbst aus den Weltmeeren werden laufend große Aerosolmengen in die Atmosphäre versprüht. Und schließlich besteht unsere Gashülle aus vielen Schichten, die ganz unterschiedlich reagieren, von Strömungen hin- und hergeschoben werden und den radioaktiven und Partikel-Strahlungen von Sonne und Weltraum laufend ausgesetzt sind.

Um hier Klarheit zu schaffen, haben das Bundesministerium für Forschung und Technologie zusammen mit dem Verband der Chemischen Industrie (VCI) das in Hannover ansässige Fraunhofer-Institut für Toxikologie und Aerosolforschung beauftragt, praxisnahe Forschungen über die Vorgänge in der Atmosphäre vorzunehmen. Das Institut hat dazu eine „Smogkammer" konstruiert und für etwa sechs Millionen Mark gebaut.

In der Smogkammer sollen die Atmosphären-Reaktionen simuliert und auch quantitativ verfolgt werden. Über die ersten Ergebnisse der Forschergruppe informierte der VCI kürzlich in einem Fachseminar.

So zeigte sich, daß winzige Schwebstoffe, sogenannte Aerosole, an ihrer Oberfläche mit allen möglichen Stoffen „beladen" sind. Sie werden unter Einwirkung des Sonnenlichtes von anderen reaktionsfreudigen Stoffen, den Radikalen, angegriffen und unterschiedlich schnell zersetzt. In der Smogkammer versucht man die Verhältnisse des Foto-Smogs aufzuklären, der im dicht besiedelten, industrialisierten Europa als häufigste Verschmutzungsursache der Luft angesehen wird.

Die Experimente mit einem in der Natur nicht vorkommenden Stoff, dem Diethylhexylphtalat (DOP), einem häufig verwendeten Weichmacher für Kunststoffe, zeigten, daß er bereits innerhalb von Stunden völlig abgebaut wird. Es bleiben lediglich Kohlendioxid und Wasser übrig. Dennoch spielt es eine große Rolle, an welche Schwebteilchen DOP gebunden ist. Untersucht wurden Aerosole aus Quarz, Titan- und Eisenoxid sowie Kochsalz. Das sind Stoffe, die sich überall in der Atmosphäre in unterschiedlich großen Mengen wiederfinden.

Den schnellsten Abbau beobachtete man bei den Titanoxid-Aerosolen. Verantwortlich dafür sind relativ große Mengen an Hydroxyl-Radikalen, die das Titan freisetzt. Ihre chemische Reaktionsfähigkeit ist so groß, daß sie das DOP in wenigen Stunden zersetzen.

Nach den bisher gemachten Versuchen spielt dieser Abbauweg wohl auch in der Natur die wichtigste Rolle. Weniger reaktiv sind Chlor-Radikale, gefolgt von Sauerstoff- sowie Ozon-Radikalen. Eine beschleunigende Wirkung besitzen titan- und eisenhaltige Aerosolpartikel, was ihre ohnehin bekannte katalytische Wirkung anzeigt.

Verschiedene Abbauzeiten

Diese Ergebnisse fanden eine Bestätigung bei mehr als 30 verschiedenen paraffinartigen Kohlenwasserstoffen, die in der Natur vorkommen, aber als schwer zersetzbar galten. Langkettige Verbindungen mit einem hohen Dampfdruck brauchen längere Abbauzeit als solche mit einem niedrigen Dampfdruck. Das bedeutet, daß Verbindungen mit niedrigen Siedepunkten in der Atmosphäre schneller zersetzt werden. Die Forschungsarbeiten in Hannover stehen natürlich erst am Anfang. Aber die jetzt vorgelegten Meßergebnisse zeigen auf, daß in der Smogkammer wichtige Grundlagenerkenntnisse herausgearbeitet werden können.

Die Kammer selbst besteht aus einem drei Meter hohen und ein Meter breiten Glaszylinder. Dieser läßt sich evakuieren und auf einen bestimmten Atmosphärendruck einstellen. Als Lichtquelle dienen sieben Halogendampflampen, die die dreifache Helligkeit der Sonne erreichen können.

Zu diesem Institut gibt es weder in den USA noch in Japan ein Pendant. Nicht vergessen werden darf allerdings, daß die Smogkammer lediglich ein Simulations-Gerät bleibt, das als Ergänzung zu schon bestehenden Forschungsprojekten mit Lasermeßverfahren, Höhensonden oder Spezialflugzeugen anzusehen ist.

Am Strand Kohls Botschaft von der Zuversicht

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Insgesamt fast 50 000 Leute" hätten ihm zugehört, konnte Bundeskanzler Helmut Kohl befriedigt feststellen, nachdem er am Dienstag bis in die Nacht hinein in fünf Ferienorten vor dem Urlaub machenden Wählervolk zusammen mit Frau Hannelore und Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg aufgetreten war. Protest gegen Kanzler- und Ministerworte regte sich inmitten braungebrannten Publikums nur höchst vereinzelt, wobei Kohl die Lacher auf seiner Seite hatte, wenn er den alten Wahlkampfsatz wiederholte: „Die bestreiten alles – nur nicht ihren eigenen Lebensunterhalt."

Politik und Alltagskram

Entgegen jedem Wetterbericht, der für hier Sturm und Regen angesagt hatte, schien die Sonne, während Kohl an der Küste in St. Peter Ording, in Westerland und List, auf Amrum und auf Föhr Hände drückte, Kinderköpfe streichelte und allen Leuten sowohl schönen Urlaub wie politische Einsicht wünschte. Denn er versprach zwar zu Beginn seiner Reden stets, die Leute nicht mit Alltagskram zu belästigen, doch dann folgte immer bei lebhaftem Interesse der Zuhörer eine Momentaufnahme der gegenwärtigen, zu Optimismus Anlaß gebenden politischen Situation und eine kurzgefaßte Erfolgsbilanz der Bundesregierung.

Den größten Beifall gab es immer bei dem Satz: „Dank an den Bundesfinanzminister Stoltenberg, der unsere Finanzen nach der schlimmen Zeit des Schuldenmachens der Vorgänger wieder in Ordnung gebracht hat."

Während der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau bei zunehmendem Streß sich auf eine 14tägige Werbereise durch die Bundesrepublik Deutschland im Ferienglanz eingerichtet hat, will Kohl nach der Visite von Nordfriesland nur noch einen ähnlichen Besuch im Bayerischen Wald machen. Sichtlich aufgeräumt traf er den Wähler genau in der „entspannten Atmosphäre", die er sich zu Gesprächen mit ihm wünscht, wobei das Wetter kräftig half: Es war zu kühl für den Strand, aber niemand brauchte einen Schirm.

Kohls Botschaft, von der „Konzertmuschel" auf Amrums Strandpromenade bis zum überlaufenen abendlichen CDU-„Strandfest" nahe List auf Sylt, war die Mitteilung, daß man „wieder Lebenszuversicht gewonnen" habe. Die Arbeitslosenzahlen nähmen so ab wie die Inflation, das habe man sich „gemeinsam erarbeitet" (immer starker Beifall), zur Erhaltung von Friede und Freiheit brauche man den „eigenen Beitrag unserer Söhne in der Bundeswehr, der größten Friedensinitiative" (Applaus).

Der Protest der „Falken"

Zustimmung fand der Bundeskanzler, auf den unterwegs auch der zur Zeit in Kampen urlaubende Bundestagspräsident Philipp Jenninger stieß, immer in seinen Stellungnahmen zur Asylantenfrage: „Die gegenwärtige Lösung ist nicht haltbar. Das ist kein Mangel an Menschlichkeit, denn die wirklichen Asylanten kommen dabei zu kurz."

Vor der historischen Kirche von Amrum, in der das Lied 128 „Majestätisch Wesen – möcht ich recht dich preisen" angekündigt war, gab es während der Versammlungsreden einigen Protest. Werbewirksam konnte Kohl diese Opposition aber in Wyk auf Föhr in seine Rede einbauen. Dort hatten erwachsene Erzieher eines nahen Zeltlagers der sozialistischen Jugendorganisation „Die Falken" 12- bis 13jährige Jungen und Mädchen, die Eltern ihnen zu mehrwöchigem Aufenthalt übergeben hatten, zu Sprechchören und Fäusteschwingen gegen den Bundeskanzler trainiert. Kohl: „Hier wird der gleiche Haß gelehrt, den man den Kindern bei uns von 1933 bis 1945 einreden wollte." Er wünsche sich sehr, daß diese Bilder vom begleitenden Fernsehen festgehalten würden – was geschah.

Mit dem „Elite-Club-Orchester" und dem Seemannschor der Marineversorgungsschule List wurde es dann am Schluß des langen Tages beim „Strandfest" oberhalb des Sylter Weststrandes noch einmal zünftig. Die ganze Gegend war zugeparkt, die Leute standen die Dünen herauf und herunter.

Ein Rundfunkreporter hielt einer Zuhörerin der Kohl-Rede das Mikrofon hin und fragte, welche Erkenntnisse sie gewonnen habe. Antwort: „Der Mann hat hart gearbeitet, jetzt setzt er sich hin und ißt." Was so geschah.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Blutspender gesucht

Bonn (AP) – Spürbare Engpässe gibt es nach Angaben des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) bei der Versorgung der Patienten mit seltenen Blutgruppen. Das DRK hat daher die Bundesbürger dringend aufgerufen, mehr Blut zu spenden, da während der jetzigen Ferienzeit rund zehn bis fünfzehn Prozent der regelmäßigen Blutspender fehlten. Gesucht würden Blutspender vor allem in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen, Berlin und Baden-Württemberg. Täglich werden in der Bundesrepublik mehr als 10 000 Blutspenden benötigt, um Unfallverletzten und Kranken die lebensrettende Hilfe zu gewähren.

Wochen außer Betrieb

Schweinfurt (dpa) – Nach Angaben der Bayernwerk AG wird das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld (KKG) nach dem jüngsten Störfall voraussichtlich für etwa vier Wochen außer Betrieb bleiben. Der Verlust durch die Abschaltung wird mehrere Millionen Mark betragen. Als Ursache für den Schaden am Generator wurde ein defekter Kupferleiter ausgemacht. Zunächst müsse bei der Reperatur der etwa 200 Tonnen schwere Generatorläufer aus dem dazugehörigen Ständer gezogen werden. Nach dem Einbau eines neuen Kupferleiters und der Wiedermontage des Generatorläufers seien umfangreiche Probeläufe vorgesehen, bevor die Anlage wieder in Betrieb gehe.

Schlechtes Hören

Dortmund (DW.) – „Erschreckend hoch" ist nach einer Repräsentativumfrage im Auftrag des Deutschen Grünen Kreuzes die Zahl der Hörstörungen in der Bundesrepublik. 23 Prozent der Befragten gaben an, Hörprobleme zu haben, davon ein Viertel seit mehr als zehn Jahren. Interessant ist, daß in den Altersgruppen von 15 bis 19 und 30 bis 39 Jahren deutlich mehr Personen ihre Hörminderung auch als störend empfinden.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

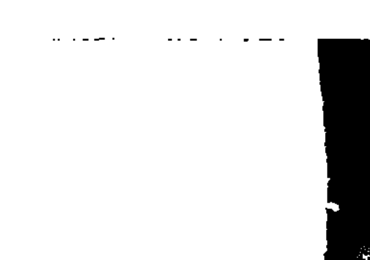
„Bittere Pille für die Qualität" – Vera Zylka berichtet über Probleme beim Umgang mit Nachahmer-Präparaten.

*

Harald Steinert stellt neue Entwicklungen beim Bau von Segment-Brücken vor.

*

„Mustergültiger Alleskönner" – Dieter Thierbach schildert den Einzug von intelligenten Computerprogrammen in die analytische Chemie.





„Katastrophal" – so ist die Einschätzung der Lage auf den internationalen Schiffbau-Märkten durch den Vorstandsvorsitzenden der Bremer Vulkan-Werft, Norbert Henke. Die deutschen Reeder seien nahezu „bestellungsunfähig". Nachdem Henke bei der Hamburger HDW nach umstrittenen Entscheidungen ausgeschieden war, begann er 1982 als Sanierer in Bremen. Als dienstältester Werftmanager geht er im kommenden Jahr in den Ruhestand. (S. 11)
FOTO: HENNING CHRISTOPH

FÜR DEN ANLEGER

Währungen: Neue Konjunkturhoffnung in den USA ließ den Kurs des Dollars in Frankfurt nachbörslich wieder über 2,13 DM ansteigen. Mit dem Verfall des Ölpreises für die britische Sorte Brent auf 9,40 nach 10,70 Dollar sank das Pfund auf einen neuen Tiefstand von 3,1720 (3,1750) DM. Auch der Yen verlor mit 1,3615 (1,3690) DM.

Mini-Max-Kontrakt: Ein neues, kurzfristiges Anlageinstrument, mit dem an ausländischen Geldmärkten unter Eingrenzung des Wechselkursrisikos investiert werden kann, hat die Salomon Brothers Inc. vorgestellt. Darin werden ein Devisenspotgeschäft, eine kurzfristige Geldmarktanlage und ein Zielkorridor für Wechselkursschwankungen kombiniert.

Tokio: Wieder im Aufwärtstrend war gestern die Börse, die am frühen Nachmittag sogar einen historischen Höchststand des Nikkei-Index mit 17 890,29 sah. Er schloß allerdings mit 17 860,07.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 246,14 (241,64); Chemie: 144,60 (142,55); Elektro: 286,33 (282,72); Auto: 658,08 (639,48); Maschinenbau: 137,56 (135,82); Versorgung: 139,86 (137,38); Banken: 374,36 (368,10); Warenhäuser: 141,91 (139,87); Bauwirtschaft: 464,15 (464,97); Konsumgüter: 165,26 (163,85); Versicherung: 1278,02 (1249,69); Stahl: 143,40 (141,55).

Kursgewinner/-verlierer: Wegen technischer Schwierigkeiten bei der Nachrichtenagentur VWD muß die Tabelle voraussichtlich noch eine Woche entfallen.

Nachbörse: Gut erholt.

WELTWIRTSCHAFT

US-Konjunktur: Weit höher als von den Wirtschaftsforschern erwartet stiegen der Auftragseingang im Juni um saisonbereinigt 2,1 Prozent gegenüber dem Mai und die Verbraucherpreise um 0,5 Prozent. Prognostiziert wurden ein Rückgang um 0,3 und ein Plus von 0,2 Prozent.

Japan: Ministerpräsident Nakasone hat einen umfangreichen Nachtragshaushalt zur Ankurbelung der Binnennachfrage angekündigt. Er wiederholte auch sein Wahlversprechen, die Einkommensteuern zu senken.

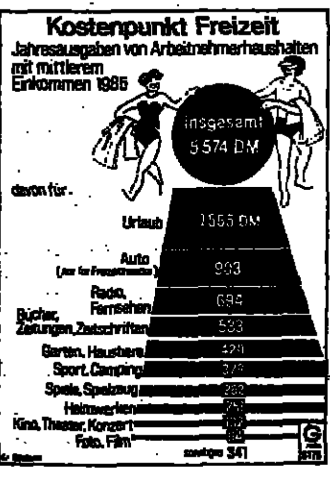
USA: Der Senat hat einem Gesetzentwurf zugestimmt, mit dem die Tätigkeit der Export-Import Bank für weitere zehn Jahre genehmigt wird. Mit einer „Kriegskasse" von 300 Mill. Dollar sollen unfaire Exportsubventionen anderer Länder abgewehrt werden.

Mexiko: Das Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds, das den Weg für insgesamt 3,5 Mrd. Dollar neue Kredite freimacht, wurde gestern unterzeichnet.

EG: Die ersten Beratungen über den Haushalt 1987 endeten nach zweitägigen Verhandlungen ergebnislos. (S. 8)

Schweden: Börsianer sprechen von „Wildwest-Stimmung" mit schnellen Geschäften und großen Gewinnmitnahmen. Dem Finanzminister ist dieses „kapitalistische Glücksrittertum" ein Dorn im Auge. (S. 8)

MÄRKTE & POLITIK



Ausgaben: Jede sechste Einkommens-Mark deutscher Familien wird in den Freizeit-Etat gesteckt, der im letzten Jahr um durchschnittlich gut zwei Prozent anstieg. Den größten Brocken davon nimmt der Urlaub in Anspruch.

Bundesgerichtshof: Banken dürfen Überweisungsbeträge nur auf dem Konto des Empfängers gutschreiben. Die in den Überweisungsvordrucken formularmäßig eingeräumte Befugnis, den Betrag auch einem anderen Konto des Empfängers gutzuschreiben, läßt sich mit den Belangen der Kunden nicht vereinbaren (Az. II ZR 150/85 vom 5. Mai 1986).

Einfuhrpreise: Importwaren waren im Juni um 21 Prozent billiger als vor einem Jahr, stellt das Statistische Bundesamt fest. Die deutschen Exportpreise lagen um 2,5 Prozent unter Vorjahresniveau.

Strom: Die Preise für Sondervertragskunden sind bei den Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) seit Mitte 1985 um durchschnittlich 1,7 Prozent gestiegen. Seit fünf Jahren haben die Stadtwerke Mannheim als einziges EVU die Preise konstant gehalten, stellt der Bundesverband der Energie-Abnehmer fest.

Spirituosen: Der Export stieg im vergangenen Jahr um 11,3 Prozent auf über 17 Mill. Flaschen. Belgien und Luxemburg sind die größten Absatzmärkte.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

C. & A.: Beim schweigsamen Bekleidungs-Handelsriesen wächst der Gewinn stärker als der Umsatz. Als Geschäftsgeheimnis wird weiterhin die Mitarbeiterzahl in den 142 (138) Filialen behandelt. (S. 9)

Reynolds: Die Nummer fünf unter den deutschen Zigarettenherstellern warnt vor einer Erhöhung der Tabaksteuer. „Sie ist für die Branche, das Steueraufkommen und die Arbeitsplätze verhängnisvoll." (S. 9)

Gildemeister: Mit Erleichterung haben Aufsichtsrat und Aktionäre den ersten positiven Geschäftsabschluß seit 12 Jahren auf der Hauptversammlung gewürdigt. Aber auch für 1986 wird die Dividende ausfallen. (S. 11)

Eduscho: Erstmals überstieg der Umsatz bei der Großrösterei die Zwei-Millliarden-Grenze. In den letzten beiden Jahren hat der Kaffee-Umsatz um 40 Prozent zugelegt.

Spediteure: Die deutschen Lastzüge dürfen ab sofort unter bestimmten Sicherheitsauflagen 40 Tonnen statt wie bisher 38 Tonnen auf die Straße bringen. Mit der möglichen Zuladung von weiteren zwei Tonnen sollen Wettbewerbsnachteile in der EG gemildert werden.

Ich habe gelernt, was heute Elite heißt. Das sind immer weniger Menschen, die immer mehr arbeiten müssen, damit immer mehr weniger arbeiten können.
Herbert Köhler, Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie e.V.

Investitionen in der Dritten Welt werden künftig besser geschützt

Bonn beschließt Beteiligung an Multilateraler Garantie-Agentur der Weltbank

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Die Bundesregierung wird sich an der von den westlichen Industrieländern mitgetragenen „Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur" (MIGA) beteiligen und die Gründungskonvention zeichnen. Eine entsprechende gemeinsame Vorlage der Bundesministerien für Wirtschaft und für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist am Mittwoch vom Bundeskabinett gebilligt worden.

Mit der im Oktober 1985 in Seoul beschlossenen Errichtung dieser Agentur will die Weltbank die privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit in Entwicklungsländern fördern. Diese Zielsetzung wird von der Bundesregierung unterstützt, weil Privatinvestitionen ihrer Meinung nach einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere zur Industrialisierung der Entwicklungsländer leisten. Die Agentur wird einmal durch Übernahme von Garantien Investitionen gegen politische Risiken absichern, so insbesondere gegen das Risiko von Enteignungen, Krieg und bewaffneten Konflikten sowie Beschränkungen des Transfers von Kapital und Erträgen. Sie soll ferner die Entwicklungsländer bei ihrer Politik gegenüber Auslandsinvestitionen beraten.

Da eine nachhaltige Verbesserung des Investitionsklimas in erster Linie durch stabile Rahmenbedingungen in den Gastländern erreicht wird, sollte diesem Gedanken bei der weiteren Ausgestaltung der Agentur verstärkt Rechnung getragen werden. Diese Erwartung hat auch die deutsche Wirtschaft ausgedrückt. Durch die Zeichnung erhält die Bundesregierung die Möglichkeit, für klare Rechtsschutzgarantien als Voraussetzung für die Tätigkeit der Agentur einzutreten.

Die MIGA wird als rechtlich und finanziell von der Weltbank unabhängige Institution mit Rechtspersönlichkeit und eigenem Haushalt in Washington errichtet. Ausgestattet werden soll MIGA mit einem Aktienkapital von einer Milliarde Sonderziehungsrechten (SZR) im Gegenwert von 1,082 Milliarden Dollar. Zahlbar in bar sind vorerst nur jeweils zehn Prozent des gezeichneten Kapitals. Die Stimmrechtsstruktur wird entsprechend dem auch für die Weltbank geltenden „Bretton Woods"-Modell ausgestaltet. Entsprechend erhält jeder Mitgliedstaat die gleiche Anzahl von Basisstimmrechten (177) und eine Stimme pro Aktie. Während einer dreijährigen Übergangszeit wird Industrie- und Entwicklungsländern in ihrer Gesamtheit jeweils ein Sockel von 40 Prozent aller Stimmen gewährleistet. Die Konvention wird mit Ratifikation durch fünf Industrie- und 15 Entwicklungsländer, die zusammen ein Drittel des Aktienkapitals repräsentieren, in Kraft treten. Die Weltbank will in Kürze zu einer Vorbereitungskonferenz einladen, auf der die Regelungen für die künftige Geschäftspolitik der Agentur erarbeitet werden.

Die finanzielle Verpflichtung der Bundesrepublik aus der MIGA-Konvention wird einen Barbetrag von umgerechnet etwa 13,5 Millionen Mark und die Hingabe unverzinslicher Schuldscheine über ebenfalls etwa 13,5 Millionen Mark umfassen sowie schließlich eine Gewährleistung im Sinne von Artikel 115 Grundgesetz über etwa 108 Millionen Mark für weitere MIGA-Verpflichtungen im Notfall auf Abruf.

Chiracs Privatisierung jetzt gesichert

Ministerrat hat den Gesetzentwurf verabschiedet – Scharfe Bestimmungen für Ausländer

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Entstaatlichungsaktion der französischen Regierung kann jetzt als gesichert gelten. Nachdem Staatspräsident Mitterrand die Durchführung dieser Aktion auf dem Verordnungswege verhindert hatte, stimmte er dem normalen Gesetzgebungsverfahren zur Privatisierung von 65 staatlichen Unternehmen zu. Der gestern unter seinem Vorsitz vom Ministerrat beschlossene Gesetzentwurf gleicht weitgehend der von Mitterrand vor einer Woche abgelehnten Regierungsverordnung.

Weiter verschärft wurden allerdings die Bestimmungen über die ausländischen Beteiligungen. Grundsätzlich bleibt es zwar dabei, daß diese 15 Prozent des Kapitals der zu privatisierenden Muttergesellschaften nicht überschreiten dürfen. Jedoch darf dieses Limit durch Dekret des Wirtschaftsministers reduziert werden, „wenn dies der Schutz des nationalen Interesses" erfordert. Damit sind die Überfremdungsbedenken Mitterrands berücksichtigt.

Ob ein „nationales Interesse" vorliegt, hat dem Gesetzentwurf zufolge der französische Staatsrat als oberstes Verwaltungsgericht nach Konsultation einer unabhängigen Privatisierungskommission zu entscheiden. An den Tochtergesellschaften können sich dagegen wie bisher Ausländer in beliebiger Höhe beteiligen – es sei denn, es handelt sich dabei um strategisch wichtige Unternehmen. Allerdings hat die Regierung Ergänzungsanträge angekündigt.

Um den Gesetzentwurf schnell zu verabschieden, soll er ohne Diskussion über die Vertrauensfrage zur Abstimmung gebracht werden. Eine Zustimmung des Staatspräsidenten ist dann nicht mehr notwendig. Auch der Verfassungsrat, der schließlich die Regierungsverordnung für unbedenklich erklärt hatte, dürfte keine Einwendungen erheben.

Außerdem hat der Ministerrat die ersten Neubesetzungen der Präsidentenposten bei den 24 größten zu privatisierenden staatlichen Konzernen beschlossen. Während Elf-Aquitaine, Saint-Gobain, Thomson, Bull und CGCT die bisherigen Präsidenten in ihren Ämtern bestätigt wurden, wird bei dem Chemiekonzern Rhône-Poulenc Le Floch Prigeant durch den Giscard d'Estaing nahestehenden Bossard-Chef Fourtou, bei dem Elektrokonzern CGE Pébéreau durch den Vizepräsidenten der CIT-Alcatel-Tochter Suard und bei dem Aluminium-Konzern Péchiney Paché durch Gandois abgelöst.

Von Bedeutung ist auch der Führungswechsel im Bankenbereich. An die Spitze der Finanzgruppe Paribas tritt Chirac-Freund Michel François Poncet (bisher Haberer) und bei Suez der frühere Notenbankgouverneur de la Genière (bisher Peyrelevade). Unter den drei Großbanken bleibt die BNP-Spitze unverändert, während der Crédit Lyonnais von Levêque und die Société Générale von Vienot neu geleitet werden.

Krankenkassen appellieren an Sozialpolitiker

dpa/vwd, **Hamburg**

„Die Finanzierung der Krankenversicherung kann langfristig nur gesichert werden, wenn die ständigen Kostenverlagerungen auf die gesetzliche Krankenversicherung endlich aufhören". Mit diesen Worten appelliert die Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK), Hamburg, in ihrem jetzt veröffentlichten Jahresbericht 1985 nochmals an die Sozialpolitiker. Es gehe darum, auf Dauer eine gute Balance zwischen vertretbaren Einnahmen und Ausgaben zu erreichen. In diese sozialpolitische Landschaft paßten weitere neue Belastungen für die Krankenkassen und ihre Versicherten nicht hinein.

Die Teilerfolge in der Kostendämpfung, die 1985 erreicht wurden, bezeichnet die DAK als ermutigend, aber nicht ganz ausreichend. Noch fehlten die schon lange geforderten Maßnahmen zur Stärkung der verantwortlichen Arbeit der Selbstverwaltung und zur nachhaltigen Stabilisierung der Krankenversicherung. Die Rolle der selbstverwalteten Krankenkassen sei auch deshalb schwerer geworden, weil bei den Leistungserbringern der Verteilungskampf härter geworden sei. Die Versicherten seien daher aufgerufen, durch gesundheitsbewußtes Verhalten Kostenbewußtsein zu beweisen.

AUF EIN WORT



„Leider schränkt eine Reihe von Entwicklungsländern die Tätigkeit internationaler Firmen über Gebühr ein. Sie sehen nicht ein, daß gerade diese Unternehmen das am besten funktionierende Instrument zur Übertragung von Wissen und Erfahrung sind und darüber hinaus eine krisensichere Quelle langfristigen Kapitals."

Prof. Dr. Helmut Sihler, Vorsitzender der Geschäftsführung der Henkel KGaA, Düsseldorf. FOTO: DIE WELT

Industrie für zweites Halbjahr positiv wie bisher

VWD, **Mülheim/Ruhr**

Im Durchschnitt der 13 wichtigsten Industriezweige rechnen die Unternehmen für dieses Jahr mit einem realen Umsatzwachstum von 4,5 Prozent, geringfügig weniger als im April (4,8 Prozent). Ihre Investitionen wollen sie um real 5,8 Prozent (5,9) erhöhen, so wie sie auch im Januar planten. So interpretiert die Mietfinanz GmbH, Mülheim/Ruhr, das Ergebnis ihrer neuen Vierteljahresumfrage bei ihren Kunden, denen sie Investitionsgüter vermietet.

In dem Bericht heißt es, von Branche zu Branche seien die Geschäftserwartungen seit dem Frühjahr ein wenig differenzierter geworden. Auch bei den Investitionsplänen gab es Korrekturen nach oben und unten. Spitzenreiter ist hier die EDV-Industrie (erwartete plus 17 nach 14 Prozent). Etwas langsamer als zuvor eingeschätzt wird laut Umfrage die Investition der Elektroindustrie steigen, aber immerhin um acht Prozent. Feinmechanik/Optik plus zehn, Chemie plus neun, Maschinenbau plus zehn Prozent. Kapazitätsengpässe und Facharbeitermangel sind im Maschinenbau maßgebend. Der jüngste Rückgang des Dollarkurses habe die Unternehmen insgesamt nicht veranlaßt, ihre Export erwartungen überhaupt zurückzuschrauben.

Besser als ihr Ruf

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Mit einem Körnchen Salz ist das dürftige Realwachstum von 1,1 Prozent (Jahresrate) zu versehen, daß das Handelsministerium in Washington für das zweite Quartal 1986 ermittelt hat. Es ist eine erste grobe Schätzung, und die Behörde warnt selbst vor der geringen Zuverlässigkeit der vorläufigen und nicht kompletten Daten. Immerhin sind auch die Angaben für die vorausgegangene Januar-März-Periode dreimal revidiert worden. So wurde das Wertschöpfungsplus zunächst auf 3,2 Prozent und dann auf 3,7 Prozent veranschlagt, um Mitte Juni auf 2,9 Prozent reduziert zu werden. Die endgültige, jetzt veröffentlichte Rate beträgt ansehnliche 3,8 Prozent.

Trotz der schlechten Konjunkturzahlen bleiben die Aussichten der amerikanischen Wirtschaft insgesamt gut, weil die fundamentalen Daten stimmen. Belastend wirkt aber das riesige Haushaltsdefizit.

Die statistische Erfassung volkswirtschaftlicher Größen ist offensichtlich schwieriger in den USA als in der Bundesrepublik, wo derart viele Revisionen rare Erscheinungen sind. Das Problem ist jedoch, daß die mageren 1,1 Prozent die Auseinandersetzungen in Bonn und Tokio über eine stärkere Konjunkturankurbelung zweifellos verschärfen werden. Obwohl weltwirtschaftlich kaum etwas dabei herauskommt und nur die Inflationsgefahren vergrößert werden, hat sich das offizielle Washington in den Kopf gesetzt, daß Deutschland und Japan die Lokomotivenrolle übernehmen müssen. Gestartet worden ist eine regelrechte Pressekampagne.

Es ist deshalb wichtig, die Ursachen des Konjunktureinbruchs in Amerika genauer abzuklopfen und auch die positiven Faktoren auszuloten. Denn US-Handelsminister Malcolm Baldrige, ein sehr nüchterner Analyst, bleibt zum Beispiel bei seiner Prognose, daß die amerikanische Wirtschaft auf dem richtigen Kurs liegt und im zweiten Halbjahr einen kräftigen Sprung nach vorn – vielleicht real vier Prozent – machen wird. Demnach können die 1,1 Prozent leicht in die Irre führen und ein Bonner und Frankfurter Tritt aufs Gaspedal wäre unverantwortlich. Für Baldrige spricht ohnehin, daß er sich von den Partnern nur eine „inflationsfreie Stimulans" wünscht.

Folgt man dem Zahlenwust, der Amerikas Bruttosozialprodukt quantifiziert, dann haben hauptsächlich die Explorations- und Förderverluste der amerikanischen Öl- und Erdgasindustrie als Folge des Ölpreisverfalls, der Abbau der exzessiven Lagerbestände bei den Autohändlern und die weiter steigenden Einfuhren die Konjunktur im zweiten Quartal abgebremst. Diese negativen Einflüsse sind jedoch nicht von Dauer. Schon bald werden die vorteilhaften gesamtwirtschaftlichen Effekte, die von der dramatischen Ölverbilligung ausgehen, zum Tragen kommen.

Das gilt auch für die Lagerhaltung. Abgesehen davon, daß die Unternehmen der hohen Kosten wegen ihre Lager immer knapper kalkulieren, sind in den USA geringe Bestände die Voraussetzung für Mehrproduktion. Mit ihr rechnet Baldrige in Kürze. Im Außenhandel sieht es so aus, daß die realen Nettoexporte von Gütern und Dienstleistungen zwar um 20,4 Mrd. Dollar gesunken sind, verglichen mit plus 6,1 Mrd. Dollar im ersten Quartal. Der Trend zeigt aber in die richtige Richtung. So haben sich die US-Ausfuhren von Januar bis Juni auf Jahresbasis um rund sieben Prozent erhöht. Ohne Öl ist bei den Importen wiederum eine deutliche Abflachung des Zuwachses festzustellen. In der Januar-März-Periode machte er beispielsweise 13,5 und im zweiten Quartal nur noch 9,3 Prozent aus.

Es wird auch deshalb nichts so heiß gegessen wie es gekocht wird, weil die makroökonomischen Weichen eigentlich gestellt sind: Geld ist so billig wie nie zuvor in der Reagan-Ära; gemessen am Deflator sackte die Inflationsrate auf 2,1 Prozent, und der jetzt schneller sinkende Dollarwert kommt zwangsläufig dem Export zugute, während er die Importe erheblich verteuert. Nach Baldrige bleibt der privte Konsum ein erstklassiger Wachstumsmotor, nachdem in den beiden Quartalen das verfügbare Einkommen real um sechs und 7,2 Prozent zugenommen hat, was auch dem Wohnungsbau zugute kommt, der zudem von den nun einstelligen Hypothekenzinsen profitiert. Überdurchschnittlich hoch bleiben überdies die Staatsausgaben.

Ein Unsicherheitsfaktor bleibt das gigantische US-Haushaltsdefizit. Nur wenn es scharf beschnitten wird, verbessert sich auch die amerikanische Außenposition. Laut Baldrige kostet der enorme Passivsaldo in der Handelsbilanz die Vereinigten Staaten zwei Prozent Wertschöpfung; vermutlich wird er aber schon im zweiten Halbjahr unter dem gleichen Zeitraum des Vorjahres liegen. Anders ausgedrückt: Der Schlüssel für die Fortsetzung des Aufschwungs liegt beim Kongreß. Die Investitionsbremse wird bereits gelockert, wenn die Steuerreform verabschiedet ist.

„Nationales Interesse"

J. Sch. (Paris) – Auf 250 bis 300 Mrd. Franc veranschlagt man den Wert der französischen Entstaatlichungsaktion. Auch wenn sich die Aktienemissionen auf fünf Jahre verteilen sollen, ist zu bezweifeln, ob der Pariser Kapitalmarkt solchen Anforderungen gewachsen ist (von der Pariser Börsenmaklerkammer wird seine Aufnahmefähigkeit auf nur 15 bis 30 Mrd. Franc jährlich veranschlagt). Denn ausländische Investoren dürfen sich grundsätzlich nur mit höchstens 15 Prozent am Kapital der zu privatisierenden 65 Gesellschaften beteiligen. Im „nationalen Interesse" kann die Regierung diesen Anteil noch weiter kürzen.

Ob sie das tun wird, hängt aber nicht nur davon ab, wie weit die Franzosen die neuen Aktien zu zeichnen bereit und imstande sind. Die Regierung hat auch zu bedenken, daß sie den Kapitalbedarf der übrigen Wirtschaft durch die Privatisierungen beschneidet. Nicht zuletzt aber könnte sie mit den Restriktionen die Entwicklung der durchweg unterkapitalisierten Konzerne behindern. Auch um ihren technologischen Fortschritt voranzutreiben, sind sie auf ausländische Beteiligungen angewiesen.

So dürfte das letzte Wort hinsichtlich der Begrenzung der Ausländerbeteiligungen – die überdies gegen die Bestimmungen des EG-Vertrags verstößt – noch nicht gesprochen sein. Europäische Unternehmenszusammenschlüsse will die Regierung, wie Premierminister Chirac bereits angekündigt hat, ohnehin nicht behindern. Und schließlich besteht die Möglichkeit, die von den Beschränkungen nicht betroffenen Tochtergesellschaften stärker dem Auslandskapital zu öffnen, ohne daß die „nationale Unabhängigkeit" der Mütter in Frage gestellt würde.

Oscar Schneider entrümpelt Baurecht

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Nach mehreren erfolgreichen Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Wohn-, Bau- und Städtebaurechts will Bundesbauminister Oscar Schneider in der kommenden Legislaturperiode das Baunebenrecht entrümpeln. Dabei soll auch der Dschungel von über tausend DIN-Normen gerodet werden. Das kündigte Schneider in der gestrigen Kabinettsitzung bei Vorlage seines Berichts über die bisher umgesetzten Maßnahmen zum Abbau der Bürokratie im Baubereich an, den die Ministerrunde zustimmend zur Kenntnis nahm. Danach hat Schneiders Ministerium bisher insgesamt 90 Gesetze und Verordnungen ermittelt, die dringend einer Anpassung an das allgemeine Baurecht bedürften und für die 280 Vereinfachungsvorschläge erarbeitet worden sind. Das sogenannte Baunebenrecht ist in zahlreichen Gesetzen und Verordnungen (so in Umwelt- und Hygienegesetzen oder im Arbeitsstättenrecht) verankert und enthält wesentlich detailliertere Bauauflagen als das allgemeine Baurecht. Oft steht das Baunebenrecht zu diesem sogar im Widerspruch.

Zu seiner Berichterstattung war Schneider im Februar 1984 vom Kabinett beauftragt worden. Bereits abgehakt werden konnte die Vereinfachungsnovelle zum Städtebauförderungsgesetz, die zum 1. Januar 1985 in Kraft trat und mit der eine beschleunigte Umsetzung der um das Dreifache erhöhten Städtebauförderungsmittel (auf jährlich jeweils eine Milliarde Mark) in die Wege geleitet werden sollte. Diese Novelle gilt als Vorgriff auf das noch wichtigere Baugesetzbuch, mit dem das Bundesbaugesetz und das Städtebauförderungsgesetz zusammengefaßt und vereinfacht werden sollen und das im Oktober zur zweiten und dritten Lesung im Bundestag und im November zur neuerlichen Behandlung im Bundesrat ansteht.

Mitte 1985 trat das Wohnrechtsvereinfachungsgesetz in Kraft. Mit ihm konnten auf einen Schlag 500 000 Akten geschlossen werden, weil viele bauliche Anforderungen im sozialen Wohnungsbau und die Überprüfung von Eigenheimern (noch acht Jahre nach Rückzahlung der öffentlichen Mittel) gestrichen wurden. Auch die 240 Baunormen konnten bereits 1985 um die Hälfte reduziert werden. Schließlich werden einige Millionen Eigenheimer und die für sie zuständigen Finanzverwaltungen durch den zum 1. Januar 1987 anstehenden Wegfall der Nutzungswertbesteuerung entlastet.

DIW: Mehr Anstrengungen gegen Arbeitslosigkeit nötig

Perspektiven für eine Besserung sind schlechter geworden

dpa/VWD, **Berlin**

Mehr Maßnahmen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) angemahnt. Es verweist im jüngsten Wochenbericht darauf, daß die verhaltene Wirtschaftsentwicklung im Winterhalbjahr eine Revision der Prognose des realen Bruttosozialprodukts auf zweieinhalb Prozent für 1986 notwendig werden ließ. Das habe erneut die Beschäftigungsperspektiven gedrückt, wenn auch ein Beschäftigungsanstieg von 70 000 Personen pro Quartal für sich genommen als deutliche Entlastung angesehen werden könne. Dadurch dürfe aber nicht der Blick für die Dimension der noch zu leistenden Aufgabe getrübt werden.

Die Erfahrungen im vergangenen Jahr hätten gezeigt, daß ein erhebliches Potential aus der stillen Reserve am Arbeitsmarkt bereit stehe, um die Beschäftigungsmöglichkeiten zu nutzen. Insofern sei schon seit einigen Jahren in den Zahlen der Arbeitslosenstatistik das tatsächliche Ausmaß des Arbeitsmarktungleichgewichts nicht angemessen zum Ausdruck gekommen. Sich jetzt auf eine ferne Zukunft zu verlassen, in der günstige demoskopische Entwicklungen wie zum Beispiel der Geburtenrückgang die Arbeitsmarktsituation entschärfen könnten, hieße die Augen vor den Risiken verschließen, die jedem konjunkturellen Aufschwung eigen seien.

Liberalisierungen in Schweden

Auslandsaktienkäufe künftig nicht mehr eingeschränkt

dpa/VWD, **Stockholm**

Die schwedischen Unternehmen haben zu viel Geld. Exorbitante Gewinne nach dem Exportboom im Kielwasser der beiden Abwertungen von 1981 und 1982 haben ihre Liquidität anschwellen lassen. Bei scharfen Kapitalausfuhrbestimmungen hat diese Geldschwemme zu einer Fülle spekulativer Geschäfte an der Stockholmer Aktienbörse geführt.

Börsianer sprechen von einer „Wild-West-Stimmung" mit schnellen Geschäften und großen Gewinnmitnahmen mit der möglichen Folge tiefer Depression. Kjell Olof-Feldt, Schwedens sozialdemokratischem Finanzminister, ist dieses „kapitalistische" Glücksrittertum an der Börse ein Dorn im Auge. Mit einer Verdoppelung der Aktien-Umsatzsteuer versuchte Feldt schon vor mehreren Monaten weitgehend erfolglos das zu bekämpfen, was er selbst als „Champagner-Stimmung" bezeichnete. Einen neuen Anlauf will das sozialdemokratische Minderheitskabinett jetzt unternehmen, indem es den heimischen Unternehmen erlaubt, ihre Auslandsinvestitionen mit Geldern aus Schweden zu finanzieren und die Kapitalausfuhr generell zu liberalisieren.

In Schweden gilt bis jetzt ein bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verfügtes Devisenkontrollsystem. Seine Regeln schreiben unter anderem vor, daß Unternehmen ihre Investitionen im Ausland zu 70 Prozent mit Krediten finanzieren müssen, die außerhalb Schwedens aufzunehmen sind. Erst nach einer Frist von fünf Jahren dürfen sie ihre ausländischen Töchter in vollem Umfang mit Eigenmitteln oder schwedischen Krediten versehen.

Feldt deutete an, daß es künftig schwedischen Gesellschaften und Anlegern erlaubt sein soll, unbeschränkt ausländische Aktien zu erwerben. Nach Schätzungen von Experten würde eine Abschaffung der Beschränkungen einen jährlichen Devisenabfluß von 3 bis 5 Mrd. Kronen (eine bis 1,5 Mrd. DM) zur Folge haben.

Der erwartungsgemäß eingetretene Jubel in Schwedens Industrie- und Finanzwelt wird scharf kontrastiert von einem kompromißlosen „Nein" der Gewerkschaften zu den angestrebten Liberalisierungen. Die sozialdemokratischen Arbeitnehmerorganisationen fürchten eine Abnahme der Investitionslust der Unternehmen in den heimatlichen Gefilden.

Darüber frustrierte Topmanager und Finanziers können sich mit einem privaten Bonbon aus den Plänen des schwedischen Finanzministers trösten. Feldt kündigte an, daß die Schweden künftig unbegrenzt Ferienhäuser im Ausland kaufen dürfen. Bisher gilt für derartige Käufe eine Obergrenze von 250 000 Kronen (83 000 DM).

Italien setzt auf neuen Umweltminister

Gewässerverschmutzung führt die Problem-Liste an – 50 Millionen Tonnen Abfall pro Jahr

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Nur wenige Urlauber können in Italien das Meer genießen. Denn an ganzen Küstenstrichen ist das Baden verboten, wegen starker Verschmutzung. Um hier und in anderen Bereichen Abhilfe zu schaffen, wurde jetzt nach monatelangen Vorbereitungen das Umweltschutzministerium ins Leben gerufen.

An Problemen und Arbeit wird es dem neu geschaffenen Ministerium gewiß nicht fehlen. Wie der Ressortinhaber, der ehemalige Generalsekretär der Liberalen, Valerio Zanone, vor der Presse erklärte, fallen pro Jahr in Italien 50 Millionen Tonnen Abfälle an; davon 15 seitens der Haushalte und Kommunen und 35 Millionen seitens der Industrie. Nur ein Bruchteil davon wird in den amtlich genehmigten Müllabladeplätzen deponiert. Der größte Teil wandert in die 4000 bisher ausgemachten illegalen Deponien. Ebenso im argen liegt die Müll- und Abwasseraufbereitung und -klärung. Bisher gibt es in ganz Italien nur 94 öffentliche Verbrennungsanlagen. Davon verfügt mehr als die Hälfte nicht über die gesetzlich vorgeschriebene Kapazität von 100 Tonnen pro Tag. Großstädte wie Mailand, Palermo, Florenz und Catania – um nur einige zu nennen – haben bis zur Stunde noch keine Kläranlagen. Im Mailänder Grundwasser, aus dem sich die Millionenstadt mit Wasser versorgt, wurden zu allem Überfluß kürzlich erst unzulässige Werte unter anderem von Chrom und Trichlorethylen festgestellt.

Nicht viel besser ist es um die Industrieabwässer bestellt. Obwohl das einschlägige Gesetz bereits vor zehn Jahren in Kraft trat, werden von allen Industrieabwässern derzeit erst 20 Prozent geklärt. Selbst in der Gerberei-Industrie, auf die das Gesetz speziell zugeschnitten wurde, haben die ständigen Ausnahmebewilligungen dazu geführt, daß nur ein Teil der Betriebe die vorgeschriebenen Kläranlagen errichtete.

Trotz der in den letzten Jahren verschärften Gesetzesbestimmungen hat die Luftverschmutzung ständig zu-, aber nicht abgenommen. Kürzlich haben Untersuchungen unter anderem ergeben, daß der stark industrialisierte Raum Mailand im Jahresdurchschnitt noch schlechtere Luftmeßwerte aufweist als der notorisch umweltbelastete Raum von Los Angeles. Dabei tappen die italienischen Umweltschützer meist auch noch im dunkeln – zumindest was die Statistik anbelangt. Gegenwärtig gibt es in Italien erst 357 Stationen, die die Schwefelwerte in der Luft messen, gegenüber 5000 in Frankreich und 2000 in England. Diese Menge ist um so fühlbarer, als jetzt auch die italienischen Wälder vom sauren Regen betroffen sind. Den Erhebungen zufolge sind sechs Prozent der Waldbestände bereits schwer geschädigt.

Das neue Ministerium hat die Aufgabe, die Umweltschutzmaßnahmen der zuständigen Regionalverwaltungen zu koordinieren. Geld aus dem Staatshaushalt wurde ihm dagegen nicht zur Verfügung gestellt. Das heißt, daß eine wesentliche Beschleunigung im Bau von Umweltschutzanlagen nicht zu erwarten ist, solange der Staatshaushalt nicht saniert wird. Allein für die ordnungsgemäße Müllbeseitigung wäre eine Investition in Höhe von 6000 bis 8000 Mrd. Lire notwendig.

EG-Budget '87 noch umstritten

Die Finanzminister haben sich auf September vertagt

DW. **Brüssel**

„Die Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft haben sich nach zweitägigen harten Verhandlungen nicht auf einen EG-Haushalt für 1987 einigen können. Wie erwartet scheiterte ein Beschluß der Ministerrunde Dienstag abend in Brüssel an noch unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen den Interessen der nördlichen und der südlichen EG-Länder. Die erste Lesung des Budgetentwurfs soll nun nach der Sommerpause – am 8. und 9. September – wieder neu aufgenommen werden.

Den Ministern lag ein Haushaltsvorentwurf der EG-Kommission mit einem Gesamtvolumen von 78,9 Mrd. DM vor. Damit wären die Eigenmittel bereits bis auf einen geringen Betrag ausgeschöpft. Vor allem die nördlichen EG-Staaten drängen daher darauf, durch Kürzungen den Spielraum zu vergrößern, um gegen mögliche Risiken ein ausreichendes Reservepolster zu haben.

Allerdings wollen sie den Rotstift bei den Mitteln für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einzelner Regionen (außerhalb des Agrarsektors) ansetzen. Da die südlichen EG-Länder von diesen Zuwendungen am meisten profitieren, haben sie sich diesen Vorschlägen freilich widersetzt. Zuletzt entschieden sich Spanien, Griechenland, Italien und mit Einschränkungen auch Irland gegen Kompromißvorschläge.

Zum ersten Mal seit dem Beitritt Spaniens und Portugals Anfang des Jahres zeichnete sich mit aller Deutlichkeit ein Bruch in der Gemeinschaft zwischen den Interessen der nördlichen und den ärmeren südlichen Ländern aus dem Mittelmeerraum ab. In dieser Auseinandersetzung haben die Bundesrepublik und Frankreich, die von den Niederlanden, Dänemark, Belgien und Großbritannien unterstützt werden, den Vorteil, daß sie sich auf die Haushaltsdisziplin berufen können; der hatten alle Mitglieder zugestimmt.

Danach ist höchstens eine Steigerung von rund acht Prozent erlaubt. Die vorgesehene Ausweitung der Regionalfonds läge aber weit darüber. Weitgehendes Einvernehmen herrschte darüber, die Agrarausgaben um 3,8 Prozent steigen zu lassen.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Kurzarbeit vereinbart

Essen/Duisburg (dpa/VWD) – Nach Angaben der Mannesmann-Röhrenwerke AG, Düsseldorf, wurde wegen des geringeren Vormaterialbedarfs der Röhrenwerke für die Zeit vom 23. Juli bis 2. September in den Hüttenwerken Duisburg Kurzarbeit vereinbart. Von den insgesamt 5500 Beschäftigten würden voraussichtlich 3500 betroffen, für die durchschnittlich jeweils acht Schichten ausfallen sollen. Der Vorstand der Ruhrkohle AG hat beschlossen, im September und Oktober jeweils drei Schichten ausfallen zu lassen, das die Lagerbestände im ersten Halbjahr 1986 wegen der Absatzprobleme trotz bereits gedrosselter Förderung auf 13 Mill. Tonnen angewachsen seien.

Hag GF mit Gewinn

Bremen (dpa/VWD) – Der Kaffeegroßrösterei Hag GF AG, Bremen, hat das Geschäftsjahr 1985 offenbar mit einem stolzen Gewinn abgeschlossen. Wie aus der Einladung zur Hauptversammlung am 30. August hervorgeht, wird ein Bilanzgewinn von 15,7 Mill. DM ausgewiesen. Er wird den offenen Rücklagen zugewiesen. Da aber aus dem Geschäftsjahr 1984 noch ein Bilanzverlust von 32 Mill. DM in den Büchern stand, und dieser zunächst abgetragen werden mußte, dürfte der Jahresüberschuß 1985 zumindest 48 Mill. DM betragen haben. Hag GF gehört seit 1985 mit General Foods (GF) zum US-Nahrungs- und Genußmittelkonzern Philip Morris Inc. (New York).

Zwangsabgaben geplant

Rio de Janeiro (dpa/VWD) – Mit Zwangsabgaben auf Treibstoff, Neu- und Gebrauchtwagen sowie Tickets für internationale Flüge und Touristendollars will Brasiliens Regierung die im Übermaß vorhandene Kaufkraft in dem größten lateinamerikanischen Land abschöpfen. Wie die brasilianischen Medien berichteten, sollen die Abgaben in einen nationalen Fonds fließen, aus dem Investitionen finanziert werden sollen. Wie es hieß, sollen die Abgaben nach drei Jahren verzinst wieder zurückgezahlt werden.

Defizit verringert

Rom (dpa/VWD) – Das Minus der italienischen Zahlungsbilanz hat sich in den letzten sechs Monaten im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum erheblich verringert. Das hat die italienische Staatsbank bekanntgegeben. Das Minus der Zahlungsbilanz der ersten sechs Monate des Jahres 1986 betrug 2287 Mrd. Lire (etwa drei Mrd. DM). In den ersten sechs Monaten des Vorjahres betrug das Minus noch 5743 Mrd. Lire (etwa neun Mrd. DM).

Gegen Öko-Bank

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Pläne einer „Öko-Bank" sind beim Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) auf entschiedene Ablehnung gestoßen. Das deutete ein Sprecher der in Bonn ansässigen Dachorganisation auf Anfrage an. Wohl gebe es einige „gut meinende Absichten", betonte er. Das Projekt einer Bank zur Finanzierung der Alternativwirtschaft sehe er aber „wegen banktechnischer Probleme als nicht realisierbar" an.

Union Carbide verkauft

New York (dpa/VWD) – Nach dem Verkauf der gewinnbringenden Sparten Batterien, Autozubehör und Haushaltswaren hat der US-Mischkonzern Union Carbide Corp (UC, Danbury) jetzt auch seinen Industriezweig Agrarchemie zum Verkauf ausgeschrieben. Einen Preis nannte UC nicht. Der Erlös soll zum Abtragen der Schulden dienen, die Union Carbide aufnehmen mußte, um die Folgekosten des Giftgasunglücks in seinem indischen Werk Bhopal aufzufangen.

Japan hält an Kernkraft fest

Trotz niedriger Ölpreise Abkehr vom schwarzen Gold

FRED de LA TROBE, **Tokio**

Japans Energiepolitik ist in erster Linie auf die Förderung der Kernenergie und den Abbau des Öleinsatzes ausgerichtet. Daran haben weder das Reaktorunglück in Tschernobyl noch die Talfahrt der Ölpreise etwas geändert. Zusätzlich bemüht sich Tokio um die Erforschung alternativer Energiequellen.

Gegenwärtig ist in Japan Strom aus Öl wieder billiger als die Elektrizität aus den Kernkraftwerken. Während eine Kilowattstunde (kWh) aus einem mit Öl betriebenen Thermalwerk etwa 8 Yen kostet, kommt eine kWh aus einem Atomkraftwerk auf 10 Yen. Auch die Aufwertung der japanischen Währung gegenüber dem Dollar hat die Ölimporte nahezu um die Hälfte verbilligt. Dennoch erklärte ein Sprecher des Industrieministeriums (MITI) kürzlich: „Wir müssen in Zeiträumen von 50 Jahren planen. Niemand zweifelt, daß bis dahin der Ölmarkt wieder enger sein wird."

Japans Erlebnisse mit Hiroshima und Nagasaki haben nicht verhindert, daß Nippon heute zu den Staaten zählt, die die meiste Atomenergie produzieren. Gegenwärtig sind 32 kommerzielle Kernkraftwerke mit einer installierten Leistung von 24 521 Megawatt (MW) am Netz. Damit steht Japan hinter den USA, Frankreich und der Sowjetunion an vierter Stelle. Weitere 16 Werke sind geplant oder schon im Bau. Bis 1993 sollen 52 fertiggestellt sein.

Die meisten japanischen Reaktoren sind Druckwasser- und Siedewasserreaktoren, die mit amerikanischen Lizenzen gebaut wurden. Beide Arten benutzen Leichtwasser als Reaktionsbremse und für die Kühlung; angereichertes Uran als Brennstoff. Im vergangenen Jahr waren die Kapazitäten zu 74,2 Prozent ausgelastet.

Kein eigenes Uran

Den Brennstoff Uran muß Japan zu fast 100 Prozent einführen. Um unabhängiger von Importen zu werden, haben die großen Elektrizitätsgesellschaften beschlossen, bis 1990 gemeinsam eine Wiederaufbereitungsanlage zu bauen. Dazu war bisher die Genehmigung der Vereinigten Staaten erforderlich. Die Amerikaner haben sich aber bereit erklärt, in Kürze einen neuen Vertrag abzuschliessen, der den Japanern bei diesen Fragen Entscheidungsfreiheit läßt.

Die Japaner beschleunigen den Bau ihres ersten schnellen Brüters. Ferner haben sie als erste Nation damit begonnen, Uran aus dem Meeresboden zu gewinnen. Die bisher noch geringe Ausbringung soll den Planungen zufolge bis zum Ende des Jahrhunderts auf etwa 1000 Tonnen kommen.

Die japanischen Kernkraftwerke kommen gegenwärtig für rund ein Viertel der Stromversorgung auf, und dieser Anteil soll bis zum Jahr 2000 auf 40 Prozent erhöht werden. Die Anteile der anderen Energieträger sind bei Öl 28 Prozent, bei Naturgas 26 Prozent, bei Wasserkraft 14 Prozent und bei Kohle 6 Prozent.

Bauern erhalten Abfindung

Wie in den meisten anderen Ländern ist es auch in Japan nicht einfach, geeignete Standorte für die Kernkraftwerke zu finden. Bauern und Fischer in den ausersehenen Gebieten erhalten in der Regel sehr hohe Abfindungen für die Duldung der Anlagen. Natürlich protestieren einige gegen Kernenergie; doch der Protest ist sehr viel schwächer als in der Bundesrepublik. Die letzte große Kundgebung von etwa tausend Demonstranten fand im vergangenen Jahr gegen den geplanten Bau eines Reaktors auf der Insel Shikoku statt.

Öl hat zwar noch den höchsten Anteil an der japanischen Energieversorgung, seit den Krisen in den siebziger Jahren ist seine Bedeutung aber ständig zurückgegangen. Da Japan keine nennenswerte eigene Förderung hat, ist es für seinen Bedarf fast ganz von Einfuhren abhängig. Nahezu zwei Drittel der Bezüge kommen aus dem Mittleren Osten. Das Inselreich ist auch der größte Importeur von Naturgas der Welt. Wichtigste Lieferanten sind Saudi-Arabien, Indonesien, Malaysia, die Sowjetunion und Kanada.

Der japanische Kohlebergbau ist seit Jahrzehnten vom Staat unterstützt worden. Da die verbleibenden Vorkommen aber sehr tief unter der Erde liegen, ist er gegenüber Importen aus dem Ausland kaum konkurrenzfähig. Die Energiepolitik Tokios ist neuerdings darauf ausgerichtet, die einheimische Produktion zu vermindern und möglichst viele Minen zu schliessen. Im Ausland sind die Japaner dagegen an mehreren Kohlebergwerken beteiligt. Durch eine hohe Förderung versuchen sie, die Weltmarktpreise für Kohle möglichst niedrig zu halten. Unter alternativen Energieträgern spielen in Japan vor allem die Erdwärme und die Sonnenenergie eine Rolle. (SAD)

In loser Folge berichtet DIE WELT über die Energiepolitik anderer Länder.

Fortschritte in der Feinchemie

ds. **Mailand**

In der italienischen Chemieindustrie haben Feinchemie und Chemiespezialitäten im vergangenen Jahr 56,5 Prozent des Umsatzes erreicht gegenüber erst 46 Prozent vor zehn Jahren. Dieses Resultat ist vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen zu verdanken, während die beiden Branchengrößten, der private Montedisonkonzern und die Tochter des staatlichen Energiekonzerns ENI, Enichem, mit ihren Feinchemiequoten trotz den in den letzten Jahren erzielten Fortschritten noch weit unter dem Durchschnitt und den vergleichbaren Anteilen der Auslandskonkurrenz liegen.

1985 erhöhte sich die italienische Chemieausfuhr um 15,8 Prozent auf 12 602 Mrd. Lire, der eine um 18 Prozent auf 17 808 Mrd. Lire gestiegene Einfuhr gegenüberstand. Infolge dieser Entwicklung dehnte sich der Fehlbetrag im Warenverkehr mit dem Ausland um 23,5 Prozent auf 5206 Mrd. Lire aus.

In der Fein- und Pharmachemie wird der italienische Markt durch die Erzeugnisse ausländischer Multis beherrscht, die entweder importiert oder von Zweigbetrieben in Italien selbst hergestellt werden. Besonders hoch ist dieser Anteil bei Arzneimittel-Spezialitäten, Waschmitteln und Fotomaterial: durchschnittlich über 60 Prozent.

Der Umsatz der italienischen Chemie stieg 1985 um 12,5 auf 46 750 Mrd. Lire, der Binnenverbrauch um 13,5 Prozent. Real betrug die Umsatzsteigerung rund 3 Prozent; doppelt so viel wie in der gesamten italienischen Industrie. Das heißt, daß nach einer Unterbrechung von elf Jahren die Chemie erstmals wieder ein stärkeres Wachstum zeigte.

Werftenförderung soll nicht auslaufen

AP, **Brüssel**

Die EG-Kommission will nach eigenen Angaben eine weitere Förderung der angeschlagenen Werftindustrie der Gemeinschaft über das Jahr 1986 hinaus ermöglichen. Wie ein Sprecher der Kommission erklärte, hat die anhaltende Krise in der europäischen Schiffbauindustrie die Kommission gezwungen, ihre bisherige Politik zu überdenken und zu verbessern. Das Ergebnis dieser Überlegungen werde im Herbst dieses Jahres veröffentlicht werden.

Den Regierungen der Mitgliedsländer solle auch nach Ablauf dieses Jahres erlaubt werden, Subventionen und Finanzspritzen für die Umstrukturierung von Betrieben zu gewähren. So solle Werftbetrieben eine Umrüstung auf den profitableren Bau von Spezialfahrzeugen oder ein Abbau von Überkapazitäten ermöglicht werden. Die Kommission plädiert für den Verzicht auf den Bau von Großtankern und Schüttgutfrachtern, die nach ihren Angaben von den vor allem in Japan und Korea angesiedelten asiatischen Werften zu erheblich niedrigeren Preisen angeboten werden.

Das neue Programm sei auf fünf Jahre ausgelegt. Für Portugal und Spanien, die der EG erst Anfang des Jahres beigetreten sind, sollten Übergangsregelungen gefunden werden.

Offiziellen Zahlen zufolge betrug der Anteil der EG-Werftindustrie ohne Spanien und Portugal an der Weltproduktion 1985 rund 14 Prozent, ein Rückgang von etwa 60 Prozent gegenüber 1976. Stärkster Konkurrent der europäischen Werften ist Südkorea, dessen Schiffbaubetriebe 50 Prozent billiger kalkulieren können, als die wettbewerbstärksten EG-Betriebe.

Manager finden Jobs durch „Forty Plus"

Anfangsgehälter bis zu 105 000 Dollar - Das Durchschnittsalter liegt bei 52 Jahren

dpa, **New York**

Im Gegensatz zu den luxuriösen Büros der Wall Street macht das Quartier des New Yorker „Forty Plus"-Clubs, nur ein paar Blocks entfernt, einen bescheidenen Eindruck. Jeden Montag um zwölf Uhr mittags ruft der Präsident der Organisation seine Mitglieder, allesamt arbeitslose Exekutivkräfte, Manager und Geschäftsleute, zum Gruppentreffen. Das sonst als Arbeitsraum dienende größte Zimmer des Clubs wird zum Konferenzraum.

Nach einer kurzen informellen Eröffnung, in der Martin Laska, der Präsident, routinemäßig letzte Neuigkeiten und kommende Veranstaltungen bespricht, verkündet er wie so oft, daß wieder ein Mitglied einen hochdotierten Managerposten bei einer renommierten New Yorker Firma angetreten hat. Er läutet eine kleine Glokke, die Mitglieder applaudieren.

Als nächstes werden an diesem Tag vier neue Mitglieder vorgestellt; jeder beschreibt kurz die Umstände, die zur Entlassung geführt haben: die ungünstige wirtschaftspolitische Situation, Neuorganisation des Managements in der Firma, allgemeine Entlassungen. Alle vier erklären, daß sie zu „Forty Plus" gekommen sind, um Anregungen für die Jobsuche und Unterstützung von Gleichgesinnten und Leidensgenossen zu finden.

Es wird entschieden, welche Posten die Neuen besetzen werden. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich zweieinhalb Tage pro Woche unentgeltlich dem Club zu widmen. Am Ende heißt Lasky noch einmal alle willkommen; seine Begrüßungsworte sind ohne Frage ungewöhnlich: „Hoffen wir, daß Ihr Aufenthalt bei uns so kurz wie möglich sein wird."

Der „Forty Plus"-Club, der als Selbsthilfeorganisation ausschließlich von gegenwärtigen und ehemaligen Mitgliedern finanziert wird, besteht seit 1939 und unterstützt arbeitslose Manager und Führungskräfte über vierzig, Männer sowohl als Frauen, bei der Jobsuche. Die jeweils 65 bis 80 Mitglieder bleiben meist drei bis sieben Monate bei „Forty Plus". Letztes Jahr fanden 64 Mitglieder neue Anstellungen, ihr Durchschnittsalter war 52 Jahre und ihr durchschnittliches Anfangsgehalt betrug 45 000 Dollar (das geringste war 25 000 und das höchste 105 000 Dollar).

Die Organisation geht davon aus, daß seine Mitglieder ganz spezifische Probleme bei der Jobsuche haben, vor allem durch einen Überfluß an Erfahrung und Qualifikation. „Manche sind direkt vom College von ihrer Firma angeworben worden und verlieren nach 25 Jahren auf einmal ihren Arbeitsplatz. Sie wissen absolut nicht, wie man sich bei einer Firma bewirbt", erklärt ein „Forty Plus"-Mitglied. „Zum Glück ist das Stigma heute nicht mehr so groß wie früher, über 40 und arbeitslos zu sein. Früher hätten die Leute einen für einen Alkoholiker oder sonst was gehalten. Heute gehört Jobwechsel, auch bei älteren Geschäftsleuten, zum Alltag."

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.), Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Ende der Expansion noch nicht abzusehen

C. & A. Brenninkmeyer: Gewinn 1985 wuchs stärker als der Umsatz – Gutes erstes Halbjahr

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Im Gleichschritt mit dem gesamten Bekleidungshandel hat auch der Marktführer, die C. & A. Brenninkmeyer KG, Düsseldorf, 1985 von dem seit Herbst verbesserten Konsumklima profitiert. Der Trend setzte sich im ersten Halbjahr dieses Jahres fort. Entsprechend wird mit dem gleichen Umsatzwachstum wie 1985 gerechnet. C. & A. sieht angesichts dieser Aussichten keinen Anlaß, von der Preis-/Qualitätspolitik abzuweichen. Wenn die Zeiten danach sind, wächst man auch so.

Auch die Standortpolitik des Textilriesen dürfte sich auf lange Sicht kaum ändern. Zu groß seien noch die weißen Flecken mit interessantem Kundenpotential in deutschen Mittelstädten (um 40 000 Einwohner) – mit dem angrenzenden Einzugsgebiet. Die bisherige Standortpolitik habe sich als „gut und richtig" erwiesen. Nach neuen (wie stets angemieteten) Häusern in Marburg, Soest, Friedrichshafen, Fürth und Hamburg-Harburg (1985) sind im laufenden Jahr zwei Häuser in Elmshorn und Kaufbeuren eröffnet worden. Im Herbst folgen noch Reutlingen und Coburg. Danach wird der Großfilialist über 142 Häuser verfügen.

Nach der Stagnation des Jahres 1984 legte C. & A. 1985 beim Umsatz fünf (0,6) Prozent auf 5,88 Mrd. DM (ohne MWst.) zu. Trotz nicht genannter Flächenerweiterung und „schwierig darzustellender" Preisbereinigung dürfte das reale Plus kaum unter vier Prozent gelegen haben. Dies wäre wie auch die Nettoumsatzrendite von 1,3 (1,2) Prozent in der Branche eine überaus beneidenswerte Ziffer. Übrigens ist der Jahresüberschuß, von dem etwa 60 Prozent an Gesellschafter-Steuerbelastung abzurechnen sind, im Berichtsjahr von 165 auf 192 Mill. DM gestiegen, weitaus stärker also als der Umsatz.

Der um 7,5 Prozent auf rund 2,04 Mrd. DM gestiegene Rohertrag ist auch auf den schwächeren US-Dollar zurückzuführen, der die Wareneinkäufe beeinflußt. Die um 9,2 (3,8) Prozent auf 737 Mill. DM gestiegenen Personalaufwendungen gehen nicht nur auf Gehaltserhöhungen, sondern auch auf Personal für die neuen Häuser (die Gesamt-Mitarbeiterzahl hütet man weiter als Firmengeheimnis) und die hohen Aufwendungen für die Altersversorgung (51 nach 32 Mill. DM) zurück.

Mit 292 (353) Mill. DM an flüssigen Mitteln besitzt C. & A. weiter gute Geldpolster. Sie übersteigen die 1985 wieder gestiegenen Investitionen von 97 (86) Mill. DM, denen Abschreibungen von 93 (95) Mill. DM gegenüberstanden. Die gesamten Vorräte nahmen um 14 Prozent auf 514 Mill. DM ab, eher stichtagsbedingt denn als Folge einer bestimmten Geschäftspolitik. Das Eigenkapital macht mit 335 (342) Mill. DM 25,4 (24) Prozent der Bilanzsumme aus. Sie überdecken auch das Anlagevermögen mit 127 (129) Prozent.

VA: Schieflage im Optionshandel

JB. **Hamburg**

Die VA Vermögensverwaltungsgesellschaft, Gronau, die von Hamburg aus verwaltet wird, ist in eine schwierige Lage geraten und sucht nach einem neuen potenten Aktionär, der zusätzliches Kapital einbringen soll. Die Schieflage ist, wie der VA-Vorstandsvorsitzende Bernd Günther bestätigt, durch Fehleinschätzungen im Optionshandel mit Aktien eingetreten. Zur Abdeckung der Verluste mußte sowohl der Jahresertrag von 1985 (eine Dividende entfällt), als auch der hohe Gewinn des ersten Quartals (mehr als 20 Mill. DM) verwendet werden.

Zudem hat die VA Vermögensverwaltungsgesellschaft, die lediglich mit einem Grundkapital von 1,62 Mill. DM ausgestattet ist, Wertpapiere aus dem eigenen Bestand über die Börse veräußern müssen. Dabei handelt es sich um Beteiligungen an der Behrens AG, Ahrensburg bei Hamburg, der Konrad Hornschuch AG und der Jute-Spinnerei Bremen AG. Der Börsenkurs der VA ist zur Zeit ausgesetzt. Das Kapital ist zu gut 60 Prozent breit gestreut, der Rest liegt bei einigen Familien.

Katag-Häuser leicht über Durchschnitt

hdt. **Bielefeld**

Die dem Einkaufsverband Katag AG, Bielefeld, angeschlossenen Textileinzelhandelsunternehmen an 492 (485) Standorten im Inland und im benachbarten Ausland erzielten 1985 einen um 2,7 Prozent auf 2,9 Mrd. DM gestiegenen Umsatz. Bei den deutschen Anschlußhäusern lag die Steigerungsrate von 2,5 Prozent leicht über den durchschnittlichen Ergebnissen der Branche. Ihre Bezugsquote bei ihrem Einkaufsverband erreichte 57 Prozent.

Die Katag AG rechnet in ihrem Geschäftsjahr 1985/86 (31. 3.) einen um fünf Prozent auf 673 (641) Mill. DM erhöhten Umsatz ab, der einen Rohertrag von 31,2 (26,6) Mill. DM ausweist. Aus dem mit 1,8 Mill. DM unveränderten Jahresüberschuß wird eine Dividende von sieben (acht) Prozent auf das im Vorjahr aufgestockte Grundkapital von 20 (15) Mill. DM gezahlt.

In den ersten sechs Monaten 1986 vermelden die Anschlußhäuser ein flächenbereinigtes wertmäßiges Umsatzplus von drei Prozent mit Zuwachsraten vor allem bei Damen- und Sportbekleidung. Das Eigengeschäft der Katag AG wuchs im gleichen Zeitraum um 6,6 Prozent.

Eduscho baut Vertriebsnetz aus

dpa/VWD, **Bremen**

Die Großrösterei Eduscho GmbH u. Co KG, Bremen, hat im Jahr 1985 erstmals einen Umsatz von mehr als 2 Mrd. DM erzielt. Das Geschäft mit dem Hauptprodukt Kaffee wuchs nach einer Mitteilung des Unternehmens zweistellig. In nur zwei Jahren habe damit der Kaffeeumsatz um 40 Prozent zugelegt.

Als entscheidend für den Geschäftserfolg wertet das Unternehmen den Ausbau der Vertriebswege (Filialen und Depots, Kaffee- und Spezialitätenversand, Frei-Haus-Service, Kaffee am Arbeitsplatz, Gastronomie und Großverbrauch, Export). So wurden mehr als 20 neue Filialen eröffnet, davon die Hälfte als „Röstfrischcenter" in den Vorkassenzonen großer Verbrauchermärkte und SB-Warenhäuser. Dazu kamen 1200 neue Depots in Bäckereien sowie im Backbereich von Verbrauchermärkten. Der Ausbau des Vertriebsnetzes – derzeit 559 Filialen und 13 500 Depots – soll 1986 fortgesetzt werden.

In Österreich blieb Eduscho mit einem Marktanteil von gut einem Drittel Marktführer. Man erwarte in der Schweiz, wo Eduscho erst seit 1985 vertreten ist, ähnliche Erfolge.

Umsatzverlust wegen Ölpreis

ICI will PVC-Probleme mit italienischem Partner lösen

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Die deutsche Gruppe der ICI GmbH, Frankfurt, einer Tochtergesellschaft des britischen Chemiekonzerns ICI, hat im ersten Halbjahr 1986 einen Umsatzrückgang von etwa vier Prozent hinnehmen müssen, der fast ausschließlich auf den Verfall der Ölpreise zurückzuführen war. Speziell im Bereich der petrochemischen Grundstoffe kam es bei einem Mengenplus von 25 Prozent immer noch zu Umsatzeinbußen.

Allerdings nur im Inland: Während hier der Umsatz um sieben bis acht Prozent zurückging, stiegen die Exporte – 1985 rund 38 Prozent vom Umsatz – um vier Prozent. Geschäftsführungs-Vorsitzender Gustav Dierssen bezweifelt, daß der Gesamtrückstand nach der Sommerpause aufzuholen sein wird.

Im vergangenen Jahr hat die deutsche Teil-Gruppe (5500 Mitarbeiter) ihren Umsatz um neun Prozent auf 3,1 (2,8) Mrd. DM gesteigert. Dabei nahm das Inlandsgeschäft um neun Prozent, der Export um acht Prozent zu. Rund zwei Drittel des Gesamtumsatzes stammen aus eigener deutscher Produktion (im wesentlichen die Vereinigten Kunststoffwerke, der Farben-Hersteller Hermann Wiederhold, das Faserwerk Östringen und die PVC-Produktion in Wilhelmshaven), der Rest ist konzerninterne „Handelsware".

Trotz des guten Geschäftsverlaufs ging der Jahresüberschuß auf 5 (21) Mill. DM zurück. Neben der Dauerbelastung aus den Produktionsübernahme-Verträgen mit den Wilhelmshavener Verlust-Töchtern war daran vor allem eine Umstellung der Finanzierung schuld: Ein Darlehen der Londoner Muttergesellschaft für den Bau der Wilhelmshavener PVC-Anlagen, das während der Anlaufphase unverzinst zur Verfügung stand, wurde zum Jahresbeginn 1985 verzinslich gestellt. Die zusätzliche Belastung lag bei 38 Mill. DM.

Die eigenen Probleme im überbesetzten PVC-Markt will ICI nun gemeinsam mit der italienischen EniChem lösen. In ein Joint-venture mit 50prozentigen Anteilen wollen beide Unternehmen ihre Vertriebsaktivitäten für diesen Bereich einbringen. In diesem Zusammenhang sollen auch 600 000 Tonnen an PVC und Vinylchlorid-Monomer aus dem Markt genommen werden, immerhin die Hälfte der gesamten Überkapazitäten im europäischen Markt.

Die gesamte ICI-Gruppe hatte 1985 ihre Umsätze um 8 Prozent auf 10,7 (9,9) Mrd. Pfund gesteigert. Auch hier gingen die Ertragsgrößen leicht zurück: der Betriebsgewinn um 8 Prozent auf 978 (1063) Mill. Pfund, der Nettogewinn um 6,5 Prozent auf 512 (585) Mill. Pfund und der Gewinn je Aktie um 12 Prozent auf 86 (98) Pence. Die Dividende wurde dennoch auf 33 (30) Pence je Aktie angehoben.

PERSONALIEN

Dr. Jochen Stöter, Mitglied der Geschäftsführung der Gerlach-Werke GmbH, Homburg, wird heute 60 Jahre alt.

Dr. **Hans Löffler** ist mit Wirkung vom 1. August zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Bayern-Versicherung, München, berufen worden. Er ist Nachfolger von Dr. **Heinz Steller**, der Ende November in den Ruhestand tritt.

Walter Herms, Vorstandsvorsitzender der Nassauischen Sparkasse (Naspa), Wiesbaden, wird am 31. März 1987 in den Ruhestand treten. Über seine Nachfolge ist noch nicht entschieden.

Ulrich Hanke, Geschäftsführer des Unternehmensbereiches Körperpflege bei Lingner + Fischer, Bühl, wird das Unternehmen verlassen, um den Vorsitz der Geschäftsführung der Faber-Castell, Stein, zu übernehmen. Zu seinem Nachfolger wurde **Hans G. Güldenberg** ernannt.

Werner Busch, Direktor der BfG, Lübeck, wurde zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden der co op Schleswig-Holstein gewählt.

Dr. **Kurt Jeßberger** hat mit Wirkung vom 1. Juli die Geschäftsführung der Turbo-Müller, Spezialfabrik für Schnellmischer und Rührwerke, Ottobrunn, übernommen.

Dr. **Dieter Guberan**, geschäftsführender Gesellschafter der Uraca Pumpenfabrik GmbH u. Co. KG, Bad Urach, beging am 22. Juli seinen 60. Geburtstag.

„Höhere Tabaksteuer wäre verhängnisvoll"

Camel-Zigaretten konnten Marktanteil behaupten – Fertigungskapazität wird ausgebaut

HARALD POSNY, **Köln**

Nach Ende der derzeitigen Wachstumspause erwartet die R. J. Reynolds Tobacco GmbH, Köln, Nummer fünf unter den deutschen Zigarettenherstellern, für das zweite Halbjahr 1986 einen erneuten Volumenzuwachs im Inland, der von Exportsteigerungen begleitet wird. Das Investitionsprogramm von über 50 Mill. DM wird fortgesetzt, die Fertigungskapazität weiter ausgebaut. Vorstandsvorsitzender Peter W. Fischer begründet seinen Optimismus mit Investitionen in neue Maschinen und Technologien und mit Zuversicht in die Markenfamilie „Camel", die ihren Marktanteil mit 9,1 Prozent auch im wachstumsarmen Jahr 1985 halten konnte und damit den dritten Platz im Markt.

Offensiv will Reynolds auch im industriepolitischen Raum agieren. Dabei will man insbesondere das Verhältnis Raucher/Nichtraucher entspannen. Die Bundesregierung zeigt nach den Worten Fischers im Bereich Werbung und Distribution von Tabakerzeugnissen „eine begrüßenswert realistische Einschätzung ihrer Möglichkeiten vor dem Hintergrund verfassungsmäßig garantierter Rechte der Hersteller und des Handels". Für die künftige Gestaltung der Tabaksteuer wird ähnliches von Bonn erwartet. „Die Steuer muß die durchsetzbaren Preise respektieren. Ein großer Steuerschritt wie 1982 wäre für die Branche, für das Steueraufkommen und für die Arbeitsplätze verhängnisvoll", meint Fischer.

Für Reynolds erfreulich: Die Mitarbeiterzahlen konnten im Gegensatz zur Branche leicht ausgebaut werden. Hierzu habe die Steigerung des Exports maßgeblich beigetragen. Reynolds ist der zweitgrößte Exporteur deutscher Zigaretten. Im Inland bauten auch die „Reyno"-Marken mit 884 Mill. Stück (Marktanteil 0,7 Prozent) ihre Position aus, doch infolge von Einbußen der „Overstolz"-Familie ging der Reynolds-Gesamtmarktanteil von 11,5 auf 11 Prozent zurück.

Die Reynolds-Bilanz, für 1985 erstmals als Konzernbilanz präsentiert, hat die Bilanzsumme im Zuge verstärkter Investitionstätigkeit sowie einer Ausweitung der Tabakbevorratung (330 nach 195 Mill. DM) auf 786 (685) Mill. DM ausgeweitet. Das Anlagevermögen wird mit 170, das Umlaufvermögen mit 611 (534) Mill. DM ausgewiesen. Die Rückstellungen von 128 (121) Mill. DM sind ganz überwiegend von Pensionsrückstellungen geprägt.

Erhöhter Finanzbedarf ließ die Verbindlichkeiten auf 531 (440) Mill. DM wachsen. Die Eigenmittel (88 Mill. DM Stammkapital und 36,4 Mill. DM Gewinnvortrag) machen 16 (18) Prozent der Bilanzsumme aus. Sie wird mit Eigenmitteln und längerfristigen Geldern zu 35 (38) Prozent gedeckt.

Reynolds	1985	± %
Absatz (Mill. Stück)	24 512	- 0,3
dav. Ausland	11 388	+ 2,7
Inland	13 124	- 3,0
Umsatz (Mill. DM) [1]	2275	+ 0,5
Inld.-Marktanteil (%)	11,0	(11,5)
Exportquote (%)	46,5	(45,1)
Mitarbeiter	2021	+ 0,8
Personalaufwand	149	+ 6,0
Investitionen	67	+ 71,8
Abschreibungen	42	+ 20,0
Jahresüberschuß	3,4	+ 47,8
Eigenmittel	124	+ 2,7

[1] Ohne MWSt. einschl. Tabaksteuer (ohne MWSt. und ohne Tabaksteuer: 755 nach 723 Mill. DM)

Aktien überwiegend erholt

Die Aufnahmefähigkeit des Marktes blieb aber begrenzt

DW. – Freundlich, aber mit Angst. So kennzeichneten die Börsianer die Aktientendenz am Mittwoch. Die Kurse wurden unter relativ kleinen Umsätzen überwiegend heraufgesetzt. Zur besseren Stimmung haben die leichte Kurserholung an der Wall Street und die anhaltende Zinssenkung am deutschen Rentenmarkt beigetragen. Außerdem wurde die Ansicht vertreten, daß die Belastungen, die in den letzten Tagen von den Schieflagen der VA Vermögensverwaltungs-AG ausgegangen sind, weitgehend bewältigt werden konnten.

Besonders kräftig fiel die Kurserholung bei den Bankaktien aus, die sichtlich von der weiteren Zinssenkung profitieren. Der Kurs der Bayr. Vereinsbank, in den letzten Wochen überdurchschnittlich gedrückt, wurde sogar zweistellig angehoben. Siemens-Aktien verbesserten sich um rund 10 DM. Großchemie-Papiere lagen bis zu 5 DM fester. Daß die Börse gegenwärtig immer noch sehr kritisch gegenüber jungen Aktien eingestellt ist, zeigt die Kapitalerhöhung bei Orenstein & Koppel, wo das Bezugsrecht nur etwa die Hälfte der rechnerischen Parität erreichte. Auch andere Maschinenbauwerte wie KHD taten sich noch schwer. Lebhaft war der Handel in Mannesmann-Aktien, deren Kurse sich innerhalb weniger Monate fast halbiert haben. Auf der jetzt erreichten Basis will die Kulisse eine Widerstandslinie ausgemacht haben. Im Bereich der Autowerte holten Daimler einen Teil der in den Vortagen erlittenen Abschläge wieder auf.

Frankfurt: Pfaff zogen um 6,50 DM an, Adler verbesserten sich um 8 DM und Altana um 17 DM. Cassella sanken um 31 DM, Contigas verminderten sich um 6,50 DM und Degussa fielen um um 8 DM zurück.

Düsseldorf: Dyckerhoff St. erhöhten sich um 2 DM, Heinrich befestigten sich um 10 DM und Hochtief ebenfalls um 10 DM. Glas Schalke sanken um 5 DM, Keramag fielen ebenfalls um 5 DM und Rhenag um 13 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi konnten sich um 5 DM und Vereins- und Westbank um 4 DM erholen. HEW lagen mit plus 0,90 DM gut behauptet. Beiersdorf zogen um 1 DM an. Haller Meurer sanken um 4 DM.

Berlin: Kempinski zogen um 22 DM, Berliner Elektro um 13 DM und Berliner Bank um 6,50 DM an. Bergmann, Detewe und Herlitz St. gaben je um 5 DM nach.

München: Agrob Vz. befestigten sich um 7 DM und Hutschenreuther zogen um 25 DM an. Dywidag sanken um 1 DM, Escada verminderten sich um 20 DM und Süd Chemie gaben um 5 DM nach.

Stuttgart: Daimler verbesserten sich um 28 DM. Porsche gaben um 9 DM nach und DLW sanken um 4 DM. Zeiss schlossen mit einem Minus von 30 DM.

Nachbörse: gut erholt

WELT-Aktienindex: 246,14 (241,64)
WELT-Umsatzindex: 2798 (3117)
Advance-decline-Zahl: 131 (68)
38-Tage-Linie: 266,55 (267,19)
200-Tage-Linie: 271,00 (270,82)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

		23.7.	22.7.
H	Aach M Bet. 12,5	1945	1905
H	Aach. M. Vers. 7	1470	1470B
D	Aach. Rück. 9	2300	2300T
D	Aseag *4	400G	409G
M	Ack-Gögg. 8	157,5	156,2
H	Adca 3	151	150G
D	Adler 12+16	290G	290G
F	AEG 0	278	277,5
D	AEG KABEL 9	390G	390G
S	Aesculap 9	381	380bG
F	AGAB 5	158	155,5
F	Cobb.Genußsch.	117,95	117,75
D	Conc. Chem. 4,5	226T	225bB
B	Conc. Spinne * 0	440T	460T
D	Contigas 8	310G	307G
D	Conti Gummi 5	283,9	281,1
D	Dahlb St. 7,65	239xD	245,5
D	dgl. Vz. 14,55	410xD	425B
S	Daimler 12+2,5	1143	1115
M	Deckel AG 6	200,5	200,5
D	Dt. Atl. Tel.10	725T	730T
H	Doag 5	427	429,5
D	Dt. Babcock St. 3	170	166
D	dgl. Vz. 3,5	162	160
F	Dt. Bank 12	744,5	733
H	Hol. Lüb. 9	540B	595
Hn	Hann. Papier 6	206	201
H	Harmstorf 0	39,2	40
D	Harpener 11	269,5	275
F	Hartm. & B.St. 6	2140	2120G
F	dgl. Vz. 6	1380G	1580B
M	Hasen-Bräu 9	950G	930bG
S	Heidelb. Zem. 7	585G	565
M	Heilit & W. 5	275G	275G
D	Hein. Lehm. *0	285	300G
D	Heinr. Ind. *16+2	660	650
D	Henkel 3	407	405
F	Henninger 2	150	150bB
B	Herlitz 7	150	155
F	dgl. Vz. 6,5	320B	320bB
D	Mannesmann 6	168	168,5
F	Mannh. Vers. 8	825	820
H	Markt & K. 8	205	208,5
F	MAN St. 2	219	209,5
F	dgl. Vz. 6	175	172
F	MAN-Rol. 20,2	526	540G
F	Masse	379	361bG
S	M.Mühl.Weing. *0	300G	300G
D	Mauser 0	85bB	84
F	Mercedes 10,5	980	957
F	Metallges. 6	269	265
S	Met. u. Lack 0	110	111,5
S	Moog 4,5	450G	450G

Freiverkehr · Ungeregelter Freiverkehr · Unnotierte Werte · Ausland in DM

Ausland

Amsterdam · Brüssel · Hongkong · Kopenhagen · London · Luxemburg · Madrid · Mailand · New York · Paris · Johannesburg · Stockholm · Singapur · Tokio · Sydney · Oslo · Toronto · Wien · Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

Devisenmärkte

Rentenoptionen

Devisen und Sorten

Junge Aktien



Erleichterung bei Gildemeister

Erstmals schwarze Zahlen, aber noch keine Dividende

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Mit fühlbarer Erleichterung habe der Aufsichtsrat den ersten positiven Abschluß seit zwölf Jahren aufgenommen, ließ dessen Vorsitzender Manfred Lennings die Aktionäre der Gildemeister AG, Bielefeld, auf der Hauptversammlung des Unternehmens wissen. Gleichzeitig dankte er ihnen für ihre Geduld auf dieser dividendenlosen Etappe, obwohl er auch für 1986 noch keine Ausschüttung in Aussicht stellen konnte.

Der Werkzeugmaschinenhersteller Gildemeister konnte jedoch bereits für 1985 ein Ergebnis präsentieren, das wesentlich erfreulicher war als alle vorausgegangenen der langen Durststrecke. Das abgelaufene Geschäftsjahr hatte nicht nur eine Umsatzsteigerung im Konzern von 21 Prozent auf 545 (449) Mill. DM gebracht, sondern erstmalig auch mit 5,6 (im Vorjahr minus 12,1) Mill. DM auch wieder ein positives Ergebnis.

Die Hauptversammlung, auf der knapp 60 Prozent von 56 Mill. DM Grundkapital vertreten waren, folgte nahezu einstimmig dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat, aus dem Bilanzgewinn 1,33 Mill. DM in die Rücklagen einzustellen und den restlichen Betrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Die damit eingeleitete Verbesserung der Finanzsituation bleibt denn auch vordringliches Ziel der Unternehmensleitung, zumal noch ein Verlustvortrag von rund 60 Mill. DM abzutragen ist.

Der seit März amtierende neue Vorstandsvorsitzende Axel Kemna wies zudem darauf hin, daß trotz aller Konsolidierungserfolge die Anpassung der Unternehmensstruktur an neue Marktbedingungen noch nicht abgeschlossen ist. Als Schwerpunkte der Entwicklungspläne für die kommenden Jahre nannte er die Automatisierung der Maschinen durch Elektronik sowie deren Vernetzung und Verkettung. So ist für 1986 bereits ein auf 15 (8,1) Mill. DM erhöhtes Investitionsvolumen vorgesehen.

Verstärkt werden sollen auch die Vertriebsbemühungen, vor allem in den USA, wo die Zusammenarbeit mit dem Litton-Konzern, der rund 14 Prozent am Gildemeister-Grundkapital hält, bisher nicht den Erwartungen entsprach. Insgesamt ließ sich das neue Jahr bereits positiv an, obwohl der deutsche Werkzeugmaschinenbau in den ersten fünf Monaten einen realen Rückgang der Auftragseingänge von sechs Prozent zu verzeichnen hatte.

Bei Gildemeister lagen die Bestellungen jedoch mit 310 Mill. DM um 20 Prozent über den Planzahlen. Die Hauptversammlung honorierte die Geschäftsführung des Vorstandes, indem sie ihn ohne Gegenstimmen im Amt bestätigte, was als ausgesprochener Vertrauensbeweis gesehen wurde.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Iburg: ESA-Elektronische Daten-Systeme-Anlagen u. Geräte GmbH, Hagen; **Bergisch Gladbach:** Karl-Dieter Haupt Ingenieurbüro GmbH i. L., Odenthal-Eikamp; **Berlin-Charlottenburg:** Dr. Franz Otte; **Braunschweig:** Nachl. d. Alfred Winkelmann, Rio de Janeiro; **Deggendorf:** Nachl. d. Lüdtke Werner Reinhold, Metten; **Düsseldorf:** Nachl. d. Ludwig Burbach, Langenfeld; Nachl. d. Robert Franz Leisten, Kaufmann; **Hamburg:** Irmler GmbH Hamburg – Hotelwäschefabrik; **Hannover:** Nachl. d. Alfred Seidel; **Herford:** Nachl. d. Herbert Schnichels, Bünde; **Höxter:** „BeBra" Bekleidungs GmbH & Co. KG, Brakel; „BeBra" Bekleidungs-Beteiligungs GmbH, Brakel; Phoenix Handelsges. mbH & Co. KG, Brakel; Phoenix Handels- u. Verwaltungsges. mbH, Brakel; **Hofgeismar:** Nachl. d. Ernst Göbel, Bad Karlshafen-Helmarshausen; **Kassel:** VTG-Treuhand- u. Verwaltungsges. mbH (vormals Treumandat Steuerberatungs-GmbH; R.E.N.T. Mietservice Verwaltungsges. mbH, Niestetal; **Köln:** Auerbach Industriebeläge GmbH; **Frankfurt:** René Horch Friseursalon GmbH, Heusenstamm; **Paderborn:** Philipp Peitz KG, Delbrück, Westenholz; **Pforzheim:** Nachl. d. Herbert Wernert; **Reutlingen:** H. Klotz GmbH, Metzingen; Hans Brunner, Inh. e. Holzhandlung, Trochtelfingen; **Walsrode:** GESPO GmbH, Schilder u. Verkehrstechnik, Walsrode-Beetenbrück; **Weißenburg:** Nachl. d. Franz Steiner, Heidenheim; **Wolfenbüttel:** Nachl. d. Klaus-Dieter Grabo; **Wuppertal:** GFS Bauträgerges. f. schlüsselfertiges Bauen mbH; Druckluft Blasse GmbH; Nachl. d. Grete Eva Sträter geb. Behlau.

Vergleich eröffnet: Euskirchen: Imbert Energietechnik GmbH & Co. KG, Weilerswist.

Vergleich beantragt: Flensburg: Otto Schüler GmbH, Bauten- u. Korrosionsschutz; **Hameln:** H. u. R. Duttmann Schuhfabrik OHG, OT Groß Berkel-Aerzen; **Herford:** Stüker GmbH; **Remscheid:** Anton van den Hoogen GmbH, Solingen; **Soest:** Heinz Stein, Stahl- u. Maschinenbau, Werl-Budberg.

Ein Bayer, der zum überzeugten Nordlicht wurde

Im Blickpunkt: Norbert Henke hält es für selbstverständlich, daß der deutsche Schiffbau nicht untergehen darf

Im März nächsten Jahres wird Norbert Henke die Kommandobrücke des Bremer Vulkan verlassen und das Steuer an Wolf-Elmar Warning übergeben. Mit Henke tritt einer der dienstältesten deutschen Werftmanager in den Hintergrund; 33 Jahre war er im Schiffbau tätig.

Die Zeit an der Kieler Förde bei HDW und seit 1982 an der Weser haben den in Regensburg geborenen Bayern zu einem „Küstenmenschen" gemacht. Nach dem Abschied beim Vulkan wird er folglich auch an die Stätte seines „maritimen Beginns", nach Kiel zurückkehren. Die Förde ist ihm inzwischen näher als die Berge.

Für Henke, Nordlicht von Gesinnung, ist es selbstverständlich, daß der deutsche Schiffbau nicht untergehen darf. Er weiß aus Erfahrung, welche Bedeutung die Branche für die strukturschwachen Küstenregionen hat und daß deren Tod einer Aufgabe aller maritimen Interessen gleichkommt. Er weiß allerdings auch, daß der Erhalt eines lebensfähigen Kerns nicht umsonst zu haben ist.

Die Lage auf den internationalen Schiffbau-Märkten umreißt er mit dem einzigen Wort: „katastrophal". Die nächsten zwei Jahre werden das geringste Auftragsvolumen der Nachkriegszeit bringen. Die deutschen Reeder sind nahezu „bestellungsunfähig" und was an internationaler Nachfrage vorhanden ist, gerät in das Mahlwerk des Subventionswettbewerbs und landet vermutlich in Fernost. Die Folgen für die deutschen Schiffbauer zieht Henke illusionslos: Die Unterbeschäftigung wird den letzten Rest noch vorhandenen Kapitals verzehren und den Bankrott weiterer Betriebe nach sich ziehen.

Die Schiffbauer haben es sich inzwischen abgewöhnt, Prognosen darüber abzugeben, wie lange die Agonie des Schiffbaues noch dauern wird. Der Sturm ist mit der ersten Ölkrise 1973/74 aufgezogen und tobt seitdem mit zunehmender Heftigkeit. Er hat alle Hoffnungen auf einen kurzfristigen Marktausgleich weggefegt. Auch Henke sieht nirgendwo Entwarnungszeichen. Die Heilung des Marktes muß ohnehin in Fernost eingeleitet werden. Nur wenn Japan und Südkorea, die fast drei Viertel des Weltmarktes beherrschen, ihre Kapazitäten drastisch reduzieren, ist eine Normalisierung möglich. Henke: „Den kompletten Ausfall der deutschen Werften würde der Weltmarkt nicht einmal spüren."

Um so mehr aber die deutsche Küste. Um dies zu verhindern, nennt Henke drei Sofortmaßnahmen. 1. Die Kapazitäten müssen noch weiter abgebaut werden und zwar nachhaltig. Anlagen, die heute stillgelegt werden, dürfen nicht wieder an den Markt kommen, wenn sich die Lage bessert. 2. Exportaufträge sollten stärker und gezielt gefördert werden, da die Investitionsneigung der deutschen Reeder gleich null ist. 3. Die Banken müssen bei der Mitfinanzierung von Aufträgen ihre „Verweigerungshaltung" aufgeben. Für die Grundauslastung der verbliebenen Betriebe muß schließlich die Marine sorgen.

Die zur Zeit viel diskutierte Flucht in größere Einheiten (in Schleswig-Holstein etwa arbeitet Gerd Lausen, Vorstandsvorsitzender der Kieler Landesbank, an solchen Lösungsvorschlägen) versieht Henke mit einem Fragezeichen. In den Flächenländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen muß nicht richtig sein, was im Stadtstaat Bremen versucht wird. Hier hat Henke unter dem Dach des Bremer Vulkan vier Betriebe zusammengeführt und Bereinigungsmaßnahmen eingeleitet.

Um den Vulkan zum Kristallisationspunkt zu machen, hat Henke kämpfen und pokern müssen. Vor allem um die Frage, welche der beiden Großwerften, die AG „Weser" oder Bremer Vulkan, den Schiffsneubau in Bremen stillegen soll, ist hart gerungen worden. Henke räumt ein, daß er bei dem gewonnenen Spiel wohl die besseren Karten gehabt habe, überläßt es aber anderen hinzuzufügen, daß er natürlich auch zu den gewieftesten Verhandlern der Branche gehört.

Diese Zähigkeit, die Henke, von Statur nicht gerade ein Riese, bereits in der bayerischen Fußball-Landesliga als „giftiger" Verteidiger der Regensburger Turnerschaft an den Tag gelegt hat, hat er an der Küste immer wieder bewiesen. Gleich am Anfang seiner Karriere etwa, als er zusammen mit Manfred Lennings in ungemein komplizierten Verhandlungen aus den damaligen drei Betrieben Kieler Howaldtswerke, Howaldtswerke Hamburg und der Deutschen Werft AG die heutige HDW schmiedete, deren Vorsitzender er Mitte 1974 wurde.

»Den kompletten Ausfall der deutschen Werften würde der Weltmarkt nicht einmal spüren.«

Norbert Henke, Vorstandschef des Bremer Vulkan

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Zeit als Chef bei HDW war nicht frei von Irrungen und Wirrungen. Die Entscheidung, in ein Großdock für Schiffe bis zu 1 Mill tdw Tragfähigkeit 200 Mill. DM zu investieren, nennt Henke heute „bedenklich". Der Traum vom Großschiffbau platzte, als die Reeder nach dem Ölschock von heute auf morgen ihre Aufträge für Riesentanker annullierten. Bei HDW geriet drei Viertel des gesamten Auftragsbestands ins Schwimmen.

Noch angreifbarer war die Entscheidung, die Mittel, die HDW in Form von Konventionalstrafen und Entschädigungen in reichlichem Maße in die Kassen flossen, für einen Verdrängungswettbewerb einzusetzen. Henke, dem man an der Küste vorwarf, „südkoreanische Methoden" eingeführt zu haben, beschönigt seine teure Fehleinschätzung nicht. Der „ungeordnete Rückzug" der Konkurrenz trat nicht ein.

Sein deshalb auch nicht spannungsfreier Abgang bei HDW im Jahr 1982 hat die Eigner des Bremer Vulkan und auch die Bremer Politiker nicht gehindert, ihn als Sanierer an die Weser zu verpflichten. Der Vulkan, der Werftplatz Bremen insgesamt, sollten von seiner großen Erfahrung im Schiffbau, seinem Verhandlungsgeschick und seinem Akquisitionstalent profitieren. Henkes Ruf, der beste Akquisiteur der Branche zu sein, hat auch unter seiner „Südkorea"-Phase nicht gelitten. Fast die Hälfte seiner Zeit verbringt er auf Reisen, um mit Ausdauer, leisen, aber eindringlichen Tönen und detailliertem Wissen Aufträge an Land zu ziehen. Das Lächeln hinter halbhohen Brillengläsern versteckt, läßt zudem vermuten, daß manchmal auch ein wenig List dabei ist.

In den fünf Jahren in Bremen hat Henke in der Tat einiges bewirkt. Der Kapazitätsabbau in der Hansestadt ist vor allem durch die Stillegung der AG „Weser" weit vorangekommen, die Kapitalausstattung des neuen Werften-Verbunds unter dem Dach des Vulkan ist branchengemessen überdurchschnittlich. Mit der vorgesehenen Eingliederung der Seebeck-Werft, die von der traditionsreichen AG „Weser" übriggeblieben ist, sind die Voraussetzungen für weitere Bereinigungen geschaffen.

Das nervenaufreibende Geschäft, Fusionen in Verhandlungen mit wechselnden und komplizierten Anteilseignern zu bewerkstelligen, die Betriebe zu rationalisieren und gleichzeitig deren Beschäftigung zu sichern, mag Henke bewogen haben, seinen Vertrag nicht noch einmal zu verlängern. Er ist 62, wenn er nächstes Frühjahr aufhört. Die Frage, ob er seinem Nachfolger ein gemachtes Nest hinterlasse, verneint er. In dieser Branche sei kein Unternehmen sicher. Um am Leben zu bleiben, müsse auch beim Vulkan noch erhebliches geleistet werden. Aber das Unternehmen habe alle Chancen, zu den wenigen Überlebenden zu gehören.

Pikanterweise wäre Henke zur Vollendung dieser Arbeit in Bremen fast der Mann gefolgt, der ihn bei HDW abgelöst hat. Erst nach langen Überlegungen hat sich der Aufsichtsrat des Vulkan gegen den gegenwärtigen HDW-Chef Klaus Ahlers und für den Branchen-Neuling Warning entschieden. Warning, einst persönlich haftender Gesellschafter bei dem Hamburger Stahlhandelshaus Coutinho, Caro und Co und nach dem Einstieg des US-Konzerns McDermott dort ausgeschieden, wäre gut beraten, die Kontakte zu Henke nicht abreißen zu lassen. Es gibt nicht viel Leute an der Küste, die die Klippen im internationalen Schiffbau besser kennen.

JAN BRECH

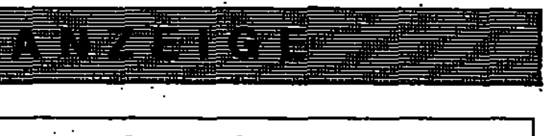
Elring: Export wird schwieriger

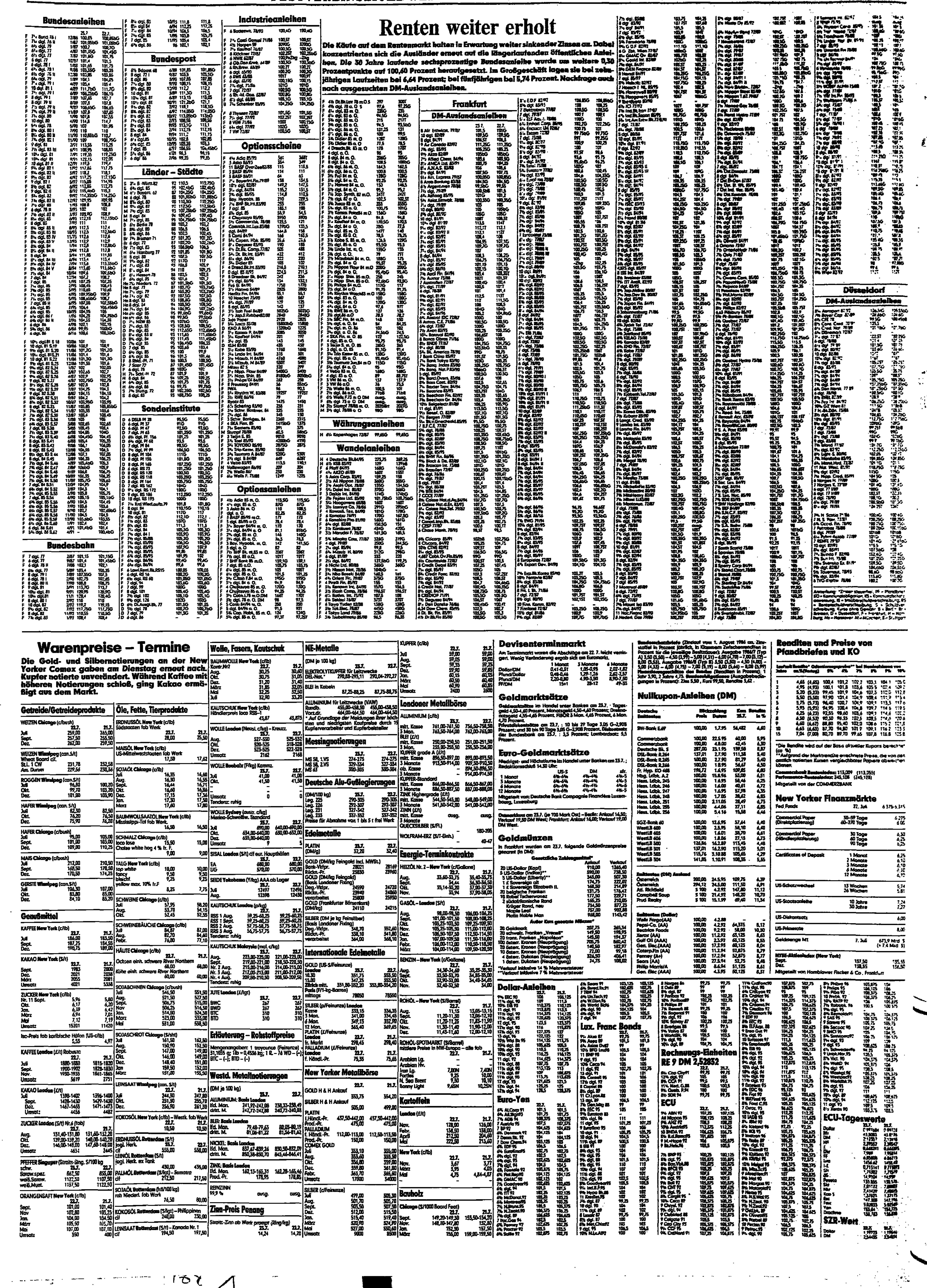
nl. Stuttgart

Weitere Wachstumschancen sieht die Elring-Firmengruppe, Fellbach bei Stuttgart, die zu den bedeutendsten Herstellern von Dichtungen (vor allem für den Motorenbau) zählt, in diesem Jahr hauptsächlich in den westeuropäischen Märkten. Gleichwohl dürften nach Einschätzung der Geschäftsführung die hohen Zuwachsraten des Jahres 1985 nicht wiederholbar sein. Seit März dieses Jahres sei ein deutlicher Rückgang des Auftragseingangs aus einigen Exportmärkten festzustellen, was damit zusammenhänge, daß die Ausfuhr in die ölproduzierenden Länder durch den Ölpreisverfall und die starke D-Mark erheblich erschwert werde.

Vor allem die florierende Konjunktur im Pkw-Bereich war es, die das Geschäft von Elring im Berichtsjahr 1985 kräftig anschob. Der Gesamtumsatz der Gruppe nahm um knapp 16 Prozent auf 313 (1984: 270) Mill. DM zu, wobei das Stammhaus, die Elring Dichtungswerke GmbH, den Umsatz um 15 Prozent auf 233 (202) Mill. DM ausweitete. Deutliche Zuwachsraten präsentierten auch die Töchter Procal S. A./Frankreich (plus 14,7 Prozent) und Elring Espanola S. A./Spanien (plus 26 Prozent).

Der Jahresüberschuß beim Stammhaus erhöhte sich auf 5,5 (5,2) Mill. DM, wovon 4 (3) Mill. DM auf das 50,7 Mill. DM betragende Stammkapital ausgeschüttet werden, das mehrheitlich von der Familie Lechler gehalten wird, eine Minderheitsbeteiligung liegt bei der Heidenheimer Firma Voith. In Sachanlagen investiert wurden 13,1 (10,5) Mill. DM, in der Gruppe 25 (17) Mill. DM. Das Stammhaus zählt knapp 1700 Mitarbeiter.





Renten weiter erholt

Die Käufe auf dem Rentenmarkt halten in Erwartung weiter sinkender Zinsen an. Dabei konzentrierten sich die Ausländer erneut auf die längerlaufenden öffentlichen Anleihen. Die 30 Jahre laufende sechsprozentige Bundesanleihe wurde um weitere 0,30 Prozentpunkte auf 100,60 Prozent heraufgesetzt. Im Großgeschäft lagen sie bei zehnjährigen Laufzeiten bei 6,64 Prozent; bei fünfjährigen bei 5,74 Prozent. Nachfrage auch nach ausgesuchten DM-Auslandsanleihen.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex gaben am Dienstag erneut nach. Kupfer notierte unverändert. Während Kaffee mit höheren Notierungen schloß, ging Kakao ermäßigt aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

Öle, Fette, Tierprodukte

Genußmittel

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Baumholz

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Euro-Yen

Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

MOTORSPORT / Die Formel 1 in einer Hand



Hat alles im Griff: Bernie Ecclestone FOTO: WEREK

Bernie Ecclestone – der unumschränkte König

LEO WIELAND, Bonn

Am Dunlop-Turm des Hockenheimer Motodroms lehnt eine lange Leiter. Auf der obersten Sprosse steht ein kleiner Mann und läßt mit eifrigen Pinselstrichen die schwarz-rot-gelben Reklamelettern unter einem trüben Grün verschwinden. Durch die dicken Gläser seiner Brille prüft er mit agilem Blick immer wieder, ob er auch ja keine Stelle vergessen hat. Was an ihm besonders auffällt, ist seine für einen Maler ungewöhnliche Kleidung: weißes Hemd, dunkelblaue Hose und schwarze Collegeschuhe.

Noch ist diese Szene nur eine Vision, doch sie könnte in den nächsten Tagen durchaus Realität werden. Wer wo und mit was beim Großen Preis von Deutschland in Hokkenheim wirbt, das entscheidet nämlich in diesem und in den nächsten fünf Jahren allein jener ominöse Anstreicher: Bernie Ecclestone.

Der Automobilclub von Deutschland (AvD) schloß in den vergangenen beiden Jahren auf dem Nürburgring zweimal mit einer negativen Bilanz ab. Deshalb entschloß sich der AvD, die Veranstaltung des Deutschen Grand Prix Ecclestone, dem Chef der Formel 1, zu überlassen.

In Zukunft kümmern sich Bernie Ecclestone, Werbeagentur und die Konstrukteursvereinigung der Formel 1 (FOCA), deren Vorsitzender er ist, wie in Brasilien, Spanien, Belgien, Österreich und Portugal um die Vermarktung und die Organisation des Rennens. Der AvD ist nur noch für rein sportliche Aufgaben zuständig: Streckenaufsicht und Zeitnahme. Dafür ist er prozentual an jeder verkauften Eintrittskarte beteiligt.

Das gesamte finanzielle Risiko trägt Ecclestone, und er bestimmt deshalb auch allein die Höhe der Eintrittspreise (Tribünenkarten zwischen 100 und 250 Mark) und die Vergabe der Werbeflächen.

Aus diesem Grund ist ihm das Wahrzeichen des Hockenheimrings auch ein Dorn im Auge. Der auf dem Kontrollturm der badischen Rennstrecke werbende Reifenhersteller gehört nicht zu Ecclestones Vertragspartnern. Solche Kuckuckseier duldet der Direktor des Formel-1-Zirkus grundsätzlich nicht in seinem Nest.

Aus dem gleichen Grund wird es zumindest in den kommenden fünf Jahren auf dem neuen Nürburgring kein Formel-1-Rennen geben. Die Nürburgring GmbH hat nämlich mit der International Management Group (IMG) einen Vertrag über fünf Jahre abgeschlossen. Die IMG hat viele der Werbeflächen rund um den Eifelkurs längerfristig an ihre eigenen Partner verkauft und dies kollidiert mit den Interessen Ecclestones. Bei einem Grand Prix müßte er auf diesen Raum verzichten. Weniger Reklame bedeutet weniger Geld.

In Finanzfragen läßt sich der kleine Engländer auf keine „faulen Kompromisse" ein. Deshalb schob er den für 85 Millionen Mark neugebauten Nürburgring kurzerhand ins Abseits. Schlechte Infrastruktur und – angebliche – Zuschauerunfreundlichkeit waren seine offiziellen Gründe.

Die Zuschauer an der Strecke interessieren den großen Boß jedoch nur noch am Rande. Viel wichtiger ist ihm das Fernsehen. Der Verkauf der Übertragungsrechte und eben die Werbeeinnahmen bringen ihm den Hauptumsatz. Den englischen Grand Prix sahen vor zwei Wochen in Brands Hatch 186 000 zahlende Zuschauer. Trotz dieses Rekordergebnisses wird es dort fünf Jahre lang kein Formel-1-Rennen mehr geben. Der Grund: Bernie Ecclestone hatte die gesamte Anlage kaufen wollen, doch ein anderer, mehr bietender Interessent erhielt den Zuschlag. Strafe mußte also sein. Der ungekrönte Grand-Prix-König konnte sich nur deshalb in dieser Form rächen, weil er genau wußte, daß eine Streichung des Brands-Hatch-Rennens für ihn keine finanziellen Einbußen bedeutet.

Bernie Ecclestone und die Formel 1 sind heute Synonyme. Wer die Truppe auf seiner Bühne tanzen sehen will, der kommt an ihrem allmächtigen Chef nicht vorbei. Wer dann allerdings soweit geht, dem großen Regisseur bei der gesamten Inszenierung des PS-Spektakels freie Hand zu gewähren, der muß sich nicht wundern, wenn sich dieser Mann dann die Gestaltung des Bühnenbildes vorbehält und selbst vor Baudenkmälern des Deutschen Motorsports keine Skrupel hat. Er hat oft bewiesen, daß er dazu bereit ist, ihm unangenehme Kulissen eigenhändig zu kaschieren.

Aus all dem ergibt sich die bange Frage, ob es noch möglich ist, diesen Künstler in seinen eigentümlichen Gestaltungsplänen zu bremsen. Vielleicht kommt er eines Tages auf die Idee, die Tribünen des Motodroms durch überdimensionale Plakatwände zu ersetzen oder aber auf künftige PS-Gastspiele in Deutschland ganz zu verzichten.

Wie gesagt, noch ist das nur reine Vision, doch wie lange noch?

FEDERATIONCUP / Keine Schwierigkeiten bei Steffi Graf, aber was ist mit ihrer Doppel-Partnerin?

Rätselraten um Claudia Kohde-Kilsch: Braucht sie eine Denkpause, oder kommt sie so aus dem Tief?

dpa/sid, Prag

Was ist los mit Claudia Kohde-Kilsch? Benötigt die Weltranglistenfünfte aus Saarbrücken eine Denkpause wie der Amerikaner John McEnroe? Oder fängt sich die 22jährige beim Federation-Cup in Prag nach den Enttäuschungen in Paris und Wimbledon noch einmal vor dem drohenden Sturz ins Krisen-Tal? Fragen, die für sie selbst und in ihrem ganzen Umfeld zur Zeit eine ernste Rolle spielen.

Claudia Kohde-Kilsch hat Rückschläge hinnehmen müssen. Bei den Grand-Slam-Turnieren in der französischen und britischen Hauptstadt, wo sie sich als Ziel jeweils eine Halbfinalteilnahme ausgerechnet hatte, scheiterte sie zuerst an der 14jährigen Amerikanerin Marie Joe Fernandez und dann an der Italienerin Raffaela Reggi, die in der Weltrangliste weit hinter ihr plaziert sind.

Doch wenn ihr, was ihr die größte Gefahr ist, vor jedem Schlag tausend Gedanken durch den Kopf jagen, wird sie zum Nervenbündel. Ihr Stiefvater Jürgen Kilsch findet die kleine Krise nicht so schlimm: „Sie merkt eben, daß es auch noch andere Dinge auf der Welt gibt als Tennis und denkt an vieles anderes. Sie soll ruhig ihre Erfahrungen machen." Professor Hartmut Krahl (Essen), mit seiner humorvollen Art weitaus mehr als nur medizinischer Betreuer, vermeidet als Gentleman den Ausdruck „Spätentwicklerin".

Der tenniskundige Rechtsanwalt Jürgen Kilsch aus Saarbrücken kann „das ganze Theater um einen verlorenen Satz nicht verstehen". Seine Adoptivtochter hatte im ersten Spiel beim Federation-Cup gegen die unbekannte Belgierin Sandra Wasserman verloren, ehe sie sich noch fing und schließlich gewann. Kilsch: „Vor vier Jahren in Santa Clara hat Claudia zu Beginn gegen irgendeine Chinesin auch drei Sätze gebraucht und dann im Endspiel fast gegen Chris Evert-Lloyd gewonnen." Also nur ein Ausrutscher?

Doch daß „die Lange seit dem Frühjahr ihre Probleme hat", versucht auch Kilsch erst gar nicht zu bestreiten. Er sagt: „Für so eine Spielerei kann sie sich selber geradezu hassen und macht sich damit nur noch mehr fertig." Verletzungen sorgten für weitere Probleme. Im Rücken hatte sie Kummer mit der Wirbelsäule. In Prag meldete sich schmerzhaft die Patellasehne im linken Knie. Eine Spritzenbehandlung ließ sie „richtig schwindlig" werden, doch sie hielt durch. Ein Zeichen, daß sie bereit ist zum Kampf um ihre Position. Außerdem ist sie nach Kräften bemüht, ein fatales Bild zurechtzurücken, daß von ihr nach einem Illustrierten-Interview entstanden ist, in dem sie sich in ihrer Spielklasse etwas überheblich sogar über einige deutsche Tennisstars stellte. Claudia Kohde-Kilsch will raus aus der kurzfristig dadurch entstandenen Isolation und kehrt in Prag Gemeinsamkeiten hervor: „Der Teamgeist ist unheimlich wichtig. Zum Beispiel verhalten sich auch unsere Ersatzspielerinnen Bettina Bunge und Claudia Porwik super und feuern uns an."

Schläge sind derzeit zu weich: Claudia Kohde-Kilsch FOTO: AP

Anfangs hatte Claudia Kohde-Kilsch diese Unterstützung bei ihrem schwachen Start gegen die Belgierin Sandra Wasserman wirklich nötig. Sie hatte überhaupt keinen Druck in ihren Schlägen, vor allem die Rückhand war zu weich. Sie spielte höchstens besseres Federballspiel, aber kein Profi-Tennis. Da war wieder die ganze Unsicherheit der letzten Wochen zu erkennen. Die konditionelle Schwäche ihrer Gegnerin ließ sie dann schließlich zurückkehren zu besserer, fast schon gewohnter Form, mit der sie sicher gewann.

Mit Steffi Graf ist sich deren neue Doppel-Partnerin Claudia Kohde-Kilsch freilich einig, daß „die nächsten Spiele in jedem Fall besser werden müssen", im Einzel wie im Doppel, dem vor allem noch die automatische Abstimmung fehlt.

Auch hier läßt die Saarbrückerin jedoch die unbedingte Bereitschaft zur Kooperation erkennen: „Das Bewußtsein ist wirklich vorhanden, wie wichtig es ist, auch im Doppel einen Punkt für die Mannschaft zu holen." Probleme, egal welcher Art, scheint es dagegen bei Steffi Graf überhaupt nicht zu geben. Sie sagt selbstbewußt: „Wenn wir alle unser Bestes geben, und davon bin ich überzeugt, dann haben wir trotz der ungünstigen Auslosung in Prag ganz große Möglichkeiten."

RADSPORT / Zum 16. Mal bei der Tour dabei

Nur Hinault bekommt mehr Applaus als Joop Zoetemelk

dpa, Alpe d'Huez

Morgens, bei der Vorstellung der Fahrer vor dem Start, bekommt Bernard Hinault immer den meisten Applaus der Zuschauer. Danach wird der Beifall schwächer, selbst für die Top-Fahrer Greg Lemond und Urs Zimmermann, Robert Millard, Luis Herrera oder Claude Criquiélion übersteigt der Beifall selten die Höflichkeitsgrenze. Der Applaus schwillt erst wieder an, wenn der Name Joop Zoetemelk fällt.

Zoetemelk trägt das Regenbogen-Trikot, das ihn als den amtierenden Weltmeister ausweist. Doch es ist nicht der Weltmeistertitel, der die Sympathiebezeugung des Publikums bewirkt. Der Holländer Zoetemelk hat sich die Herzen der französischen Radsportfans auf andere Art erobert: Er wird am 3. Dezember 40 Jahre alt und fährt die Tour de France schon zum 16. Mal – so oft wie kein anderer Radrennfahrer der Welt. Einmal hat er die Rundfahrt gewonnen, sechsmal war er Zweiter, elf Etappensiege wurden für ihn notiert. Zweimal allerdings (1977 und 1979) wurde er des Dopings überführt und mit jeweils zehnminütigen Zeitstrafen belegt, ein drittes Mal (1983) mußte der Dopingvorwurf nach seinem erfolgreichen Protest zurückgenommen werden.

Jetzt, am Ende seiner Laufbahn, hat er die Schinderei in den Pyrenäen und den Alpen erneut auf sich genommen, obwohl er weder Siegchancen noch Aussichten auf einen der vorderen Plätze hat. Trotzdem hat Joop Zoetemelk ein Angebot von 100 000 Mark ausgeschlagen. Soviel hatten ihm die Veranstalter der parallel laufenden „Coca-Cola-Trophy" für einen Start als Garantiesumme geboten. Doch Zoetemelk zog die Strapazen der Tour de France vor.

Er kann inzwischen sein Jahresprogramm weitgehend selbst bestimmen. Und er ist wählerisch geworden, verfolgt keine bestimmten Ziele mehr, weil seine Karriere ihm fast alle im Radsport möglichen Erfolge beschert hat. Joop Zoetemelk steht außerhalb der normalen Maßstäbe. Sein Alter und sein Teilnahmerekord an der Tour de France erhoben ihn zur Persona grata, zu einem gerngesehenen Gast, der die Geschichte der Frankreich-Rundfahrt entscheidend mitgeprägt hat. Die Franzosen behandeln ihn wie einen Grandseigneur, widmeten ihm im Wintersportort Alpe d'Huez gar einen besonderen Willkommensgruß: „Joop for President" war auf ein Spruchband gemalt, und die Forderung war gar nicht so abwegig, denn die Franzosen betrachten den Holländer inzwischen schon als einen Landsmann.

Immerhin lebt Zoetemelk seit 15 Jahren in Frankreich. Dort ist er verheiratet mit Françoise, der Tochter von Michel Duchaussoy, der viele Jahre lang bei der Tour de France Leiter der Werbekolonne war und seit Jahrzehnten die Siegerehrungen vornimmt. Seinen Schwiegersohn konnte er in diesem Jahr noch nicht auszeichnen.

LEICHTATHLETIK / Sportfest in Paris

Kozakiewicz ging weiter auf Rekordjagd – 5,70 Meter

sid, Paris

Zwei Oldtimer erleben einen neuen Höhenflug. Der 30jährige Doppel-Olympiasieger Edwin Moses feierte im vierten Rennen nach langer Verletzungspause in Jahresweltbestzeit von 47,66 Sekunden den 113. Sieg in Serie. Und Wladyslaw Kozakiewicz, der nun in Hannover lebende Moskau-Olympiasieger im Stabhochsprung, stellte beim Pariser Meeting mit 5,70 m schon seinen dritten Rekord für den Bereich des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) der Saison auf.

„Das überrascht mich nicht. Ich halte die Ankündigung von Kozakiewicz, er traue sich in absehbarer Zeit auch 5,90 m zu, für durchaus realistisch", sagte Stabhochsprung-Bundestrainer Herbert Czingon und verweist auf größere Schnelligkeit und eine gegenüber Moskau '80 sogar 20 Zentimeter größere Griffhöhe (nun 5,15 m) des 31jährigen. Czingon: „Solange er nicht höher als 5,80 m springt, ist dies für unsere anderen DLV-Springer nicht entmutigend, sondern eher ein Ansporn. Auch Jürgen Winkler hat derzeit ein Niveau von 5,70 m."

Sieger wurde Kozakiewicz mit dem dritten Saisonrekord nach 5,67 m und 5,68 m allerdings nicht. Thierry Vigneron (Frankreich), der ihm 1980 die Weltrekorde von 5,72 und 5,78 m entrissen hatte, ließ nach dem Siegsprung über 5,90 m sogar die Weltrekordhöhe von 6,02 m auflegen – vergebens. Sein Landsmann Philippe Collet (5,85 m) und der Amerikaner Earl Bell (5,75 m) lagen ebenfalls noch vor Kozakiewicz.

Moses, der nun in die USA zurückfliegt und Anfang August beim Olympic-Festival in Houston startet, plant in Europa noch Starts in London (8. 8.), drei Tage später in Budapest, beim Berliner ISTAF (15. 8.) und am 10. September beim Grand-Prix-Finale in Rom. „Es ist ein schönes Gefühl, wieder Nummer eins in der Welt zu sein", meinte der Kalifornier, denn bisher hatte der Olympiazweite Danny Harris in 47,82 die Saisonbestzeit. Als Zweiter steigerte sich Amadou Dia Ba (Senegal) auf 48,11.

17 Tage nach seiner 10 000-m-Jahresweltbestzeit von 27:26,11 gab Said Aouita wieder seinen Einstand: In 7:42,32 Minuten blieb Marokkos 5000-m-Olympiasieger, von den Osloer Spikes-Tritten erholt, gut zehn Sekunden über Henry Ronos 3000-m-Weltrekord. „Schon nach vier Runden wußte ich, daß es kein Weltrekord wird. Aber ich fühle mich wieder stark, das ist die Hauptsache", meinte Aouita.

800-m-Rekordlerin Margrit Klinger (Obersuhl) kam endlich wieder durch. Die seit Jahren von Ischiasproblemen geplagte Hessin lief beim Sieg in 1:59,98 DLV-Jahresbestzeit. Die beiden anderen DLV- Athleten rissen keine Bäume aus: Carlo Thränhardt wurde mit 2,19 m nur Siebenter im Hochsprung, die Berlinerin Anna Buballa mit 6,34 m Zweite im Weitsprung.

STAND ● PUNKT / *Neuberger und das „Spiel der Woche"*

Da war Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), ein bißchen zu weit vorgeprescht, und viele Zeitungen folgten ihm. Neuberger versprach ein Novum für die Bundesliga: das „Spiel der Woche" am Montag abend im Fernsehen. Aber: Das wird es nicht geben.

ARD und ZDF zahlen zusammen in der nächsten Spielzeit 16 Millionen Mark an den DFB und haben dafür das Recht, über je drei Begegnungen pro Spieltag ausführlich zu berichten, zeitversetzt – in der ARD-Sportschau um 18.05 Uhr gibt's weiterhin den ersten Ballwechsel. So vereinbarten es DFB und ARD/ZDF.

In der vergangenen Woche lehnten die Vereine Überlegungen ab, das wichtigste Spiel aus dem Samstag- (oder Mittoch-)Progamm herauszulösen und live (an wen auch immer) zu vergeben. Der gestern als möglich gemeldete Montags-Termin (oder der Donnerstag) scheitert vor allem an dem dichtgedrängten Programm mit Europacup- und Länderspielen während der Woche.

So viel zu den Vereinbarungen der öffentlich-rechtlichen Anstalten mit dem DFB. Aber es gibt ja auch die privaten Kanäle SAT 1 und RTL plus. Und die verhandeln noch mit dem DFB. Natürlich können auch sie Zusammenschnitte der Spieltage kaufen – der DFB bietet auch an, ein ganzes Spiel zeitversetzt zu senden, was SAT 1 aber nicht will: „Wer würde das sehen, wenn er aus dem Radio weiß, daß es 0 : 0 ausging?" meint Helmut Bendt von SAT 1. Sie wollen mehr – eben Bundesliga live. Und deswegen war gestern beim DFB und bei der ARD der Satz zu hören: „In ganz besonderen Ausnahmefällen ist eine Verlegung und Live-Übertragung möglich." Da hört man die Nachtigall trapsen.

Was eine „ganz besondere Ausnahme" ist, wird vermutlich übers Portomonaie entscheiden – und das ist gut so. Die Sender können entscheiden, ob's sich lohnt, der DFB, auch die Vereine, die wegen Live-Fußball leere Stadien befürchten. Und vor allem der Zuschauer. Die Regelung – wie auch immer – bewahrt uns davor, viel Mittelmaß zu sehen.

DETLEV AHLERS

NACHRICHTEN

Bremen: Vier Verletzte

Bremen (dpa) – Vier verletzte Spieler beklagt der Bundesligaklub Werder Bremen vor dem Fußballturnier am Wochenende in Mönchengladbach, an dem noch München und Hamburg teilnehmen werden. Wegen einer Zerrung in der Kniekehle kann Norbert Meier nicht spielen. Außerdem angeschlagen: Burdenski (Zerrung), Sidka (Achillessehnen-Operation) und Otten (Knöchelprellung).

Neuer Brief ans IOC

Lausanne (dpa) – Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hat einen neuen Brief aus Nordkorea erhalten, der die Möglichkeiten und Bedingungen der Beteiligung Nordkoreas an den Olympischen Sommerspielen 1988 beinhaltet. Die Spiele finden in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul statt.

Ermittlungen in Italien

Mailand (dpa) – Die Staatsanwaltschaft in Mailand hat ein Vorermittlungsverfahren gegen die 22 Fußballspieler eingeleitet, die 1982 in Madrid für Italien die Weltmeisterschaft gewannen. Den Spielern werden Devisenvergehen vorgeworfen.

Salmrohr blamierte sich

Mayen (dpa) – Der Fußball-Zweitliga-Aufsteiger FSV Salmrohr hat das Finale um den Rheinland-Pokal gegen den Oberligaklub VfL Hamm mit 0:3 verloren. Hamm hat damit die erste Runde im DFB-Vereinspokal erreicht und trifft auf den Sieger des Spiels VfL Reken gegen FC Gütersloh.

Zweite Liga wird reduziert

Hannover (dpa) – Die Zweite Fußball-Liga soll bereits in der Saison 1987/88 mit nur 18 Vereinen (bislang 20) starten. Das sieht ein Antrag vor, den das Präsidium und der Vorstand des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) auf dem Bundestag am 17./18. Oktober in Bremen stellen werden.

Wüst wiedergewählt

Bochum (sid) – Bei nur drei Gegenstimmen und einer Enthaltung wurde Präsident Ottokar Wüst von den 240 anwesenden Mitgliedern auf der Jahreshauptversammlung des Fußball-Bundesligaklubs VfL Bochum im Amt bestätigt. Wüst wurde für zwei weitere Jahre gewählt.

CSSR-Star geflohen

Washington (dpa) – Der CSSR-Eishockey-Star Michal Pivonka hat sich in die USA abgesetzt, um sich der Profi-Mannschaft der Washington Capitals anzuschließen. Der 20 Jahre alte Pivonka war in der vergangenen Woche mit seiner Verlobten Renata Nekvindova in die USA gekommen.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: VfB Stuttgart – Stuttgarter Kickers 2:2 (0:0), Fortuna Köln – 1. FC Köln 1:6 (1:4), Kreisauswahl Oberberg – Bayer Uerdingen 0:7 (0:2), TSV Neustadt – FC Bayern München 1:15 (0:7), VfL Marburg – Hamburger SV 2:8 (2:2), VfB Bottrop – Rot-Weiß Essen 2:3 (1:0), SSV Jahn Regensburg – Blau-Weiß Berlin 1:1 (1:1), VfL Eiterfeld – 1. FC Kaiserslautern 0:9 (0:2).

LEICHTATHLETIK

Internationales Meeting in Paris: Männer: 200 m (0,28 m Gegenwind): 1. Smith (USA) 20,29 Sek., 2. Williams (Kanada) 20,70. – 800 m: 1. Niang (Senegal) 1:44,70 Min., 2. Wuyke (Venezuela) 1:44,70. – 1500 m: 1. Ovett (Großbritannien) 3:34,50, 2. Hillardt (Australien) 3:34,68. – 100 m Hürden (0,15 m Rückenwind): 1. Caristan (Frankreich) 13,33 Sek., 2. Stewart (USA) 13,37. – 400 m Hürden: 1. Moses (USA) 47,66 (Jahresweltbestzeit). – Hochsprung: 1. Saunders (Bahamas) 2,26 m, ... 7. Thränhardt (Deutschland) 2,19. – Stabhochsprung: 1. Vigneron 5,90 m, 2. Collet (beide Frankreich) 5,85, 3. Bell (USA) 5,75, 4. Kozakiewicz (Deutschland) 5,70 (DLV-Rekord). – **Frauen:** 100 m (0,29 m Rückenwind): 1. Kaspreczyk (Polen) 11,18 Sek., 2. Vader (Niederlande) 11,19. – 100 m Hürden (0,15 m Rükkenwind): 1. Elloy 12,75, 2. Ewanje Epee (beide Frankreich) 13,07. – 800 m: 1. Klinger (Deutschland) 1:59,98 Min. (DLV-Jahresbestzeit), 2. Bailley (Großbritannien) 2:00,31.

TENNIS

Turnier in Boston, erste Runde, Herren: Ostoja (Jugoslawien) – Schwaier (Deutschland) 6:2, 6:0.

Der Kampf für Menschenrechte in Afghanistan

Pflaster aus dem Westen

Erik Kothnys Buch über seine Erlebnisse in Afghanistan wird vom Verlag als sensationell bezeichnet. Bei der Lektüre aber wird man nicht ergriffen, kaum beeindruckt, sondern nur in einen Zwiespalt gestürzt. Die Sprache des engagierten Bundeswehrmajors, der sich der afghanischen Sache verschrieb, dem Widerstand gegen die Sowjets Sympathie entgegenbrachte wie sonst kaum jemand, der einen Verein ins Leben rief, Geld sammelte, einen Freiheits-Sender *aufbaute, ähnelt zu oft über*lebtem Kommißton. Und der Inhalt pendelt zu sehr zwischen Abenteuer-Roman und Zeitungsreportage hin und her.

Erik Kothny wollte kein Buch aus westlicher Sicht schreiben, keine Themen ausklammern. Doch gerade



diese Postulate führten dazu, daß sieben *Kapitel des Werks sowohl von* Autor und afghanischem Co-Autor getragen werden, daß aber in einem ärgerlichen Appendix von Kothny allein alte Enthüllungsgeschichten aufgewärmt werden, die schon bei ihrer Erstpublizierung weder Aufsehen erregten noch Widerhall fanden.

Erik Kothny schrieb nicht in der Ich-Form. „Da es bei der Bundeswehr ein Verbot gibt, Länder des kommunistischen Machtbereichs zu bereisen, würde ich bei einer Autobiographie dem Wehrdisziplinaranwalt die Möglichkeit geben, das Buch als Anklageschrift gegen mich zu verwenden", begründet er seinen „Trick", die eigene Person hinter dem Namen Tor Hansen zu verbergen.

Wo das Buch die Rahmenhandlung sprengt und reportagehaft geschrieben ist, profitiert der Leser von einer Menge interessanter Fakten, Informationen und Eindrücke. Wer weiß schon etwas von der Mauer, die von den Sowjets rund um das Land errichtet wurde, damit die Welt nichts von ihrem Völkermord dahinter erfährt? Wem sind die Probleme des Widerstands mit dem Mangel an Waffen und Munition geläufig?

Auch die Schilderungen der mangelhaften medizinischen Versorgung in Afghanistan, der permanenten Verstöße gegen das Völkerrecht durch die Sowjets, bedürfen der Enthüllung. Kothny kommt das Verdienst zu, im Innern des Landes die sogenannten Schmetterlingsbomben entdeckt zu haben, und er war es, der wenig später auch die von der Roten Armee verwendete Dum-Dum-Munition ausmachte und anprangerte.

Beredt berichtet Kothny in seinem *Buch darüber, unterlegt seine* Ausführungen mit Dokumenten. Eindrucksvoller aber sind die Passagen über die Not dieses tapferen Volkes in seiner Isolation im Kampf gegen die erdrückende Übermacht. Beispielsweise bei der Schilderung der *„Hilfe"* des Westens. *Kothny* schreibt: „Da steht ein Volk ganz allein mit seinen Enfieldgewehren und Kalaschnikows und kämpft gegen die größte Militärmaschinerie der Welt – und der Westen schaut zu und liefert Verbandspflästerchen . . ."

Bitternis klingt von vielen Seiten des Buches. Ob sie das Herz des Lesers ergreift? Sicher ist aber, daß es Kothny leichter fällt, Zweifel zu wekken, Ungläubigkeit hervorzurufen und auch Ablehnung zu provozieren. Die Schilderung der Geschehnisse *um einen gefangenen Russen und* seiner wundersamen Rettung sind das auffälligste Beispiel der genannten Vorbehalte. Ist es ein Zufall, daß ausgerechnet diese Geschichte eine Fortsetzung erfuhr, die der afghanische Co-Autor von Kothny nicht mittragen wollte und von der er sich sogar ausdrücklich distanzierte?

In einem Kapitel über „Zweck-Journalisten" enthüllt er angebliche Unregelmäßigkeiten in Organisationen, die in der humanitären Hilfe für Afghanistan tätig sind. Dann prangert er die Zusammenarbeit von Politik, Fernsehen und einem Afghanen an und verdächtigt Letzteren des Verrats, ja sogar der Agententätigkeit für Kabul, bleibt aber stichhaltige Beweise schuldig. Das Nachwort widmet er dem Sowjetarmisten, den Erik Kothny alias Tor Hansen auf Seite 115 rettete, der aber schließlich doch erschossen wurde, „weil er keine Lobby hatte und in kein System paßte – nicht in das sowjetische, nicht in das muselmanische, nicht in das westliche . . ."

WALTER H. RUEB

Alarm beim KGB: Bundeswehr-Major am Hindukusch. Anita-Tykve Verlag. 250 S., 29,80 Mark.



In monatelanger Arbeit mit feinem Pinsel ins Bild gesetzt, was ein Dia vorgibt: Franz Gertsch bei der Vollendung seines Gemäldes „Johanna" FOTO: DIE WELT

Photo-Realismus: Die Basler Kunsthalle zeigt Gemälde von Franz Gertsch

Alle Augen folgen dem Betrachter

Die Erfindung der Photographie gab der Malerei die Chance, sich wieder auf das Malerische zu besinnen. Die Impressionisten haben das konsequent genutzt – um den Preis, daß sich seitdem der allgemeine Kunstgeschmack und die zeitgenössische Kunst immer stärker voneinander entfernen. Erst den Photorealisten gelang es scheinbar, diese Lücke wieder zu schließen. Denn das gemalte Bild zeigt bei ihnen offenbar nichts anderes als photographierte Wirklichkeit, wenngleich gewöhnlich ins Überdimensionale aufgeblasen. Das wurde vor zwei Jahrzehnten Mode, klang aber recht bald wieder ab. Nur *wenige Künstler blieben dabei.* Einer von ihnen ist der Schweizer Franz Gertsch, von dem derzeit sechs Bilder in der Basler Kunsthalle zu sehen sind.

Es ist das Werk von sechs Jahren. Gertsch braucht sechs Monate bis ein *Jahr für jedes Bild. Anders als die* nachdrückende „wilde" Generation, die Großleinwände mit breiten Quasten in einem Aufwasch füllt, setzt Gertsch mit feinem Pinsel auf sechs bis zehn Quadratmetern um, was ihm ein Dia vorgibt. Früher hat er das Photo direkt zum Gemälde verwandelt. Inzwischen ist es ihm nur noch Anregung. Trotzdem herrscht Detailgenauigkeit selbst dann noch, wenn man ganz nah an das Bild herantritt. *Allerdings schmilzt alles in der Re*produktion sofort wieder zu einem Photo zusammen.

Während Gertsch früher Gruppen von jungen Leuten malte oder zwei Jugendliche – oft androgyn und nur aus dem Titel einem Geschlecht zuzuordnen –, die sich schminken, beschränken sich seine sechs letzten Bilder auf die Köpfe von Mädchen, das Gesicht dem Betrachter zugewandt und mit Augen, die ihm scheinbar immer folgen (ein Kunstgriff, den die Barockmalerei liebte). *Diese „Aktion" der Porträts – ein we*nig „Big brother ist watching you" – und ihre Größe sind es, die überraschen, wenn man ihnen gegenübertritt.

Die Intensität dieser Malerei, meint Ulrich Loock von der Berner Kunsthalle, visiere unendliche Dauer an, „nicht nur und vor allem im Prozeß des Malens, sondern auch in der Dauer des Betrachtens". Diese Intensität mache „den Skandal dieses Werkes aus, seine entsetzliche Großartigkeit, seine abgründige Unheimlichkeit". Das ist möglicherweise *eine* Art, wie man diese Bilder sehen kann.

Aber auch eine *andere* Sichtweise drängt sich auf. Da bleibt statt der „Großartigkeit" nur die quantitative Größe und statt „abgründiger Unheimlichkeit" stellt sich – gerade „in der Dauer des Betrachtens" – lediglich Langeweile ein. Die nichtssagenden Gesichter der jungen Frauen – schön, aber belanglos – beginnen auch in der Vergrößerung nicht zu sprechen. (*Bis 7. Sept., Faltblatt 2,50 sfr*)

PETER DITTMAR

Bregenz glänzt mit individuellem Opernprogramm

Donizetti schaut sich zu

Die Bregenzer Festspiele verspüren kräftigen Rückenwind, seit sie nicht mehr nur über die wetterlaunische Seebühne verfügen, sondern dazu auch ihr festes Haus haben. Mit der Qualität der Produktionen ist auch der Anspruch gewachsen. Leichtgängige Unterhaltung wie Operette und Musical, die jahrzehntelang die Attraktion am Bodensee ausmachten, hat einstweilen keine Chance mehr.

Auf der Seebühne gibt es dieses Jahr eine Neuauflage von Jerome Savarys „Zauberflöten"-Inszenierung, im Festspielhaus Donizettis „Anna Bolena". Nächstes Jahr stehen gleich zwei Neuinszenierungen an: Wieder führt Savary auf dem See die Regie, und zwar bei Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen", während im Haus Verdis „Ernani" stimmglänzend poliert wird.

Das ist also ein so ehrgeiziges wie individuelles Opernprogramm, das da mit Ballettgastspielen, zahlreichen Konzerten, vor allem der Wiener Symphoniker und einer Ausstellung „Aspekte zeitgenössischer italienischer Kunst" (aus dem Frankfurter Kunstverein) umrankt wird und sich zu einem Kultursommer rundet, der in dieser Gegend mit ihren zahlreichen Mittelstädten, doch ohne die Segnungen eines großstädtischen Kulturangebots, einen wichtigen Akzent nicht nur für den Tourismus setzt.

Donizettis „Anna Bolena" also als diesjährige Festspielpremiere. Von den erst in den letzten Jahren wieder aufgetauchten tragischen Werken des Bergamasker Meisters ist dies wohl die erfolgreichste und meistgespielte – vor allem ihrer unendlich dankbaren Titelpartie wegen. Die liegt ein Stück tiefer als sonst Donizettis Paraderollen und ist auch nicht dermaßen mit stimmakrobatischen Koloraturen gespickt. Ann Boleyn verströmt sich mehr in lyrischer Klage, zuerst über die verlorene Liebe des Königs, schließlich in einer Wahnsinnsszene im Angesicht des Schafotts, eins der größten Solo-Finale der gesamten Opernliteratur.

In Bregenz singt Katia Ricciarelli die Anna, und das ist eine Partie, in der sie alle Vorzüge ihrer Stimme aufs schönste ausstellen kann, deren Problemzonen hingegen kaum preisgeben muß. Das schöne Timbre, das gehauchte Piano spielt sie ebenso grandios aus wie ihre wahrhaft königliche Primadonnenallüre.

Die Rolle der Johanna Seymour fällt Stefania Toczyska zu, einer gerade in diesem Fach verläßlichen Singkämpin seit Jahren. Das obligatorische Rivalinnen-Duett der beiden geht wie in jeder guten Aufführung unentschieden aus. Jewgenij Nesterenko *leiht* seine furchtgebietende Stimme König Heinrich VIII.; Francisco Araiza stemmt seinen so schön erblühten Tenor hinauf in jene Höhenlagen von Lust und Verzweiflung, in denen es Annas verlassenen Gebieten Richard Percy umtreibt.

Riccardo Lombardi schließlich als Rochefort sowie Elena Zilio als verliebter Page Smeton und der Pavarotti-Preisträger Jorge Pita als Sir Hervey vervollständigen das ganz vortreffliche Ensemble, dem mit Giuseppe Patané ein versierter *Kenner* der belcantistischen Singgenüsse am Pult vorsteht.

Schwer hat es bei einer solchen Oper eigentlich nur der Regisseur. Denn auf der Bühne passiert ja nichts, außer daß sich höfische Herrschaften ihre Liebe ins Gesicht und ihren Haß vor die Füße singen. Giancarlo del Monaco hat mindestens versucht, sich dazu etwas einfallen zu lassen.

Von dem Bühnenbildner Ferruccio Villagrossi hat er sich ein halbes Logenrund eines klassizistischen *italie*nischen Theaters auf die Bühne setzen lassen; Donizetti schaut schon als Gipsstatue vom Piedestal dem eigenen Werk zu. Der Hofstaat, ja auch der König, wechselt je nach Bedarf von seinen Logenplätzen auf die Spielfläche. *Das gibt zwar keinen gro*ßen Hintersinn, aber es lockert die Stereotype der Handlung doch etwas auf. Wobei vielleicht und durchaus zutreffend gemeint ist, daß der Hofstaat in Donizettis Werk der Tragödie Annas tatsächlich mit einer distanzierten Neugier zuschaut, als ginge es um ein Theaterstück und nicht um die blutige Wirklichkeit am Hof eines Despoten.

Der angenehmste Effekt von del Monacos Lösung aber ist ein optischer: Bild und Kostüme (Maria-Luise Walek) können auf jene englische Renaissance verzichten, die auf der Bühne immer scheußlich aussieht. Statt dessen eben italienische Eleganz in Weiß, Rot und Gold. Das paßt zu Donizetti besser.

REINHARD BEUTH

Weitere Aufführungen: 27. und 31. Juli, 3. und 7. August.

Gefoltert von GIs – geehrt von US-Schriftstellern: Ezra Pound

„Umnachteter" Amerikaner in Italien

Die Geschichte der Menschheit ist zu kurz, als daß irgendwelche Veränderungen der menschlichen Natur wahrnehmbar würden. Aldous Huxley glaubte dies darin belegt zu finden, daß die frühesten bekannten Werke der Literatur für uns verständlich sind, daß also die Gefühle und Instinkte des Menschen, die Kräfte seines Vorstellungsvermögens in längst vergangenen Zeiten genau die gleichen waren wie heute. Was sich ändere, sei nur der Stil.

So kommt es, daß Werke der modernen Literatur uns unverständlicher sein können, als die der Klassik. Und zu den Dichtern der Moderne, die am schwersten zugänglich sind, gehört der amerikanische Dichter Ezra Pound (1885–1972), obwohl sein Hauptwerk, die „Cantos", entstanden zwischen 1915 und 1959, Erfahrungen unseres Jahrhunderts der Massenfolter und -vernichtung in einer Weise beschreiben, daß sein Zeugnis auch in späteren Epochen *Gültigkeit* haben wird. T. S. Eliot, der von Ezra Pound entdeckt wurde, revidierte seine Meinung über die undurchdringliche Dunkelheit der „Cantos", wie er sie früher empfand: „Ein solcher Wandel der Ansicht ist jedoch bloß *eine Frage der Gewohnheit und* allmählichen Anpassung. Wie direkt, klar und methodisch finden wir heutzutage doch (Joyce') ‚Ulysses'."

Seit 1907 lebte der im mittleren Westen der USA geborene Pound in Europa. Daß die Gründe für diese Emigration in einem Skandal mit einer 17jährigen an der Universität, an der er lehrte, gelegen habe, wurde vor

Ezra Pound – West III, 21.35 Uhr

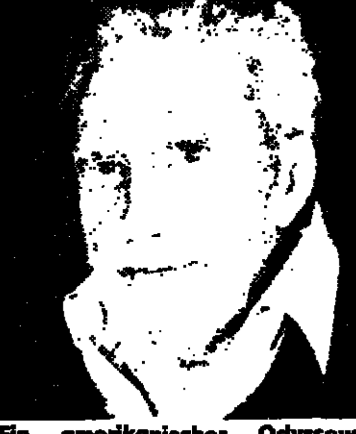
einem Jahr in einer Biographie behauptet. Neben seinen ersten Gedichtbänden gab Pound in London und Paris Zeitschriften heraus, in denen er, Talente auch materiell fördernd, die moderne amerikanische Dichtung begründete.

Zur Zeit des Eintritts der USA in den Krieg, 1941, befand sich Pound in Italien, wo er in Rundfunksendungen über eine von ihm vertretene Währungstheorie, die der Freiwirtschaft Silvio Gesells entlehnt war, Sympathie für die *ökonomischen* Errungenschaften des faschistischen Gastlandes ausdrückte. Er ersuchte das US-Konsulat um Repatriierung, was Washington ablehnte. Pound, dem von Rom Redefreiheit zugebilligt wurde, setzte seine Vorträge fort, die vor kurzem veröffentlicht wurden.

Als die amerikanischen Streitkräfte Genua besetzten, meldete sich der Dichter bei ihnen und wurde in ein Straflager bei Pisa eingewiesen. In einer Dunkelzelle wurde er gefoltert. Der Lagerkommandant ließ dann für ihn einen Käfig bauen, auf dessen Zementfußboden er die Nächte bei grellem Scheinwerferlicht verbrachte. Nach sieben Wochen wurde er in einem kleinen Zelt untergebracht, in dem er seine bedeutendsten „Cantos", die „Pisaner Gesänge", schrieb. Nach vier Monaten brach seine Gesundheit zusammen.

Er wurde zu einem Gerichtsverfahren unter der Anklage des Hochverrats nach Washington überstellt, dann aber, als die Tiraden gegen ihn in Rundfunk und Presse ein ordentliches Verfahren unmöglich machten, in ein staatliches Sanatorium eingeliefert. Die Öffentlichkeit plädierte auf Irrsinn, der in seinen Gedichten zum Ausdruck komme, das Gericht auf frühzeitige Senilität.

Dann geschah das Unerwartete: Eine Jury, zu der die bedeutendsten amerikanischen Dichter (verschiedener politischer Überzeugungen) gehörten, verlieh ihm einstimmig den Preis der American Library of Congress für die beste Lyrik des Jahres 1949. „*Die ärztlich bescheinigte geistige* Umnachtung und die politische



Ein amerikanischer Odysseus: Pound FOTO: HORST TAPPE

Überzeugung Pounds hat der Dichterrat anscheinend nicht ernst genommen", schrieb dazu Hannah Arendt, die so empört war wie die Öffentlichkeit. Wie in Europa verdunkelte damals auch in Amerika der Haß den Verstand.

Unsere Einsicht in die Bedeutung des Werkes Ezra Pounds, die damals *nur von wenigen erkannt* wurde, garantiert nicht, daß wir heute aus solchen Erfahrungen gelernt hätten, um die Wirrnisse der menschlichen Natur besser zu begreifen. Pound wurde bald darauf entlassen und kehrte nach Europa zurück, um sein Werk in der Nähe von Meran zu vollenden.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

KRITIK

Bis tief unter die Haut

Den gebeugten Greis, dem die Kamera auf seinen Wanderungen durch die Straßenschluchten Manhattans auf den Fersen ist, kann man so schnell nicht vergessen. Fasziniert folgt man ihm, wie er orientierungslos das Herz New Yorks in blauen Turnschuhen durchstreift, vorbei an Autofriedhöfen, Parks und Avenuen.

Zacharias Dische (91), geboren in Lemberg, aufgewachsen in Wien, *emigriert in die USA*, ist das, *was man* ein Phänomen nennt. **Zacharias** (ZDF), wie er liebevoll im Film genannt wird, hat das Glück, eine Tochter (Irene) zu haben, die den verschlungenen Lebensweg ihres Vaters auf Spielfilmlänge gebracht hat. 90 Minuten, die *nachdenklich machen.*

Ein ungewöhnlicher Mann? Ein außergewöhnlicher Mann. Und ein ganz außergewöhnliches Portrait, ein Wechselbad von Gefühlen erzeugend. Bedrückend und stimulierend zugleich, was die Lebensumstände des alten Mannes angeht. Zunächst kommen Interesse und Bewunderung auf, bis sich so etwas wie Wehmut breitmacht. Doch dies ist mehr als – wie er es selbst sieht – „die Tragödie eines ganz alten Mannes", der gern 115 Jahre alt werden möchte.

Zu seiner Zeit war er ein geachteter *Biochemie-Professor an der Colum*bia-University, Vorkämpfer auf dem Gebiet der Genetik; ein Außenseiter, der das Licht der Öffentlichkeit scheute, obwohl er mehrere Male für den Nobelpreis nominiert worden war. Selbstbekenntnis: „Die wissen*schaftliche Betätigung* war die Grundlage meines Lebens."

Ein Paradestück für das Medium Fernsehen, diese Studie voll einfühlsamer Wahrhaftigkeit zu erstellen, so ehrlich, daß sie streckenweise tief unter die Haut geht. Verdichtete Text- und Bildmontagen, aus denen Melancholie und Poesie sprechen. Der Greis Zacharias, der „beinahe sogar einmal geheiratet hätte" und der stets einen Haß auf konventionelle Lebensweise hatte, lebt heute allein. Schließlich kündigt uns der Greis ein „einzigartiges Caféhaus" an, um dann bei MacDonalds über die Vorzüge der blankgewetzten Sitzbänke zu dozieren.

DIETER THIERBACH

STUDIO

Nur zum Schein rollte vorgestern im Aachener Spielcasino die Kugel, verpulverte der schöne Sky Dumont alias Guido von Trenz das erheiratete Geld – einer geborenen Losberg. 26mal sollen die **Losbergs** als „deutsche **Antwort auf Dallas** und Denver" im West-Regionalprogramm zu sehen sein (ab 5. November). Als Lockvögel zwitschern **Vera Tschechowa, Ingrid van Bergen**, Horst Frank und Alexander Leuschen. Michael Arnal und Xao Seffcheque rührten aus Intrigen und Liebeleien das Drehbuch zusammen. Für je 13 Folgen führen Wolfgang Teichert und Dieter Kehlen Regie. In Aachen und auf dem „Stammsitz" der Losbergs im belgischen Verviers begannen die Dreharbeiten. (dpa)

*

Radio Peking, der Rundfunksender der VR China, hat jetzt ein Büro in Bonn. Am Schlehenweg 10 residieren zwei Korrespondenten. H. J.

*

Lia Wöhr, Wirtin **Zum Blauen Bock**, feiert am Sonnabend ihren 75. Geburtstag. Für den Hessischen Rundfunk ist sie der Inbegriff der „Macherin" der 50er und 60er Jahre. Sie begann beim Ballett und arbeitete als Opernregisseurin. Lia Wöhr war für die **Familie Hesselbach** als **erste Produzentin beim Fernsehen** verantwortlich. (dpa)

*

Home Shopping Network ist der Vorreiter der neuesten TV-Revolution in den USA. Es ist die erfolgreichste von mehreren Kabel-Fernsehfirmen, die **Waren zu Diskontpreisen** anpreisen. Die Firma erreicht acht Millionen Haushalte, macht pro Tag mehr als **500 000 Dollar Umsatz**. Verkäufer von HSN ist Bob Circosta. Er leitet jeden Tag von 12 bis 16 Uhr eine Sendung, während der er, neben sich die amerikanische Fahne, wie ein Nachrichtensprecher Produkte hochhält und anpreist. Ein Computerschirm gibt ihm Auskunft über das Volumen der **telefonischen Bestellungen**. Wenn das Interesse nachläßt oder der Vorrat erschöpft ist, nimmt er sich das nächste Produkt vor. (SAD)

*

Radio Vatikan kostete den **Heiligen Stuhl 1985** rund **40 Millionen** Mark. Das teilte es in einer Hörerpostsendung mit. H. J.

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info Arbeit und Beruf
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Kassensturz
Fernsehfilm
11.50 Umschau
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.50 Klamottenkiste
Arme Würstchen
15.05 Unsere kleine Farm
Falsch verbunden
15.50 Tagesschau
16.00 Tiere vor der Kamera
Aus dem Familienleben der *Grizzly-Bären*
Von E. Arendt und H. Schweiger
16.45 Tom Sawyer und Huck Finn
Jim wird verraten
17.10 Achtung – Klappe!
Kinder als Reporter
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ministerpräsidenten auf Reisen
Die Regional-Interessen kollidieren zunehmend mit denen der Bundesrepublik: Dokumentation über die Nebenaußenpolitik der Ministerpräsidenten
Von Thomas Reimer
21.00 Der 7. Sinn
21.03 Musikantenstadl
Volkstümlicher Abend
Aus der Olympiahalle Innsbruck
Moderation: Carolin Reiber
22.30 Tagesthemen
23.00 Lebeck
Von Günter Seuren und Johannes Schaaf
Der Besuch in einem niederrheinischen Städtchen als Lokaltermin. Über die Hinrichtung von drei Zivilisten kurz vor Kriegsende wegen Wehrkraftzersetzung, gedacht zur Rettung der Heimatstadt. Lebeck war Zeuge der Exekution.
0.20 Tagesschau
0.25 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.05 Kleine Abenteuer
Die streng geheime Joanne
15.30 Ferienkalender
Zur Verkehrssicherheit
16.05 Der Stein des Marco Polo
16.30 Ein Fall für TKKG
Der Schlangenmensch
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Königlich Bayer. Amtsgericht
Der Wilderer
19.00 heute
19.30 Das Schönste aus: „Sing mit uns"
Regie: Ekkehard Böhmer
Mit R. Kollo, R. Schock, V. Torriani, I. Rebroff, H. Hoppe, Marianne und Michael, L. Baumann, K. Ridderbusch, Menskes Chören, Kölner Opernchor, Bielefelder Märchenchor
21.00 „Wie der letzte Dreck"
Im Behördenalltag
Von J. Schuhler und W. Schmidt
21.45 heute-journal
22.10 Ohne Kernenergie – was dann?
Hoffnungen auf bessere Technik
Von D. Balkhausen und H. Hackl
22.55 Dannys Traum
Fernsehspiel
Mit A. Rosenberg, J. Speidel, A. Mannkopff, D. Ashkenasi
Regie: Sigi Rothemund
Seiner Englischlehrerin sagt Danny (16): „Man wird geschlagen und schlägt zurück." Dann legt er eine Lebensbeichte ab.
0.25 heute

III.

WEST

18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der Unsichtbare kehrt zurück
Amerikanischer Spielfilm (1940)
Mit Vincent Price, Sir Cedric Hardwicke, John Sutton
Regie: Joe May
21.35 Ezra Pound
Ein amerikanischer Odysseus
23.05 Reisewege zur Kunst
England: Die Kanalinseln
23.50 Nachrichten

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Schwarzes Leid und weiße Weste
Kirchliches Geld für Befreiungsbewegungen?
19.00 Musik für uns – Musik für Euch
19.15 Baumeister der Lüfte
20.00 Tagesschau
20.15 *Liebling der Frauen*
Franz.-engl. Spielfilm (1953)
Mit G. Philippe, Valerie Hobson
Regie: René Clément
21.55 Bücherjournal
Das Böse kommt auf leisen Sohlen
Von Ray Bradbury
22.40 Das Tor zum geheimen Öffnen
Existentialpsychologische Therapie
23.25 Nachrichten

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.32 Fame (8)
19.20 Hessenschau
Ab 20 Uhr: wie NORD

SÜDWEST

16.00 Kurven-Lilly
Amerikanischer Spielfilm (1965)
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Volkstanz
18.32 Mad Movies
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Drei Mäderl um Schubert
Österreichischer Spielfilm (1936)
Mit Paul Hörbiger, Else Elster, Maria Andergast
Regie: E. W. Emo
21.00 9 aktuell/Neues um Neun
21.45 Sport unter der Lupe
22.30 So isses
0.00 Nachrichten

BAYERN

18.15 *Familienjournal*
18.45 Rundschau
19.00 Liebesspuk um Mitternacht
Italienischer Spielfilm (1958)
Mit Nino Manfredi, Marisa Allasio
20.30 Flash Gordon (2)
20.45 Betteln für Gott
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau
23.25 Marie-Octobre
Französischer Spielfilm (1958)

SAT 1

15.00 Marco
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Die deutsche Musicbox
17.00 Kobra, übernehmen Sie
Anschl.: Lionel Hampton
18.00 Boomer, der Streuner
Anschließend: Dick Tracy
18.30 APF-blick
18.45 Hurra, wir senden
Show-Magazin
19.45 Smoky, König der Prärie
Amerikanischer Western (1946)
Mit Anne Baxter, Fred McMurray
Regie: Louis King
21.30 APF-blick
22.15 Lektüre ist angesagt
Carl Raddatz liest aus Werken von Carl Zuckmayer
22.45 High Chaparral
Ein aussichtsloser Kampf
Anschließend: APF-blick

1 PLUS

19.00 Kantine
19.45 Das internationale TV-Kochbuch
20.00 Tagesschau
20.15 Jean Christophe
Die Auflehnung
21.05 Konzert für Violine und Orchester
Anton Bruckner
Sinfonie Nr. 4 Es-Dur
NDR-Sinfonieorchester unter Klaus Tennstedt
22.30 Geraubtes Gold
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Mit Alan Ladd, Ernest Borgnine, Katy Jurado
Regie: Delmer Daves
Anschließend: Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Derrick
Eine ganz alte Geschichte
Von Herbert Reinecker
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 John und Mary
Amerikanischer Spielfilm (1969)
Mit Dustin Hoffman, Mia Farrow, Michael Tolan, Sunny Griffin
Regie: Peter Yates
23.15 Nachrichten

RTL plus

18.15 Starmix oder Regional 7
18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Knight Rider
Die Boden-Spekulanten
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die süßesten Früchte
Deutscher Spielfilm (1954)
Mit Gunther Philipp, Rudolf Platte, Oskar Sima, Wolf Albach-Retty
22.07 RTL-Spiel
22.10 Popeye
22.20 Neu im Kino
22.35 Geheimauftrag für John Drake
22.52 Wetter/Horoskop/Betthupferl



Wer stört hier wen?

He. – Moskaus Botschafter am Hof von St. James, Leonid Samjatin, hat dem Unterhaus eine Nachhilfestunde in Dialektik erteilt. Zum ersten Mal erklärte sich ein hoher Sowjetdiplomat bereit, dem Parlament Rede und Antwort zu stehen. Samjatin ging aus der Prüfung mit fliegenden (roten) Fahnen hervor: redegewandt und um keine Antwort verlegen. Mal auf Russisch, mal auf Englisch zog sich die Exzellenz als exzellenter Wortakrobat aus jeder Schlinge und brachte die Abgeordneten des außenpolitischen Ausschusses mit einer Mischung von marxistischer Dialektik und Clownskabarett sogar zum Lachen.

Warum trotz Helsinki gar so wenigen Sowjetbürgern Gelegenheit zum Besuch des westlichen Auslands als Touristen gegeben werde, wollten man wissen. „Sie dürfen nicht vergessen", erläuterte Samjatin seinen bekanntlich pragmatisch denkenden Zuhörern, „daß die Leute dafür mit ihrem eigenen Geld zahlen müssen. Deshalb ziehen viele es vor, statt als Touristen lieber mit einer Delegation zu kommen."

Warum, trotz Helsinki, die russischsprachigen BBC-Sendungen gestört würden? „Wir stören BCC-Sendungen nie, wenn sie einem offenen und ehrlichen Dialog dienen." Außerdem: „Ich kann hier Radio Moskau auch nicht richtig hören, weil ihr den Empfang stört." Da jeder – und auch Samjatin – weiß, daß es im Westen keine Störsender gibt, belehrte er die Abgeordneten: „Mir liegen da Informationen vor. Ihr macht das auf ganz simple Art. Ihr laßt eure Rundfunkstationen so dicht neben den Frequenzen von Radio Moskau senden, daß man Moskau kaum noch hören kann." Daß das die einzige Möglichkeit ist, die östlichen Störungen zu unterlaufen, weil dann mit den westlichen auch die eigenen Programme unhörbar werden, hat Samjatin keiner gesagt. Auch nicht die vornehmen britischen Members of Parliament.

„Ihr stört alles, was euch gegen den Strich geht", klagte der sowjetische Diplomat – und belehrte auf seine Weise die Abgeordneten von Westminster, daß es nicht auf die Wahrheit, sondern auf die Dialektik ankommt.

Mit der Zuckerrübenbahn nach Röttingen zu einem Nestroy, den niemand kennt: Die „Festspiele an der Romantischen Straße"

Da hupfen die Gedanken wie Steinböck' herum

An der Romantischen Straße von Würzburg nach Füssen ist unter den kleineren Gemeinden, die zur Ferienzeit endlich auch mal was vom reißenden Strom der Touristen abschöpfen wollen, die „Europa-Stadt" Röttingen mit ihren 1266 (voriges Jahr: 1291) Einwohnern eine der kleinsten. Um so heftiger und modellhaft bis zur Kuriosität arbeitet sie an einem mittelalterlich-properen Image, das Omnibusse zum Halten und die Straßenromantiker zum Staunen, Wandern, Trinken und Übernachten bringen soll.

Und zwar international. So daß sie zum Beispiel den Besuchern aus den Niederlanden lauter schöne „lichpuntje voor natuurliefhebbers en milieubeschermers" empfiehlt. Das sind im einzelnen: Sieben alte Wehrtürme, die obligaten Pfade für Trimmer und Waldlehrlinge, ein Fußabdruck der heiligen Kunigunde und neuerdings vom Röttinger Friedhof aus der lange Archäologische Weg in die Steinzeit.

Wem das neben Radeln, Angeln, Grillen et cetera nicht reicht, der kann auf einem Zwei-Kilometer-Marsch von einem Dutzend Sonnenuhren die Zeit ablesen. Das heißt, er kann sie ergrübeln, wie beispielsweise vor einer Kugelsonnenuhr mit folgender enigmatischer Gebrauchsanweisung: „Der Betrachter führt einen geraden Stab – Luftpumpe, Spazierstock oder ähnliches – so vor die Sonnenuhr, daß bei Sonnenschein der Schattenriß den Südpol fluchtgerecht mit dem Nordpol verbindet, diese Schattenposition fixiert die gültige Uhrzeit". Also Zeitsuche als Zeit-Vertreib.

Der sensationelle „Zeitvertreib" aber herrscht jetzt in Röttingens meistsaniertem Mittelalter, auf der Burg Brattenstein. Für seine „Festspiele an der Romantischen Straße" hat Veit Relin diesmal einen Nestroy, man muß schon sagen: aufgerissen, der tatsächlich als deutsche Erstaufführung über die breite Drei-Zimmer-Bühne des Burghofs geht.

Der Autor spielte seine Posse „Zeitvertreib" selber nicht mehr, angeblich weil er sich zu alt fühlte für die Hauptrolle der Jungfer Bumml; außerdem gehört das Einakterl nicht gerade zu Nestroys größten Leistungen. Älter als der damals (und kein bißchen weiser) spielt Relin die Jungfer nicht nur. Er arbeitet sie um und



Zwei Wölfe und die sieben Geißlein: Veit Relin als Jungfer Bumml (M.) und Johann Nikolussi als Feldern (r.) in der Röttinger Aufführung FOTO: B. FELLHOFER

auf, mit Nestroy-Text aus anderen Stücken. Erfindet Szenen hinzu, die ihm nur Nestroy selber in einer spiritistischen Sitzung zugeraunt haben kann…

Nach Relins „Muffl" im vorigen Jahr zeigt nun auf den Wegweisern im Taubertal seine „Jungfer Bumml" nach Röttingen. So daß schon der Verdacht aufkam, es handle sich um jene ortsbekannt sagenhafte Jungfrau, die der ritterliche Vater einst lebendig vorm Hundheimer Tor einmauern ließ, als er sie im Ufergebüsch der Tauber mit einem Jüngling erwischte.

Der festspielmäßige Zeitvertreib beginnt (für die Aufführungen am 1., 2., und 9. August) schon bei der Anfahrt in Würzburg. Für sie wurde die 80 Jahre alte, nur noch gemütlich mit Zuckerrüben fahrende Gaubahn wieder personenfähig gemacht und „Bumml-Expreß" getauft (auch „Junfern-Fahrt" hätte noch einmal gepaßt).

Dicht gedrängt an langen Tischen, mit Röttinger „Feuerstein" Tropfen für Tropfen und Schluck für Schluck vorbereitet auf sprühende Funken, haben die 500 ihren Freiluftspaß an einem Nestroy, den keiner kennt. Und an einem Schauspieler, der ihn auswendig weiß. Die Handlung ist natürlich lediglich ein Vorwand für die satten Wonnen entfesselter Altwiener Volkstheater-Temperamente. Relin spielt den Diener eines verschuldeten Junggesellen (Johann Nikolussi), der von seinem Hausherrn (Peter Josch) unter Heimarrest gestellt wird.

Zum Zeitvertreib locken beide per Anschlagzettel sieben junge Weißnäherinnen in den angeblichen Modesalon. Tarnen mit Frauenkleidern ihren arg wölfischen Appetit auf die sieben Geißlein. Und kosten mit rutschender Perücke, klobigen Stiefeln unterm Rock und mit tiefer Damen-Stentorstimme aus leerer Brust den niemals umzubringenden Theater-Jux aus, als wären sie Charlys Tante hoch zwei. Sie machen kein Hehl daraus, daß sie in einem fröhlichen Burghof Nestroys Sprachwitz so kraftvoll und laut, so silbenbewußt und doch so agitiert wie möglich unbedingt bis in die letzte Reihe schleudern wollen. Relins Regie kennt da keine falsche Zurückhaltung. Er weiß: anstecken müssen die Szenen. Spielfreude geht hier vor Denkanstoß. Nichts schrecklicher als eine verinnerlichte Pointe…

Natürlich werden sie nach viel neckischer Turbulenz – der Hausherr verguckt sich plötzlich in die falsche Jungfer: welch eine hohe Schule der Koketterie mit dem Publikumseinverständnis! –, nach viel Gegrabsch also und Gekreisch von den Mädchen enttarnt. Aus ist's mit dem erhofften scharfen „Senf für das alltägliche Rindfleisch des Lebens", wie Bumml räsoniert. Daß „Rindfleisch" an diesem Ort einmal ein gefürchtetes Schreckenswort gewesen ist, davon widerhallen die Burgmauern seit Menschengedenken nicht mehr. So nämlich hieß jener Edelmann, der am 20. April 1298 in Röttingen 21 (namentlich überlieferte) Juden ermorden ließ und damit eine allgemeine Verfolgung in Franken und Bayern auslöste.

Die (von Angelika Löther) altwienerisch fesch kostümierten Mädchen haben es nicht leicht neben den alten Nestroy-Hasen. Es sind sieben Wiener Schauspielschülerinnen, für die meisten ist es der erste öffentliche Auftritt. Und schon stürzen sie einen mit ihrem übersprudelnden, dennoch disziplinierten Temperament ins außerösterreichische Nachdenken: ob so ein Typ je an der Münchner Falckenbergschule oder sonstwo großwerden kann, ja ob er anderswo überhaupt ernsthaft gewünscht und animiert wird? Daß hier gleich sieben klare Varianten des scheinbar so fixierten Weana Madls in voller Aktion zu besichtigen sind, macht jedenfalls einen Hauptreiz dieser neuen deutschen Nestroy-Errungenschaft aus. Sie kriegen übrigens die gleiche Gage wie ihre Kolleginnen in der Tischgesellschaft des Salzburger „Jedermann".

Aktuelles *name dropping* reißt das possenhafte Biedermeier immer wieder in die Gegenwart. Der Bumml treibt seine Spiele mit Heino, Waldheim, Tschernobyl, der NATO… aber nicht, wie etwa Sepp Bierbichler, als gezielten Theatermißbrauch. Eher läßt er das Theater gleichsam aus der Kulisse spöttisch aufseufzen über die Bredouillen dieser Welt. Dabei bleibt die Grenze zum Kalauer offen. Bumml, nachdem er dem andern den unfraulichen Schnurrbart rasiert hat: „So, jetzt schauen S' Ihnen in Spiegel!" Dabei reicht er ihm das gleichnamige Magazin, nur um es wegzuziehen und zu sagen: „Na, in an gscheitn!" Ein Burghof-Lacher ist es allemal.

Gelacht wird auch noch *extra muros*. Und nach zwei Stunden Nestroy mit „Feuerstein" kann's durchaus passieren, daß, um mit Relins Bumml zu reden, „auf den starren Felsen der Albernheit die Gedanken wie Steinböck' herumhupfen…" (Vorsicht! Bissiger Fund!)

ARMIN EICHHOLZ

Nächste Spieltage: 24.–27. 7.; 30. 7.–3. 8.; Kartenbestellung 09338 / 200

JOURNAL

Spielplan des Münchner Residenztheaters

LSM. **München**

Eine Ur- und vier deutsche Erstaufführungen stehen auf dem ersten Spielplan des neuen Chefs am Münchner Residenztheater, Günther Beelitz, der damit die betont zeitgenössische Linie seiner Düsseldorfer Zeit fortsetzt. Das Programm gliedert sich in die Schwerpunkte „Antisemitismus und die Folgen", „Theater als Metapher der Zeit" und „Spielarten der Macht". Von Tankred Dorst wird „Ich, Feuerbach" uraufgeführt. Die Erstaufführungen sind Heinz Rudolf Ungers „Zwölfeläuten", John Grays „Billy Bishop steigt auf", Jane Bowles' „Im Sommerhaus" und Christopher Hamptons „Gefährliche Liebschaften". Zwei Klassiker eröffnen die Saison: Schillers „Kabale und Liebe" sowie „Die Frauen von Trachis" von Sophokles/Ezra Pound.

Carl Häberlin und die Historienmalerei

ohn. **Eßlingen**

Ein bedeutendes, in der Öffentlichkeit weitgehendes vergessenes Kapitel württembergischer Kunstgeschichte des 19. Jahrhunderts zeigen die Galerie der Stadt Eßlingen (Villa Merkel) bis 17. August und das Rosgartenmuseum Konstanz vom 22. August bis 21. September. In einer Auswahl werden Schüler von Carl Häberlin vorgestellt: Otto Faber du Faur, Robert von Haug, Louis Braun, Hans Canon, Christian Speyer und andere. (Katalog „Carl Häberlin und die Stuttgarter Historienmaler seiner Zeit", 136 Seiten mit 36 Abbildungen, 39 Mark)

Ausbildungsstätte für Pantomimen

dpa. **Berlin**

Eine erste zentrale Ausbildungsstätte sollen die Pantomimen der „DDR" jetzt im Ostberliner Filmtheater Am Friedrichshain erhalten. Sie wird gleichzeitig die Hauptspiel- und Probestätte für die Pantomimen sein. Auch die neu entstandene Spielstätte im Ostberliner Thälmannpark soll künftig für das gestische Theater genutzt werden.

Musik und Theater im Pariser Untergrund

AFP. **Paris**

In der Pariser Metro gibt es in den Sommerwochen wieder Kultur im Untergrund. In der zentral gelegenen Station Auber, einem großen Umsteigebahnhof, sind den ganzen August hindurch und bis 12. September Chanson-Nachmittage, Konzerte mit Kammerorchestern, Theater- und Ballettvorführungen geplant.

Zille-Fotos von der Jahrhundertwende

DW. **Berlin**

235 Original-Fotos von Heinrich Zille sind wieder in Berlin. Die Sammlung – aus Anlaß der 750-Jahr-Feier der Stadt von der Berliner Bank erworben – geht in das Eigentum der Berlinischen Galerie über, die sie 1987 im Rahmen der Zentralen Historischen Ausstellung im Martin-Gropius-Bau erstmals der Öffentlichkeit präsentieren wird. Die Fotos aus der Zeit um die Jahrhundertwende zeigen Motive aus Zilles Privatleben, Kinder, Alt-Berliner Ansichten und Vergnügungsstätten.

Deutsche Filme bei internationalen Festivals

dpa. **München**

Ungewöhnlich stark ist der deutsche Film auf den bevorstehenden Wettbewerbsfestivals vertreten. So laufen in Locarno (vom 7. bis zum 17. 8.) „40 Quadratmeter Deutschland" von Tevfik Baser sowie „Die Walsche" von Werner Masten. Josef Rödls jüngster Film „Der wilde Clown" und Helma Sanders „Laputa" sind in Montreal vom 21. 8. bis 1. 9. zu sehen. Um den Goldenen Löwen werden in Venedig vom 30. 8. bis 10. 9. Peter Lilienthals „Das Schweigen des Dichters" und Markus Imhoofs „Die Reise" konkurrieren.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Prinz Jussuf von Theben, das literarische Alter ego von Else Lasker-Schüler, strahlt noch immer einen Zauber aus, dem man sich nicht entziehen kann. Wenn man den Roman in Briefen (an den „lieben blauen Reiter Marc") „Der Malik" zur Hand nimmt, liest man sich sofort in dieser märchenhaften Geschichte mit einem sehr realen Hintergrund fest. Nicht anders ist es bei den Gedichten oder dem Roman „Mein Herz", der die Künstlercliquen in Berlin vor dem Ersten Weltkrieg ironisch umspielt. Mit diesen drei Bänden begann jetzt eine Ausgabe der gesammelten Werke in acht Taschenbuchbänden. Ein löbliches Unternehmen. P. D.

Else Lasker-Schüler, „Der Malik", 102 S., 5,80 Mark; „Mein Herz", 110 S., 5,80 Mark; „Gedichte 1902–1943", 436 S., 14,80 Mark; alle bei dtv.

Neue Schallplatten: Michael Maisky und Martha Argerich spielen Bach

Musik zum Bügeln und Kaffeetrinken

Es ist noch keine 160 Jahre her, da ist ein wagemutiger Verleger wie der Schweizer Hans Georg Nägeli unter anderem daran kaputtgegangen, daß er sich für den vergessenen Avantgardisten Bach engagierte und so abseitige Werke wie dessen h-Moll-Messe unter großen Opfern herausbrachte. Heute, im Zeitalter der Bach-Jahre und der Bach-Inanspruchnahme, hat sich das geändert: Was ein ordentlicher Produzent herausbringt, hat mindestens enzyklopädischen Charakter, wird eine Art klingendes Bach-Werk-Verzeichnis. Gesicherte Kulturgüter werden eingefahren.

Dabei stellt sich bestenfalls die Frage (die aber gewöhnlich unterdrückt wird): Welche Art der Interpretation kann denn nun als gesichert betrachtet werden?. Grob unterschieden: Ist es die „romantische", wie sie sich in der Bach-Renaissance des 19. Jahrhunderts herausgebildet hat, oder ist es die stilbewußte der „Alten Musik", die mit den historischen oder historisch nachgebauten Instrumenten auch deren (in unseren Ohren: verklemmte) Intonationsweise und vermeintliche Ästhetik zu reproduzieren sucht?

Der Unterzeichnete gesteht viel Sympathien für die romantische Partei, also für den Bach, wie ihn die Juden und Zigeuner spielen, zum Beispiel Oistrach. Schließlich waren Bachs Vorfahren Ungarn und nur „wegen der Religion", also als Dissidenten, von dort nach Thüringen geraten. Der Rezensent findet auch, daß die Romanen, seien es Franzosen, seien es Italiener oder Brasilianer, mit ihrem Gefühl für weite Bögen und metaphysische Konstruktionen Bach oftmals viel adäquater erfassen als seine deutschen Landsleute, die seine Musik korrekt und kühl Achtel für Achtel zergliedern, als wäre er ein Ratskomponist.

Diese Schallplatten hier wurden nun also von einem Cellisten eingespielt, über den man auf dem sonst sehr gewissenhaft redigierten Cover kein Sterbenswörtchen erfährt. Also schlagen wir nach im neuen „Frank-Altmann" und erfahren folgendes: Michael Maisky ist 1948 in der UdSSR geboren, studierte in Leningrad, in Moskau bei Rostropowitsch und schließlich in Los Angeles bei Pjatogorski. Wo er jetzt lebt, erfährt man nicht.

Nun, es ist ja eigentlich auch egal – jedenfalls ist diese Aufnahme ein Beispiel für die russische Schule der Bach-Interpretation, die gleichzeitig romantisch und doch sehr strukturbewußt ist, die der junge Musiker hier fortsetzt. Nüchtern und gleichsam zögernd und improvisierend gestaltet er die Bachschen Solosuiten zu allesamt sehr persönlichen Äußerungen.

Martha Argerich bewundere ich auch, besonders als Chopin-Interpretin. Wenn mich die Interpretationen der Sonaten für Cello und Klavier doch nicht überzeugen, so liegt das dennoch nicht an der Interpretation, sondern an der Besetzung: Begleitinstrument müßte eben doch nicht das Klavier, sondern das Cembalo sein. Es klingt ganz einfach philosophischer.

Vom Klavier begleitet, werden die Sonaten dagegen schlichtweg zur Unterhaltungsmusik: Man kann dazu bügeln, Kaffee trinken oder fernsehen. Wer weiß, vielleicht hat Anna Magdalena Bach zu diesen Klängen wirklich Kaffee getrunken oder gebügelt: ferngesehen hat sie bestimmt nicht. DETLEF GOJOWY

6 Cello-Suiten (BWV 1007–1012). Mischa Maisky. 3 LP in Kassette. Deutsche Grammophon 415 416-4

Drei Sonaten für Violoncello und Klavier (BWV 1027–1029) Mischa Maisky, Violoncello, Martha Argerich, Klavier. Deutsche Grammophon 415 471-1

„Ich mußte einfach graben": Schätze eines Jerusalemer Hobby-Archäologen

Eine Zisterne unter dem Eigenheim

In Texas kann man in seinem Garten mit ein bißchen Glück Erdöl finden – in Jerusalem fanden ein Mann und seine Frau unter ihrem Haus Kunstgegenstände und historische Überreste, die 2500 Jahre jüdische Geschichte umspannen. Nachdem er 16 Jahre lang unter dem Gebäude mit Blick auf die Westmauer des Tempels gegraben und zu diesem Zwecke mehr als drei Millionen Dollar investiert hatte, konnte Theo Siebenberg nun ein ungewöhnliches privates Museum öffnen.

Der aus einer prominenten belgisch-jüdischen Familie stammende Siebenberg wanderte 1966 nach Israel ein. Gegen die Ratschläge von Experten, die meinten, es sei sinnlos, unter seinem Haus zu graben, beschäftigte Siebenberg jahrelang bis 30 Arbeiter. Esel brachten den Schutt auf engen Pfaden zu Tage, dort wurde er gesiebt. „Ich mußte einfach graben", sagte der 59 Jahre alte Siebenberg, „es war etwas, das ich einfach tun mußte. So wie Sir Edmund Hillary, der erste Bezwinger des Mount Everest, sagte: ‚Ich tat es, weil es dort war.' Nur statt emporzusteigen, ging ich hinunter."

Das erste, was man nach zwei Jahren harter Arbeit fand, war ein bronzener Schlüssel in Form eines Ringes, der wahrscheinlich zur Zeit des Zweiten Tempels von einer Dame zum Verschluß ihrer Geschmeide in einer Schatulle benutzt wurde. Es folgten Münzen, Krüge, Schmuckstücke, Küchengeräte, Pfeilspitzen, Mosaike, Steingewichte und schließlich zwei Mikvahs (rituelle Bäder). Eine Vase aus dem 6. Jahrhundert vor der Zeitrechnung fand man genauso wie die verrosteten Reste eines tschechischen Maschinengewehrs, das im Unabhängigkeitskrieg von 1948 bei Juden versteckt war.

Die Geschichte des Siebenberg-Hauses – unter diesem Namen ist das Museum bekannt – begann kurz nach der Wiedervereinigung Jerusalems 1967. Theo und Mirjam Siebenberg, die in Tel Aviv geboren wurde, lebten damals in Haifa. Sie kamen nach Jerusalem, um dort eine geeignete Parzelle zu finden. Nach einigen Enttäuschungen erhielten sie einen Bauplatz in der Altstadt, an einer Stelle, wo Juden seit der Zeit König Davids lebten.

Siebenberg hat nie Archäologie studiert – er kommt aus dem Diamantengeschäft in Antwerpen –, aber er hat sich viele Jahre lang in das Thema vertieft und eine Lizenz vom Regierungsparlament für Archäologie des Staates Israel bekommen. Diese Behörde registriert all seine Funde, und behält sich vor, einige davon im National Museum auszustellen.

Das Ehepaar Siebenberg hat keine Kinder, deshalb haben die beiden ihr Haus und Museum der Stadt Jerusalem vermacht. Bei den Ausgrabungen stießen die Siebenbergs auf die Überreste von Residenzen, die vermutlich wohlhabenden Juden gehörten und im Jahre 70 von den Römern zerstört wurden. Noch tiefer fanden sie Grabgewölbe, die vermutlich Mitgliedern des jüdischen Königshauses zu Zeiten Salomons dienten.

Eine enorme Zisterne aus der byzantischen Periode im Untergeschoß, die eine hervorragende Akustik hat, soll in einen Konzertsaal verwandelt werden. „Das Gefühl der Kontinuität jüdischer Geschichte steigt direkt von unten herauf", sagt Siebenberg. „Hier kann man an einem Ort die jüdische Geschichte vertikal wahrnehmen. Dies gleicht nicht dem Besuch in einem Museum, wo man neben einem Krug ein Datum angezeigt sieht und neben einem anderen Objekt ein anderes Datum. Hier ist alles am Platze. Hier waren wir, und hier sind wir." LILI EYLON

Grundlagen eines wiederentdeckten Klassizismus: Haller von Hallerstein im Berliner Antikenmuseum

Doch die Pferdeköpfe blieben auf dem Parthenon

Der prominenteste Auftraggeber war Byron. In einem Brief an seine Mutter schrieb der Lord über den Nürnberger Carl Freiherr Haller von Hallerstein, der auch einmal ein paar Tage an einem Ausflug zum Kap Sunion teilgenommen hatte: „In meiner Begleitung befindet sich ein berühmter bayerischer Künstler, der für mich Ansichten von Athen usw. aufnimmt. Dies ist jedenfalls etwas Besseres als die Verseschmiererei, – eine Krankheit, von der ich mich für geheilt halte." Haller war – eigentlich – Architekt. 1798 kam der knapp 24jährige nach Berlin. Unbedingt wollte er Schüler David Gillys werden. Er besuchte die Kunstakademie, war einer der ersten Schüler der eben eröffneten Bauakademie, wurde Mitglied der von Friedrich Gilly gegründeten „Privatgesellschaft junger Architekten", begegnete Schinkel und Gentz.

Haller kam allerdings nur geringfügig dazu, selbst baumeisterlich tätig zu werden. Seine eigentliche Bedeutung errang er durch die Erforschung griechischer Architektur, er lieferte die Grundlagen eines archäologischen Klassizismus vor allem in Bayern. Hallers finanzielle Ausstattung war miserabel. In Griechenland verdiente er sich seinen Lebensunterhalt weitgehend damit, daß er, vorzugsweise für englische Reisende, Veduten und Ansichten von Denkmälern zeichnete.

Im Sommer des Jahres 1810 brach Haller mit den Freunden C. R. Cockerell, O. M. von Stackelberg, P. O. Brödsted, G. Koes und J. Linckh im Sommer 1810 nach Griechenland auf. Dies war keine Bildungsreise. Man gab sich auf ein hohes wissenschaftliches Ziel die Hand: eine „graphische und historische Darstellung des Besten von dem, was wir in verschiedenen Teilen von Griechenland gesehen, erfahren und gelernt haben" zu liefern. Sieben Jahre blieb Haller in Griechenland. Er starb dort 1817 an Gelbfieber als 43jähriger. Er soll im Athener Theseion bestattet worden sein, ohne daß sich allerdings dort Spuren seines Grabes später finden ließen.

Sensation machte im Frühjahr 1811 der Fund der Aegineten, der Giebelskulpturen des Aphaiatempels auf Aegina, als die Freunde „vor dem Vorplatz der Hauptfassade mehrere mehr und minder gut erhaltene Statuen von parischem Marmor ans Tageslicht brachten, das sie Jahrtausende nicht mehr beschienen hatte". Ein halbes Jahr später fanden sie die ersten Bruchstücke des Apollontempels von Phiglia-Bassae. Während die Aegineten vom bayerischen Kronprinzen Ludwig ersteigert wurden, ging der Bassae-Fries an das britische Museum. Die Skulpturen von Aegina waren vor ihrer Versteigerung zunächst nach Malta verlagert worden, später kamen sie zur Restaurierung nach Rom.

Der bayerische Kronprinz installierte Haller zeitweise als Kunstagenten in Griechenland und hätte damals am liebsten auch noch die restlichen Pferdeköpfe vom Parthenon nach München geholt, ein Plan, dem sich Haller mit schönem denkmalpflegerischen Engagement widersetzen konnte. Ludwig beauftragte Haller schließlich, Entwürfe für Glyptothek und Walhalla zu zeichnen. Haller kamen dabei seine überragenden archäologischen Kenntnisse zugute, jedoch wurde ihm Leo von Klenze schließlich als Architekt vorgezogen, der seinerseits auf die Entwürfe des fernen Kollegen zurückgriff.

175 Jahre nach der Entdeckung der Aegineten zeigt jetzt das Berliner Antikenmuseum preußischer Kulturbesitz die von der Münchner Karl-Haller-von-Hallerstein-Gesellschaft zusammengestellte, von der Bayerischen Vereinsbank gesponserte Ausstellung mit Zeichnungen und Aquarellen aus den Jahren 1810 bis 1817, einer Zeit, in der 900 Zeichnungen und ein Dutzend Skizzenbücher entstanden sind. Im Dietrich Reimer Verlag erscheint zugleich eine umfangreiche Publikation, in der diese Arbeiten jetzt erstmals vollständig verzeichnet sind.

Gerade auch im Vergleich zu Stackelbergs Darstellungen wird deutlich, welche überragenden Fähigkeiten der frühromantische „Griechenhaller" in der Darstellung von Bauwerken, in der reich nuancierten Beschreibung von Landschaften besaß. All diese Blätter und Panoramen fügen sich zu einem Griechenlandbild, das nicht nur dem Archäologen wichtige Einsichten vermittelt, sondern jeden Schaufreudigen begeistert. Forschung und Kunst gehen eine harmonische Symbiose ein, die im Laufe der Zeit erst ihre ganze Aura entfalten konnte. PETER HANS GÖPFERT

Bis 31. August; Katalog 29 Mark, im Buchhandel, D. Reimers Verlag, 39,80 Mark

Kleinarchitektur mit reichem Reliefdekor: Konstantinopeler Brunnenhaus, aus der Berliner Ausstellung FOTO: KATALOG

Straftäter: Auf die Baustelle statt ins Gefängnis

JOCHEN LEIBEL, Paris

Jugendliche Straftäter in Frankreich sollen ihre Strafe nicht mehr in Gefängniszellen absitzen, sondern auf Baustellen abarbeiten. Das ist das Kernstück eines „Re-Sozialisierungsplans", den der französische Justizminister Chalandon am Wochenende vorlegte. Nach Schätzungen des Justizministeriums werden jährlich etwa 5000 Jugendliche zu Gefängnisstrafen verurteilt. „Ein Teil von ihnen wird erst in der Zelle wirklich zu einem Kriminellen", sagte der Minister. Frankreichs Gefängnisse – es gibt 30 000 Plätze für mehr als 45 000 Gefangene – sind derart überbelegt, daß Minderjährige ihre Zellen unweigerlich mit abgebrühten Verbrechern teilen müssen.

Nur für Freiwillige

Deshalb die Idee der Behörden, Straffällige unter 25 Jahren auf geschlossenen Großbaustellen unterzubringen. Die Jugendlichen arbeiten, essen *und schlafen auf dem* Gelände und schaffen sich die Grundlagen für einen zukünftigen Beruf als Maurer, Elektriker, Maler oder Fliesenleger. Nur Freiwillige kommen in diese „Arbeitslager".

Das staatliche Kohlengruben-Unternehmen CdF hat schon erklärt, daß es derartige Lager auf dem Gelände von stillgelegten Zechen einräumen könne. Die Jugendlichen würden hier aus alten Industrieanlagen Zonen für die Ansiedlung von Neu-Industrie machen. Außerdem sollen sie bei der Modernisierung von Siedlungen ehemaliger Kumpel eingesetzt werden.

Ein Name fehlt noch

Die Grundidee das Planes ist, verurteilten Jugendlichen zwar das Gefängnis zu ersparen, sie aber nicht straffrei davonkommen zu lassen. Zusätzlich würde der Haushalt des Justizministeriums entlastet. Ein Großteil der Kosten für die „Re-Sozialisierungs-Arbeiten" nämlich werden nicht vom Ministerium getragen, sondern von den Gemeinden und staatlichen wie privaten Unternehmen, die von diesen Arbeiten profitieren.

Ein offizieller Name für das geplante System ist noch nicht gefunden. Der Vorschlag „Berufliche Erziehungs-Baustellen" gilt als zu lang, das Wort „Arbeits-Lager" ist angeblich aus der Zeit der deutschen Besetzung vorbelastet. Justizminister Chalandon allerdings hat schon wissen lassen, daß der Ausdruck „Arbeits-Lager" ihn nicht stören würde. Und es gibt wohl niemanden in Frankreich, der ihm vorwerfen könnte, dem nationalsozialistischen Gedankengut nahezustehen – Chalandon ist hochdekorierter *Widerstandskämpfer.*

(SAD)

Wieder einmal lieferte die englische Monarchie Stoff für ein Märchen: die zweite Traumhochzeit innerhalb von fünf Jahren





Als Frauenheld hatte der zweitälteste Sohn von Königin Elizabeth II. und Prinz Philip in den vergangenen Jahren für Schlagzeilen gesorgt. Gestern gab Prinz Andrew seiner gleichaltrigen Jugendfreundin, der bürgerlichen Majorstochter Sarah Ferguson, das Ja-Wort. 350 Milllionen Menschen in aller Welt verfolgten das prunkvolle Spektakel an den Fernsehschirmen. FOTOS: EPA (2)/AP

Die Braut gelobte ihrem Prinzen Gehorsam

Nach den Worten der Queen sollte die Vermählung ihres zweitältesten Sohnes Andrew mit der Sekretärin Sarah Ferguson eine „Familienhochzeit" werden. Doch wenn Königskinder heiraten, verlangt allein die nationale Pflicht einen etwas größeren Rahmen. In der Westminster-Kathedrale demonstrierten Bräutigam und Braut in Anwesenheit des Erzbischofs von Canterbury, der Königsfamilie, 1800 Gästen und vor rund 350 Millionen Fernsehzuschauern in aller Welt gestern Einigkeit und sagten „Ja".

Für den Prinzen, den seine Mutter noch Stunden vor der Trauung zum Herzog von York gemacht hatte, ging mit dem Versprechen, Sarah nicht nur zu lieben, sondern auch zu ehren, eine bewegte Junggesellenzeit zu Ende. Die Siegerin unter den angeblich zahlreichen Bewerberinnen um den Platz an Andrews Seite, das Bürgermädchen Sarah, gelobte mit der Eheformel von 1662, ihrem Manne zu gehorchen. Die Worte hatte sie nach eigenen Angaben brav geübt, denn sie wollte den Versprecher vermeiden, der Prinzessin Diana bei ihrer Hochzeit mit Kronprinz Charles vor fünf Jahren unterlaufen war – sie hatte die Reihenfolge der Vornamen ihres Gemahls verwechselt und übrigens auch auf das Gehorsamsgelöbnis verzichtet.

Diese Hochzeit war für die Briten wieder einmal Anlaß, ihren ganzen monarchistischen Prunk zu entfalten, mit dem in unserer heutigen *sonst so nüchternen Zeit* kein Staat konkurrieren kann. Es war nicht nur ein Fest für die königliche Familie, sondern mindestens im gleichen Maße auch für einen Großteil des Volkes. Um sich die besten Aussichtsplätze an den Paradestraßen um den Buckingham Palace und Westminster Abbey zu sichern, hatten sich die ersten Neugierigen dort bereits 36 Stunden vor der Hochzeit niedergelassen. Bald herrschte dort regelrechte Karnevalsstimmung.

Als sich die offenen Staatskarossen mit der Königin, dem Herzog von Edinburgh, dem Prinzen von Wales und seiner Prinzessin sowie der Königinmutter und Prinzessin Margret vom Palast aus in Bewegung setzte, kannten Jubel und Fähnchenschwingen keine Grenzen. Sie erreichten ihren ersten Höhepunkt, *als der* Bräutigam in der Uniform eines Kapitänleutnants, mit seinem Bruder Edward an der Seite, passierte. Übertroffen wurde er jedoch noch ein paar Minuten später, *als die* geschlossene Karosse mit der Braut, die die Nacht in Clarence House, dem Sitz der Königinmutter, verbracht hatte, erschien. Ihr Vater, Major Ronald Ferguson, begleitete sie zur Westminster Abbey.



Bis zur letzten Minute wie ein Staatsgeheimnis gehütet: Das Brautkleid aus elfenbeinfarbener Seide. Die Schleppe ist mehr als fünf Meter lang.

Als Sarah Ferguson am Westportal der Abbey *den blauen Teppich* betrat, lüftete sich endlich das gut gehütete Geheimnis um das Brautkleid. Es entpuppte sich als ein bestickter Traum aus elfenbeinfarbener Seide. Der nach hinten weit ausladende Rock war über und über mit kleinen Bienen, Disteln – Bestandteile des Familienwappens der Fergusons – bestickt. Der Anblick der mehr als fünf Meter langen Schleppe verschlug selbst einigen auf Mode spezialisierten Fernsehreportern die Sprache. Sie war mit Ankern, Wellen und Herzen aus Perlen verziert. In der Mitte der Schleppe stand ein riesiges A für Andrew, verschlungen mit zwei kleinen S für Sarah.

An 1800 Gästen vorbei führte der Brautvater die 26jährige, tief verschleierte Braut zum Altar, wo der Prinz auf sie wartete. Als sie auf die entscheidende Frage des Erzbischofs von Canterbury laut und vernehmlich „I will" antwortete, drang von draußen der Jubel der Menge durch die dicken Mauern des königlichen Gotteshauses.

In der geschlossenen zweispännigen Karosse war Sarah Ferguson gekommen, im offenen 1902 gebauten *Landauer fuhr sie wieder ab, gezogen* vcn vier Oldenburger Schimmeln mit zahlreichen Glöckchen in ihren Mähnen. An ihrer Seite der zweitälteste Sohn der Königin, die ihm am Vormittag den traditionsreichen Titel eines Herzogs von York verliehen hatte, dessen letzter Träger sein Großvater, König Georg VI., gewesen war.

Auf dem Hinweg durfte die Braut nur nach ausdrücklicher Genehmigung durch die Queen und auf besonderen Wunsch ihres Vaters von vier Leibgardisten anstelle berittener Polizei begleitet werden, auf dem Rückweg waren es zehnmal so viele. So fein sind die Unterschiede im englischen Protokoll.

Nach der Hochzeitsreise, die wahrscheinlich zu den Azoren führt, wird sich „unser Leben wieder normalisieren" erklärte das Paar am Vorabend der Trauung in einem offenen Fernsehinterview. Das bedeutet, daß Prinz Andrew wieder als Hubschrauberpilot zu seiner Marineeinheit zurückkehrt und die Herzogin von York als Verlagsakquisiteurin wie zuvor Ausschau nach Themen hält, die sie für geeignet hält, veröffentlicht zu werden. Ihr Büro wird im *Buckingham Palast bleiben. Damit* erfüllt sich vorläufig ein Wunsch der jungen Braut nicht. Denn sie wird weiter zur Untermiete wohnen müssen, diesmal jedoch im königlichen Palast. REINER GATERMANN

Nun verzichtet auch England auf den Rohrstock

DW. London

Mit nur einer Stimme Mehrheit entschied das britische Unterhaus am Dienstag nach dreieinhalbstündiger Debatte, daß in Großbritannien die Prügelstrafe in den Schulen abgeschafft wird. Die eine Stimme Mehrheit kam angeblich nur zustande, weil rund ein Dutzend konservative Abgeordnete den Westminster Palast nicht rechtzeitig erreichen konnten. Die Polizei hatte für die Hochzeit des Jahres Absperrungen errichtet.

Damit wurde jetzt ein Gesetzesentwurf der Regierung verworfen, wonach den Eltern das Recht vorbehalten bleiben sollte, sich für oder gegen eine Bestrafung ihrer Kinder durch Stockschläge zu entscheiden. Die regierenden Konservativen wollten mit diesem Entwurf dem Europäischen Gerichtshof in Straßburg entgegenkommen, der bereits des öfteren die Briten zu einer Abschaffung der Schulstrafe gedrängt hatte. Großbritannien ist das letzte europäische Land, das auf die Prügelstrafe verzichtet.

Höchster Schadenersatz

SAD, New York

Den bisher höchsten Schadenersatzbetrag in der Geschichte der Vereinigten Staaten – 65 086 000 Dollar – erkannte jetzt ein Geschworenengericht einer 56jährigen Frau zu. Mae Whitaker war vor vier Jahren nach einer Fehldiagnose durch eine Notoperation, bei der man ihr fast den ganzen Dünndarm entfernen mußte, noch so gerade mit dem Leben davongekommen. Sie wurde monatelang künstlich ernährt und ist auch jetzt noch ständig auf die Hilfe von Maschinen angewiesen.

Ehefrau enthauptet

dpa, Münster

Mit wuchtigen Beilhieben hat am späten Dienstag abend in Münster ein 31jähriger arbeitsloser Pakistani seine 20jährige Ehefrau regelrecht enthauptet und vermutlich anschließend seine beiden Kinder – ein drei Wochen alter Junge und ein elf Monate altes Mädchen – erschlagen. Er stellte sich kurz vor Mitternacht selbst der Polizei. Über die Hintergründe der Tat schwieg der Mann bislang. Den Mord an seinen Kindern bestreitet er.

Lkw dürfen mehr laden

dpa, Köln

Lastzüge dürfen von sofort an unter bestimmten Sicherheitsauflagen 40 Tonnen statt wie bisher 38 Tonnen Fracht laden. Die erhöhte Ladung ist laut TÜV Rheinland aufgrund einer soeben in Kraft getretenen Änderung der Straßenverkehrszulassungsordnung im Zusmmenhang mit einer EG-Richtlinie möglich geworden. Es muß jedoch nachgewiesen werden, daß beispielsweise Reifen, Achsen, Bremsen, Anhängerkupplung und Zuggabeln auf die größere Last ausgelegt sind.

Hühner als Hitze-Opfer

AP, Gainesville

Der Hitzewelle im Süden der Vereinigten Staaten sind innerhalb von zwölf Tagen im Staat Georgia 610 000 Hühner zum Opfer gefallen. Wöchentlich büßen Hühnerzuchtbetriebe nach Schätzungen der Behörden umgerechnet etwa elf Millionen Mark ein.

50 Millionen Ägypter

dpa, Kairo

Das Wachstum der ägyptischen Bevölkerung hat sich weiter beschleunigt. Wie das Statistische Amt in Kairo mitteilte, wurden am 1. Juli insgesamt 50 Millionen Ägypter gezählt. Zum ersten Mal wurde eine Zunahme um eine Million Menschen innerhalb von acht Monaten registriert. Im vergangenen Jahr betrug diese Zeitspanne neun, vor zwei Jahren noch zehn Monate. Alle 21,6 Sekunden wird ein Kind geboren. Wenn diese Wachstumsgeschwindigkeit anhält, wird für das Jahr 2000 mit einer Bevölkerung von mehr als 70 Million Menschen gerechnet.

Heute Temperatursturz

AP, Frankfurt

Ein schweres Gewitter mit Blitz und Donner rollte in der Nacht zum Mittwoch über Hessen hinweg. 24 Liter Regen pro Quadratmeter prasselten an manchen Orten auf die Erde. Gewitter von Nordrhein-Westfalen bis Berlin, von Freiburg bis Saarbrücken rissen bis zum Morgen zahlreiche Menschen aus dem Schlaf. Ein Schlechtwettergürtel zog sich quer über die Bundesrepublik hinweg; nur im Südosten herrschte gestern noch sonniges Wetter, im Norden blieb der Himmel bedeckt. Die Meteorologen des Deutschen Wetterdienstes in Offenbach sagen für heute einen Temperatursturz von zehn Grad voraus. Bis zum Wochenende soll sich das Wetter aber wieder beruhigen.

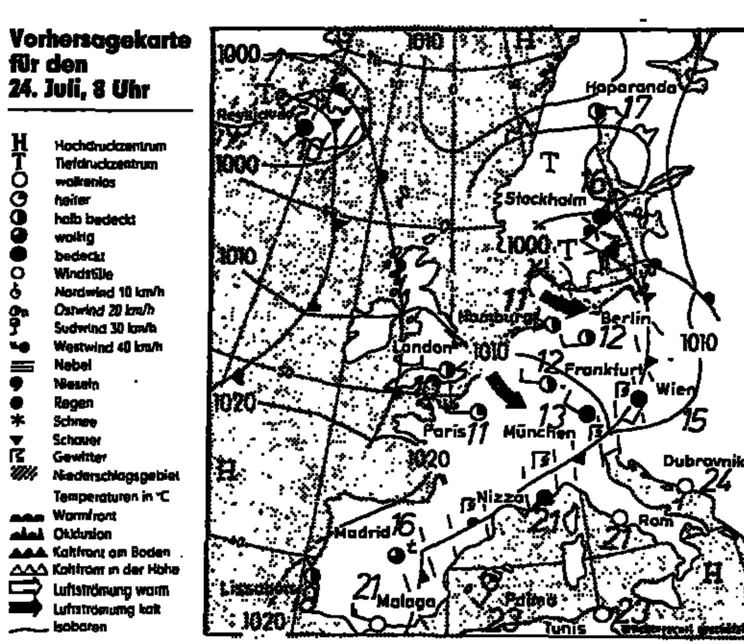
WETTER: Einzelne Schauer

Lage: Hinter einer langsam südostwärts abziehenden Kaltfront fließt kühle Meeresluft nach Deutschland.

Vorhersage für Donnerstag: Im gesamten Bundesgebiet und Raum Berlin wechselnde, im Südosten auch starke Bewölkung und einzelne Schauer. Tageshöchsttemperaturen 17 bis 20 Grad, Tiefstwerte in der Nacht um 11 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind, vorwiegend aus West bis Nordwest.

Weitere Aussichten: Unbeständig und verhältnismäßig kühl. Gebietsweise starke Schauer und anhaltender Regen.

Sonnenaufgang am Freitag: 5.35 Uhr*, Untergang: 21.21 Uhr; **Mondaufgang:** 23.24 Uhr, Untergang: 10.26 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	19	bd
Bielefeld	14	R
Braunlage	17	bw
Bremen	14	R
Dortmund	15	bd
Dresden	28	wl
Düsseldorf	17	bd
Erfurt	17	bd
Essen	15	bd
Feldberg/S.	15	bw
Flensburg	16	bw
Frankfurt/M.	20	bd
Freiburg	25	bw
Garmisch	27	bw
Greifswald	18	R
Hamburg	18	R
Hannover	14	R
Kahler Asten	16	bw
Kassel	19	be
Kempten	25	he
Kiel	17	bd
Koblenz	22	bw
Köln-Bonn	17	R
Konstanz	23	bw
Leipzig	19	bw
List/Sylt	17	be
Lübeck	16	bd
Mannheim	19	Rs
München	27	bw
Münster	14	R
Norderney	16	be
Nürnberg	24	bw
Oberstdorf	26	be
Passau	29	wl
Saarbrücken	16	Gw
Stuttgart	23	be
Trier	18	Rs
Zugspitze	7	bw

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	42	wl
Amsterdam	17	bd
Athen	34	wl
Barcelona	26	bw
Belgrad	28	he
Bordeaux	23	he
Bozen	27	he
Brüssel	17	he
Budapest	27	wl
Bukarest	28	he
Casablanca	24	bw
Dublin	12	R
Dubrovnik	26	he
Edinburgh	13	he
Faro	33	bw
Florenz	27	he
Genf	28	bw
Helsinki	20	he
Hongkong	–	–
Innsbruck	28	bw
Istanbul	29	wl
Kairo	31	wl
Klagenfurt	28	he
Konstanza	28	he
Kopenhagen	17	bw
Korfu	30	wl
Las Palmas	23	he
Leningrad	21	bd
Lissabon	22	bw
Locarno	20	bd
London	15	bd
Los Angeles	–	–
Luxemburg	17	bw
Madrid	25	he
Mailand	28	he
Malaga	28	bw
Mallorca	22	bw
Moskau	21	bw
Neapel	28	he
New York	–	–
Nizza	24	bw
Oslo	17	bd
Ostende	17	be
Palermo	26	he
Paris	19	bw
Peking	30	bw
Prag	27	wl
Rhodos	28	wl
Rom	27	he
Salzburg	29	he
Singapur	–	–
Split	28	wl
Stockholm	21	bw
Straßburg	23	he
Tel Aviv	31	be
Tokio	28	bd
Tunis	31	wl
Valencia	30	bw
Varna	30	he
Venedig	25	he
Warschau	24	he
Wien	28	wl
Zürich	25	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; s = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Kinder bestiegen den Montblanc

SAD, Chamonix

„Nächstes Jahr gehe ich wieder auf den höchsten Berg Europas." Begeistert schildert der 13 Jahre alte Stephan Giordano aus Lyon seine Erstbesteigung des 4810 Meter hohen Montblanc. Stephan gehört zu einer Gruppe von 24 Schulkindern im Alter zwischen neun und 13 Jahren, die am Dienstag in Begleitung von sechs Bergführern und zwei Ärzten das „Dach Europas" erklommen haben.

Die Kinder waren in kleinen Seilschaften nachts um ein Uhr vom Gipfel des Aiguille du Midi in 3842 Meter Höhe aufgebrochen und erreichten den Montblanc-Gipfel um 10.30 Uhr. Der Abstieg erfolgte über die Berghütte des Grand Mulets. Erschöpft aber glücklich trafen die jungen Bergsteiger um 15.30 Uhr wieder in ihrem Ferienlager ein.

LEUTE HEUTE

Schuldig gesprochen

Eine zähe Gerichtsverhandlung hat in Portland/USA nun ihr Ende gefunden: Insgesamt neuneinhalb Jahre Haft, davon fünf auf Bewährung, brachten **Ma Anand Sheela** (36) von der indischen Baghwan-Sekte die Vermittlung von Scheinehen zwischen US-Bürgern und Sektenanhängern, die Vergiftung von Lebensmit*teln und die Aufzeichnung von* Telefongesprächen ein. Die Ex-Vertraute des Gurus hatte sich endlich für schuldig bekannt, nachdem ihr geringere Strafen zugesichert worden waren. Sheela, die im Februar aus der Bundesrepublik Deutschland an die Vereinigten Staaten ausgeliefert worden war, muß nach Verbüßung ihrer Strafe die USA sofort verlassen.

Die Flucht der ehemaligen Bhagwan-Vertrauten im September 1985 hatte zur Auflösung der Kommune des Gurus in Oregon geführt. Der Bhagwan selbst war in einem Verfahren wegen ähnlicher Vorwürfe für schuldig erklärt und aus den USA ausgewiesen worden. Zur Zeit soll er sich in Uruguay aufhalten.

Gerade „genügend"

Was im Juni noch überschwenglich und folgenschwer gefeiert worden war, *endete jetzt bescheidener:* ***Gottfried Graf von Bismarck*** (23), Ururenkel des Eisernen Kanzlers, bestand sein Abschlußexamen in Politik, Philosophie und Volkswirtschaft an der Oxforder Universität gerade noch mit „genügend". Bismarck, dessen Studienfreundin Olivia Channon (22) auf der Abschlußfeier nach dem Genuß von Rauschgift und Alkohol gestorben war, befindet sich momentan in einer englischen Entziehungsklinik.

Ein Garten für Bibelfeste

epd, Hamburg

Für Bibelfeste hält der Botanische Garten in Hamburg eine in der Bundesrepublik wohl einzigartige Pflanzenschau bereit: Auf zwei kleinen Hügeln läßt der Gärtnermeister Patrice Huet (44) aus Paris alle Pflanzen wachsen und gedeihen, die in der Bibel eine Rolle gespielt haben.

Auf knapp 30 Quadratmeter Anbaufläche *erinnert der Franzose* an die Linsen, für die Esau nach dem Ersten Buch Moses sein Erstgeburtsrecht verkaufte, an den Wermut, der wegen seiner Bitterkeit Sinnbild für Unrecht und Leid ist, an Weinstöcke und Kalmus. Die Mittelmeerpflanzen bereiten dem Franzosen allerdings auch Kopfzerbrechen. Das feuchte Klima des hohen Nordens bekommt den biblischen Pflanzen nicht besonders.

Auch drüben wird mit gezinkten Karten gespielt

DIETER DOSE, Berlin

Rien ne va plus. Nichts ging mehr, als die Volkspolizei in einer Wohnung am Humannplatz (Bezirk Prenzlauer Berg) dem Spielchen ein Ende bereitete. Illegale Spielclubs in der „DDR"? In der Kriminalstatistik tauchen sie nicht auf, aber sie existieren.

Von Roulette und Seven Eleven, einem Würfelspiel, betrieben in verschiedenen Ostberliner Wohnungen und *sogar in Parkanlagen*, berichtete die „Berliner Zeitung". Von Glücksspiel mit gezinkten Karten, Magneten und Bleiplomben. „Für einige Spieler war das so einträglich, daß sie sich die Leidenschaft der anderen zur Haupteinkommensquelle für ihre nicht gerade bescheidene Lebensführung machen konnten", entrüstet sich das SED-Blatt.

Die Kripo stellte fest, daß innerhalb einer Stunde der „Jahreslohn eines Arbeiters" (rund 10 000 Mark) den Besitzer wechselten, daß um Autos und Farbfernseher gespielt wurde. „Spielschulden galten in diesen Runden als Ehrenschulden, die in jedem Fall in den nächsten Tagen zu begleichen waren." Von den „Zokkern" seien, um sich Geld zu beschaffen, weitere Straftaten begangen worden: Scheckbetrug, Einbrüche, Zoll- und Devisenvergehen. Einer stürzte sich aus dem Fenster.

Die „Bankhalter", im Bericht Ewald und Arnfried genannt, besaßen Grundstücke und Reitpferde, unternahmen kostspielige Auslandsreisen. Ewald hielt sich sogar einen Chauffeur. Je rund 200 000 Mark „Vermögensvorteile" hätten sich die Haupttäter verschafft.

„Für *ein* gepflegtes Spielchen fuhr man auch schon mal in eine andere Bezirksstadt", berichtet der „Eulenspiegel" von einem wegen asozialen Verhaltens zu *20* Monaten Haft und 20 000 Mark Geldstrafe verurteilten „Bankhalter". An dessen Roulette-Tisch habe mancher pro Abend 30 000 oder 40 000 Mark verloren, weil die Kugel oft ganz merkwürdig fiel – „wenn sie angebohrt und mit gewichtverlagernden Bleieinlagen veredelt waren".

„Es war so eine Art privater Klubs", beschreibt der „Eulenspiegel" die Atmosphäre. „Man entrichtete einen Eintritt, der zwischen fünf und 500 Mark lag und konnte dann an den Spielen teilnehmen; Roulette, Seven Eleven, Goldene Sechs. Und es ging gepflegt zu, sogar ein Imbiß wurde verabfolgt. Bockwurst, belegte Brötchen, Getränke aller Art, was immer man wollte. Die Kosten für die Bewirtung lagen beim zwei- bis vierfachen Ladenpreis."

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Einige Zeit zurück liegt der Fall, daß die „K", in der „DDR" übliche Abkürzung für Kriminalpolizei, auf dem Gelände der Trabrennbahn Karlshorst (Ost-Berlin) „Glücksspielrunden" aushob. Ein ehemaliger Trabrennfahrer, der danach das Spiel in seiner Wohnung organisierte, wurde zu siebzehn Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Bei diesen Runden seien pro Nacht bis zu 80 000 Mark über den Tisch gegangen.

Von einer Spielhölle in einem Wohnwagen „vis-a-vis der Bahnhofshalle" ist in einem anderen Gerichtsbericht die Rede. Der „Bankhalter", am Tage als Parkplatzwächter tätig, suchte sich nachts Mitspieler und Opfer unter Reisenden in der Bahnhofshalle – bis der „zweiachsige Fortuna-Palast am Hauptbahnhof" aufflog.

„Auf der Anklagebank sitzen nebeneinander vier Schüler, 15 und 16 Jahre alt, verantwortlich für 37 Kaufhausdiebstähle bzw. Beihilfe dazu und Hehlerei." *Gerichtsbericht aus* der „Jungen Welt". „Die vier Jungs gehören zu einer Gruppe von Jugendlichen, die sich regelmäßig, das heißt täglich, in ihrem Wohngebiet trifft. Dort kennt man nur ein einziges Vergnügen: Kartenspiel. „Räuberspiele", Poker und 17 und 4.

Weil das Taschengeld und Glückssträhnen natürlich nicht ausreichen, um die Verluste („Manchmal kam es vor, daß einer bis zu 120 Mark am Tag verlor") zu decken, gingen die Schüler auf Diebestour. Sie wurden *zu* Bewährungsstrafen verurteilt, müssen gemeinnützige Freizeitarbeiten leisten und erhielten die Auflage, die Schule mit „bestmöglichen Ergebnissen" abzuschließen.

Mit 681 Straftaten auf 100 000 Einwohner ging die Kriminalitätsrate in der „DDR" – Eigentumsdelikte machen die Hälfte aller Straftaten aus – im vergangenen Jahr (1984: 715 auf 100 000) weiter zurück. „Asoziales Verhalten" lautet die Anklage, wenn Spieler und „Bänker" in die Maschen der Justiz geraten.

ZU GUTER LETZT

„Modische Behältnisse in intensiven Farben" – Formulierung im SED-Blatt „Berliner Zeitung", mit der auf neue Modelle für die in der „DDR" besonders begehrten Reise- und Stadttaschen hingewiesen wird.